



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

36. Sitzung

Hannover, den 16. Mai 2014

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 29:

Mitteilungen des Präsidenten	3301
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	3301

Tagesordnungspunkt 30:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/1485	3301
--	------

Frage 1:

Kann die Landesregierung den Countdown zur Abgabe ihres Multifondsprogramms (EFRE + ESF) trotz ‚Raubernennung‘ und personellen Wechsels bis zum 25. Mai einhalten?	3301
Jörg Bode (FDP).....	3301, 3304, 3312
Stephan Weil , Ministerpräsident	3302 bis 3313
Horst Kortlang (FDP)	3304, 3311
Christian Grascha (FDP).....	3304, 3310
Hillgriet Eilers (FDP)	3305, 3306
Björn Försterling (FDP)	3305, 3311
Dr. Marco Genthe (FDP).....	3306, 3309
Dr. Stefan Birkner (FDP)	3306, 3308
Dirk Toepffer (CDU).....	3306
Hermann Grupe (FDP)	3307, 3310
Heiner Schönecke (CDU).....	3307
Dr. Alexander Saipa (SPD)	3307
Christian Dürr (FDP)	3308, 3312
Gudrun Pieper (CDU)	3309
Clemens Große Macke (CDU)	3309, 3311
Jörg Hillmer (CDU).....	3310
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	3312, 3313
Karin Bertholdes-Sandrock (CDU).....	3313

Frage 2:

Steht die Landesregierung hinter den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit der Bereitschaftspolizei in Göttingen?	3314
Thomas Adasch (CDU).....	3314, 3318, 3320
Boris Pistorius , Minister für Inneres und Sport	3314 bis 3330
Editha Lorberg (CDU)	3317
Angelika Jahns (CDU)	3318, 3319
Johann-Heinrich Ahlers (CDU)	3321
Horst Schiesgeries (CDU)	3321, 3325
Jens Nacke (CDU).....	3321, 3324
Rudolf Götz (CDU)	3322
Ansgar-Bernhard Focke (CDU).....	3322, 3329
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	3323
Jörg Hillmer (CDU).....	3323, 3326
Jörg Bode (FDP).....	3324, 3326
Bernd-Carsten Hiebing (CDU).....	3326
Helge Limburg (GRÜNE)	3327
Ulf Thiele (CDU).....	3330
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	3330

(Die Antworten zu den Anfragen 3 bis 64, die nicht in der 36. Sitzung des Landtages am 16.05.2014 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/1535 abgedruckt.)

Zur Geschäftsordnung:

Jens Nacke (CDU).....	3327
Helge Limburg (GRÜNE)	3327

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:

Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen - Liquidität des Handwerks sichern und Bürokratie abbauen!

- Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/1473.....	3331
Jörg Bode (FDP).....	3331, 3333, 3334, 3336
Mustafa Erkan (SPD).....	3332, 3333
Maaret Westphely (GRÜNE).....	3333, 3334
Karl-Heinz Bley (CDU).....	3334
Olaf Lies , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.....	3336
<i>Ausschussüberweisung</i>	3337

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:

Solidaritätszuschlag muss 2019 auslaufen -

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/1474.....	3337
Christian Grascha (FDP).....	3337
Renate Geuter (SPD).....	3339, 3340
Karl-Heinz Bley (CDU).....	3340
Adrian Mohr (CDU).....	3340
Gerald Heere (GRÜNE).....	3342
Peter-Jürgen Schneider , Finanzminister.....	3343
Reinhold Hilbers (CDU).....	3344
<i>Ausschussüberweisung</i>	3345

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

Niedersächsische operationelle Programme für die EU-Strukturfondsförderperiode 2014 bis 2020 bedarfsgerecht ausgestalten -

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/1477.....	3345
Clemens Große Macke (CDU).....	3345, 3348
Dr. Alexander Saipa (SPD).....	3346, 3348
Maaret Westphely (GRÜNE).....	3349
Horst Kortlang (FDP).....	3350
<i>Ausschussüberweisung</i>	3351

Tagesordnungspunkt 34:

Erste Beratung:

Netzland Niedersachsen: Breitbandausbau gemeinsam voranbringen -

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1492.....	3351
--	------

und

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:

Breitband: Eine leistungsfähige Datenkommunikation schafft attraktive Standorte mit Zukunft -

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/1480.....	3351
Maximilian Schmidt (SPD).....	3351, 3355
Axel Miesner (CDU).....	3353, 3356, 3359
Maaret Westphely (GRÜNE).....	3356
Christian Dürr (FDP).....	3357
Olaf Lies , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.....	3358, 3359
<i>Ausschussüberweisung</i> (TOP 34 und TOP 35).....	3361

Tagesordnungspunkt 36:

Jobmotor soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen - Gesundheitsberufe stärken und Fachkräftenachwuchs sichern -

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1488.....	3361
<i>Ausschussüberweisung</i>	3361

Nächste Sitzung:	3361
------------------------	------

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius (SPD)	Staatssekretär Stephan Manke, Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD)	Staatssekretär Frank Doods, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Cornelia Rundt (SPD)	Staatssekretär Jörg Röhmann, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD)	
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies (SPD)	Staatssekretärin Daniela Behrens, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)	
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	Staatssekretärin Andrea Hoops, Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel (GRÜNE)	Staatssekretärin Almut Kottwitz, Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 36. Sitzung im 14. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 29:

Mitteilungen des Präsidenten

Nachdem es sich in den letzten zwei Minuten doch noch etwas gefüllt hat, darf ich gemeinsam mit dem Präsidium die **Beschlussfähigkeit** des Hauses bereits jetzt feststellen.

Wir wünschen Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Zur Tagesordnung. Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 30, Mündliche Anfragen. Anschließend setzen wir die Beratungen in der Reihenfolge der Tagesordnung fort. Die heutige Sitzung soll gegen 13:20 Uhr enden.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr der Schriftführer Herr Klein mit.

Schriftführer Stefan Klein:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für heute haben sich entschuldigt: von der Landesregierung Herr Landwirtschaftsminister Meyer, von der SPD-Fraktion Frau Kollegin Wahlmann und Herr Kollege Pantazis, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Hamburg und von der Fraktion der FDP Frau Kollegin von Below-Neufeldt und Frau Kollegin König.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Klein. - Meine Damen und Herren, wir gehen gleich über zu dem

Tagesordnungspunkt 30:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/1485

Die für die Fragestunde geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus, will gleichwohl noch einmal ausdrücklich ansprechen, wie die Regularien sind. Die Fragestellerin oder der Fragesteller und andere Mitglieder des Landtages können bis zu zwei Zusatzfra-

gen stellen. Die Zusatzfragen dürfen nicht verlesen werden. Sie müssen zur Sache gehören und dürfen die Frage nicht auf andere Gegenstände ausdehnen. Sie müssen knapp und sachlich sagen, worüber Auskunft gewünscht wird. Anfragen, deren Inhalt der Tatbestand einer strafbaren Handlung begründet wird oder die Werturteile oder parlamentarisch unzulässige Wendungen enthalten, sind unzulässig. Einleitende Bemerkungen - das unterstreiche ich besonders - sind ebenfalls nicht erlaubt.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, wir haben es jetzt 9.06 Uhr. Ich darf darauf hinweisen: Wenn Sie Zusatzfragen stellen möchten, dann am besten schriftlich. Dann haben wir hier vorne den besten Überblick.

Wir treten ein in die Behandlung der Mündlichen Anfragen. Vorneweg

Frage 1:

Kann die Landesregierung den Countdown zur Abgabe ihres Multifondsprogramms (EFRE + ESF) trotz ‚Raubernennung‘ und personellen Wechsels bis zum 25. Mai einhalten?

Wer möchte die Frage vortragen? - Herr Bode, bitte sehr, Sie haben das Wort.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kann die Landesregierung den Countdown zur Abgabe ihres Multifondsprogramms (EFRE + ESF) trotz ‚Raubernennung‘ und personellen Wechsels bis zum 25. Mai einhalten?

Die Ausführungen sowohl von Ministerpräsident Weil zur Dringlichen Anfrage „Wie weit ist die Landesregierung bei der Erarbeitung des gemeinsamen Operationellen Programms für den EFRE und den ESF?“ im März-Plenum als auch von Frau „Sonderstaatssekretärin“ Honé „Wir haben aber keine Probleme mit Brüssel“ aus der HAZ vom 26. März 2014 geben Anlass zur Besorgnis.

Einerseits heißt es, dass die Landesregierung Verzögerungen nicht zu verantworten habe - die Gründe hierfür lägen jenseits von Niedersachsen, aber die Landesregierung unternehme „erhebliche Kraftanstrengungen, um die eingetretenen Verzögerungen wieder auszugleichen“ - Drucksache 17/1390. Andererseits sind Verzögerungen auch gar nicht erkennbar - Plenarprotokoll vom 27. März

2014, Seite 2 912 -, denn die Operationellen Programme werden angeblich unter Hochdruck, aber letztlich fristgerecht aufgestellt. Begleitet wird die Aufstellung des Multifondsprogramms von einer schlagzeilenträchtigen Personalpolitik - gemeint ist u. a. die Versetzung von Ministerialrat Eberhard Franz - und von Kostenexplosionen im Bereich der Regionalpolitik - *rundblick* vom 13. März 2014.

Weil sich die Staatskanzlei zumindest aber eine weitere Verzögerung bei der Ernennung der Landesbeauftragten nicht leisten wollte, wurde Matthias Wunderling-Weilbier ohne die Aufteilung seiner Versorgungsansprüche zum B-6-Beamten ernannt. Ministerpräsident Weil vollzog die „Raubernennung“ „nach sorgfältiger Abwägung“ - so *Die Welt* vom 14. April 2014 - und nach intensiver Beratung durch den Chef der Staatskanzlei, Dr. Jörg Mielke, und Frau „Sonderstaatssekretärin“ Birgit Honé - siehe *Oldenburgische Volkszeitung* vom 10. April 2014. Die Beratung zur „Raubernennung“ kostet die Landeskasse rund 180 000 Euro, was den Betroffenen Wunderling-Weilbier immerhin zur Aussage verleitete:

„Wir haben andere Probleme. Am Ende zahlt der Steuerzahler die Versorgungsbezüge - linke Tasche, rechte Tasche“

- *Braunschweiger Zeitung* vom 28. April 2014.

Nach heutigem Stand sind es nun nur noch wenige Tage, bis die Programmentwürfe verabschiedet und eingereicht werden müssen. In diesem Zusammenhang arbeitet die Landesregierung auch an einem Operationellen Programm für Südniedersachsen. Gemäß den Ausführungen von Ministerpräsident Weil ist es „... in sehr enger Abstimmung mit den regionalen Partnern, den Kommunen, aber insbesondere mit den Akteuren in der Wirtschaft zu machen. Dieser Prozess beginnt jetzt.“ Das ist im Plenarprotokoll vom 27. März 2014, Seite 2 913, nachzulesen. Die EU-Kommission soll angeblich, allerdings nur in informellen Gesprächen, „Verständnis“ hierfür geäußert haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand bei der Erarbeitung des Multifondsprogramms, und kann die Landesregierung ihr „Operationelles Programm Südniedersachsen“ - das sogenannte Südniedersachsenprogramm - frist- und formgerecht bis zum 25. Mai 2014 einreichen?

2. Was meint Ministerpräsident Weil, wenn er vom Verständnis der EU-Kommission „für unser Vorhaben“ bezüglich des Südniedersachsenprogramms

im Rahmen mehrerer informeller Vorgespräche spricht?

3. Wie konnte es zur kostspieligen „Raubernennung“ von Matthias Wunderling-Weilbier kommen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Bode. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den Multifondsprogrammen - EFRE/ESF und dem Operationellen Programm für den ELER - beginnt ein neues Kapitel in der EU-Förderung für Niedersachsen. Niedersachsen wird in der nächsten Förderperiode von 2014 bis 2020 das tun können, was im europarechtlichen Förderrahmen bereits systematisch angelegt ist: Wir können die EU-Förderpolitik der drei großen Fonds EFRE, ESF und ELER nun in Niedersachsen aus einem Guss gestalten. Mit einem solchen fondsübergreifenden und ganzheitlichen Ansatz wollen wir den vorhandenen Disparitäten in unserem Land gerecht werden.

Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel müssen bedarfsgerecht und effizient eingesetzt werden. Deswegen verfolgen wir einen Multifondsansatz, d. h. ein Operationelles Programm für EFRE und ESF, und zwar bezogen auf ganz Niedersachsen.

Niedersachsen hat sich zur Erarbeitung eines integrativen Multifondsprogramms entschlossen, weil die Regionen in Niedersachsen mit den insgesamt weniger zur Verfügung stehenden EU-Mitteln möglichst intelligent, konzentriert und den unterschiedlichsten Problemlagen Rechnung tragend weiterentwickelt und passgenau gefördert werden sollen. Dabei werden wir von der EU-Kommission unterstützt, die unseren neuen Ansatz in den bisher geführten Gesprächen ausdrücklich begrüßt. Dies ist auch in den letzten Abstimmungsgesprächen am Montag und am Dienstag dieser Woche auf Arbeitsebene sehr deutlich geworden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Mündliche Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1: Dieser Frage liegt erkennbar ein Missverständnis zugrunde. Die Operationellen Programme sind ein von der EU-Kommission zu genehmigender Rahmen, die die Förderprioritäten für die Län-

der insgesamt festlegen. In diesem Gesamtzusammenhang sind dann anschließend in Niedersachsen regionale Schwerpunktsetzungen vorgesehen, wie sie die Landesregierung auch für Südniedersachsen plant und die mit dem Begriff „Südniedersachsenprogramm“ umschrieben werden.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Gibt es das noch?)

Ein gesondertes Operationelles Programm im Sinne der EU-Terminologie für Südniedersachsen, so wie es die Fragesteller bezeichnen, wird es daher nicht geben.

Das Südniedersachsenprogramm wird sich vor allem aus den einzelnen Fördertatbeständen des Multifondsprogramms EFRE/ESF und dem ELER-Programm speisen.

Den Entwurf des Multifondsprogramms EFRE/ESF haben wir bereits frühzeitig Ende April in Brüssel vorgelegt, um den Bewilligungsprozess zu beschleunigen, d. h. er liegt dort vor. EU-Kommission und Landesregierung haben sich auf dieses Verfahren verständigt, um die formelle Bewilligung des Programms noch in diesem Jahr zu erreichen. Die EU-Kommission hat uns in den Anfang dieser Woche in Brüssel geführten Gesprächen bestätigt, dass das machbar ist. Absprachegemäß erwarten wir jetzt die abschließenden Hinweise aus Brüssel, wir werden diese einarbeiten und nach der Kabinettsbefassung das Operationelle Programm bei der Europäischen Kommission einbringen. Dieses Verfahren dient der Beschleunigung und dürfte - nach Absprache mit der EU - im Juni abgeschlossen sein.

Zu 2: Bei den Konsultationen mit der EU-Kommission wurde der Ansatz eines Südniedersachsenprogramms als wesentlicher Baustein einer aktiven, gezielten Politik gegen zunehmende regionale Disparitäten begrüßt. Dieser Ansatz entspricht nach Auffassung der EU-Kommission praktisch 1 : 1 der europäischen Ausrichtung der Regionalpolitik mit einer besonderen Förderung sogenannter benachteiligter Gebiete. Insofern steht unser neuer Politikansatz im Einklang mit der europäischen Kohäsionspolitik, nach der vordringlich dort Strukturhilfen gegeben werden sollen, wo sie am dringendsten benötigt werden und wo sie den größten Nutzen erzielen.

Zu 3: Der guten Ordnung halber darf ich feststellen, dass Fragen der Altersversorgung in keinem Zusammenhang mit Fragen der EU-Strukturförderung stehen.

Die genauen Umstände und Verfahrensschritte zur Ernennung von Herrn Landrat Wunderling-Weilbier zum Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung sind aufgrund einer ausführlichen Unterrichtung der Landesregierung in öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 23. April 2014 bereits bekannt.

In bündiger Kürze: Am 10. Dezember 2013 hat die Staatskanzlei den Landkreis Helmstedt um Zustimmung zum Dienstherrnwechsel und damit auch zur Versorgungslastenteilung gebeten und ist mit dem Landkreis auch in den nächsten Tagen in Kontakt geblieben. Bis zum 19. Dezember 2013 hat der Landkreis Helmstedt keine Signale gegeben, die gegen die erbetene Zustimmungserklärung sprachen. Danach bezweifelte er die Notwendigkeit einer Versorgungslastenteilung, bat um Argumente für eine pragmatische Lösung und versprach, für weitere Gespräche auch in der Vorweihnachtszeit bzw. zwischen den Feiertagen zur Verfügung zu stehen. Die Staatskanzlei bat den Landkreis um eine Entscheidung bis zum 30. Dezember 2013 und lieferte, wie erbeten, die juristische Argumentationslinie. Allerdings war der Landkreis entgegen seiner Zusage nach dem 20. Dezember 2013 in dieser Angelegenheit nicht mehr erreichbar.

Zum Zeitpunkt der Entscheidung am 2. Januar 2014, Herrn Wunderling-Weilbier zum Landesbeauftragten zu ernennen, lag keine Zustimmung vor, und eine solche Entscheidung war aufgrund der vorgenannten Verhältnisse auch nicht mehr zu erwarten.

Zum Jahresanfang sollten die Ämter für regionale Landesentwicklung gleichzeitig ihre Arbeit aufnehmen, und zwar nicht nur mit dem Landesbeauftragten als deren administrativem Leiter, sondern auch als Ansprechpartner des Landes in der Fläche. Es war für die Landesregierung zu diesem Zeitpunkt keine akzeptable Alternative, nur für drei Landesteile Landesbeauftragte zu ernennen, die jeweils als Ansprechpartner vom ersten Tag an zur Verfügung standen, und für den Bereich Braunschweig nicht.

(Christian Dürr [FDP]: Es ging doch nur um ein Foto!)

Deshalb ist in Abwägung der Frage der Versorgungslastenteilung die Entscheidung einerseits für eine rechtzeitige Ernennung und andererseits für die Ernennung am 2. Januar 2014 getroffen worden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Das war ein teurer PR-Termin für die Steuerzahler! Pure PR! Eine Unverschämtheit! - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe, bitte, meine Damen und Herren! - Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Sie haben jetzt die Möglichkeit, Zusatzfragen zu stellen. Für eine erste Zusatzfrage hat sich aus der Fraktion der FDP Herr Kollege Kortlang gemeldet. Bitte sehr!

(Christian Dürr [FDP]: 180 000 Euro für nichts!)

- Herr Dürr, bitte!

Horst Kortlang (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Herr Ministerpräsident Weil, wie wollen Sie sicherstellen, dass landesweit die besten Projekte gefördert werden?

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kortlang, es ist vorgesehen, dass insbesondere die regionalen Schwerpunktsetzungen in allerengster Abstimmung nicht nur mit den regionalen Akteuren, sondern auch mit der örtlichen Wirtschaft und anderen Akteuren aus der Gesellschaft erarbeitet werden. Das ist Teil des Konzeptes, und wir legen allergrößten Wert darauf, dass das in Abstimmung und Übereinstimmung mit den regionalen Partnern geschieht. Andersherum würde es auch gar keinen Sinn machen.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der FDP der Herr Kollege Bode.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben hier eben erklärt, dass es kein Operationelles Pro-

gramm Südniedersachsen geben wird. In der 32. Plenarsitzung am 27. März, also im letzten Plenarabschnitt, haben Sie auf meine Frage - ich zitiere von der Seite 2 913 des Protokolls -: „Wie sieht der derzeitige Stand des Operationellen Programms Südniedersachsen aus?“, geantwortet: „Herr Bode, dieses Programm ist in der Aufstellung.“ Wie erklären Sie den eklatanten Widerspruch dieser beiden Aussagen innerhalb so weniger Wochen?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Ich darf noch einmal darum bitten, dass die Einleitungen - bei allem Hintergrund - kurz gehalten werden. Herr Ministerpräsident, bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Indem ich Ihnen erläutere, dass es sich nicht um einen Widerspruch handelt. Ich habe eben in meiner Antwort gesagt: Die operationellen Programme im Sinne der EU-Terminologie, die jetzt Gegenstand der Gespräche mit der EU-Kommission sind, sind Programme für das gesamte Land Niedersachsen. Anschließend wird auf einer anderen Konkretionsebene daraus die regionale Schwerpunktsetzung abgeleitet, die u. a. in Südniedersachsen unter dem Begriff „Südniedersachsenplan“ zusammengefasst werden soll. Der von Ihnen unterstellte Widerspruch existiert nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: War die Antwort letztes Mal dann falsch?)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Kollege Christian Grascha für die Fraktion der FDP. Bitte sehr!

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Frage zum Südniedersachsenprogramm. Mit Blick auf die Kofinanzierung möchte ich wissen, Herr Ministerpräsident: Wie soll in Ihren Augen die Kofinanzierung für die sogenannten schwachen Landesteile sichergestellt werden?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das wird eine derjenigen Fragen sein, die jetzt in engster Abstimmung mit den regionalen Akteuren in Südniedersachsen zu klären sind. Es geht ja zunächst einmal um die Identifikation der besten Projekte und um die Frage, in welcher Form sie der EU-Förderung zugänglich gemacht werden sollen, und dann geht es selbstverständlich auch um die Frage der Kofinanzierung.

Bekanntlich haben wir es gerade in Südniedersachsen durchaus mit Kommunen zu tun, die sich in deutlichen finanziellen Engpässen befinden. Die Landesregierung hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten versuchen wird, dafür zu sorgen, dass die EU-Förderung auch in solchen Gebieten tatsächlich ankommt. Das ist allerdings eine mühsame Kleinarbeit, die letztlich projektbezogen laufen muss. Aber wir müssen für die Kofinanzierung vernünftige Lösungen entwickeln; denn ansonsten kann die EU-Förderung nicht fließen.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Es hat sich nichts geändert! Was machen Sie den ganzen Tag?)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der FDP Frau Hillgriet Eilers. Bitte sehr!

Hillgriet Eilers (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Ministerpräsident, was sind die Gründe dafür, dass der Abgabetermin im Mai nicht eingehalten werden kann?

(Christian Dürr [FDP]: Das ist eine interessante Frage!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Kollegin, der Grund ist, dass wir mit der EU-Kommission zusammen ein Verfahren entwickelt haben, das auf eine sehr enge Diskussion und Abstimmung mit der EU-Kommission vor der formellen Abgabe des Programms hinausläuft.

Der von mir soeben vorgestellte Zeitplan ist mit der EU-Kommission im Detail abgestimmt. Das halte ich auch für wesentlich effektiver, als wenn wir von Niedersachsen aus ein Programm in Brüssel ein-

reichen und anschließend mit der EU-Kommission darüber diskutieren. Ich glaube, dieser Weg, den ich Ihnen vorgestellt habe, ist für alle Beteiligten der bessere.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der FDP der Herr Kollege Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie erklärt sie den Widerspruch zwischen den öffentlichen Äußerungen auf der einen Seite, dass man die Region Braunschweig und Südniedersachsen besonders fördern möchte, und der Tatsache, dass im ersten Amtsjahr der Landesregierung 16 Millionen Euro weniger Fördermittel durch die NBank in diesen Bereich geflossen sind, auf der anderen Seite?

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Nun, vorbehaltlich einer näheren Auskunft - ich weiß nicht, ob Kollege Lies an dieser Stelle spontan auskunftsfähiger ist als ich; das sieht aber gerade nicht so aus -

(Heiterkeit bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Der schickt lieber Sie vors Rohr!)

kann ich sagen, dass die Förderungen durch die NBank natürlich immer auch projektbezogen erfolgen und dass an dieser Stelle ein entsprechender Vorlauf notwendig ist. Ich würde also vermuten - unter allem Vorbehalt; ich bitte, mir das nachzusehen -, dass wir es an dieser Stelle noch mit Fernwirkungen früherer Strukturierungen zu tun haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Was macht ihr da drüben denn?)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die nächste Zusatzfrage darf ich Dr. Genthe für die Fraktion der FDP aufrufen. Bitte sehr!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Können sich die Landkreise bei der Beurteilung eines Vorhabens in den von der Landesregierung angestrebten Kriterienkatalog direkt einbringen?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

(Johanne Modder [SPD]: Wie war das eigentlich früher?)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ja, das können Sie. Es sind entsprechende Steuerungskreise vorgesehen, in denen natürlich insbesondere Wert auf die Mitarbeit und letztlich auch auf die Kooperation der Landkreise gelegt wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]: So wie immer!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der FDP Frau Eilers. Das wäre dann die zweite.

Hillgriet Eilers (FDP):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung: Wann rechnen Sie denn mit dem Förderbeginn der Periode 2014 bis 2020?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich hoffe, dass wir die ab dem nächsten Jahr sehen werden. Das wird sicherlich ab dem nächsten Jahr beginnen müssen.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der FDP Herr Kollege Dr. Birkner.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in Bezug auf die dritte Frage der Mündlichen Anfrage

frage ich die Landesregierung: Warum ist seitens der Landesregierung im Hinblick auf die Beschäftigung von Herrn Wunderling-Weilbier dem Landkreis nicht die Möglichkeit einer Abordnung aufgezeigt worden?

(Zustimmung bei der FDP - Renate Geuter [SPD]: Das ist im Haushaltsausschuss erklärt worden!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Dr. Birkner, einerseits deswegen nicht, weil, wie ich ausgeführt habe, im fraglichen Zeitraum schlichtweg kein Ansprechpartner des Landkreises Helmstedt zur Verfügung stand.

Im Übrigen will ich darauf aufmerksam machen, dass die Abordnung eines Hauptverwaltungsbeamten sicherlich auch die interessantesten kommunalverfassungsrechtlichen Fragen mit aufrufen würde. Deswegen wäre das meines Erachtens auch kein praktikabler Weg gewesen.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Das wurde bisher anders dargestellt! - Johanne Modder [SPD]: Da hätte ich euch mal sehen wollen, wenn das so gemacht worden wäre!)

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe, bitte! - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Dirk Toepffer für die Fraktion der CDU. Bitte sehr!

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, nachdem der jetzt abgelöste Abteilungsleiter Herr Franz im Ausschuss für Europaangelegenheiten die Entwicklung eines Programms „RTB 2.0“ angekündigt hatte, frage ich: Wie weit sind die Entwicklungen zu diesem Programm?

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Damit ist die von mir als regionale Schwerpunktsetzung vielleicht etwas einfacher formulierte Vorgehensweise angesprochen, dass wir an dieser Stelle die richtigen regionalen Schwerpunkte setzen wollen. Das ist jetzt tatsächlich gerade die Arbeit der Landesbeauftragten, die in vielfältigen Gesprächen mit den unterschiedlichen Akteuren die notwendigen Grundlagen dafür liefern.

Es wird dann, wie ich in der Antwort auf die Anfrage bereits sagte, nach dem grünen Licht aus Brüssel die nächste Konkretionsstufe sein, wie wir das innerhalb des Landes Niedersachsen in den vier Bereichen der früheren Bezirksregierungen plus dem Bereich Südniedersachsen projektbezogen ausfüllen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der FDP Hermann Grupe.

Hermann Grupe (FDP):

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, wie will die Landesregierung in ihrer Strukturpolitik die zukünftige Entwicklung der ländlichen Räume, insbesondere schlecht angebundener Regionen wie des Weserberglandes - um Ihnen ein Beispiel zu nennen -, sicherstellen?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das ist tatsächlich ein Schwerpunkt der Arbeit, die jetzt ansteht.

Wir haben es ja in Niedersachsen zu den allergrößten Teilen mit ländlichen Räumen zu tun. Die großstädtischen Ballungsräume sind ja, was die Fläche angeht, deutlich in der Minderheit. Wir müssen in großen Teilen des Landes feststellen, wie Sie das am Beispiel des Weserberglandes zum Ausdruck gebracht haben, dass wir da deutliche Herausforderungen, bezogen auf die Regionalentwicklung, haben.

Wir können durch die erweiterten Möglichkeiten des ELER an dieser Stelle mehr tun. Darüber freuen wir uns sehr. Deswegen werden wir uns in der

Arbeit an den landesweiten Programmen, aber eben auch an den regionalen Schwerpunktsetzungen darauf konzentrieren, exakt die Räume, die Sie angesprochen haben, dabei mit zu bedenken. Hier haben wir den größten Entwicklungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion der CDU der Kollege Schönecke!

Heiner Schönecke (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Der Ministerpräsident hat ausgeführt, dass er mit dem Südniedersachsenplan die Haushaltsnot einzelner Kommunen in Südniedersachsen lindern will. Mit welchen EU-Programmen wollen Sie oder werden Sie Haushaltsnöte in einzelnen Kommunen lindern?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Ministerpräsident. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Entschuldigen Sie, ich habe versucht, etwas anderes zum Ausdruck zu bringen. Die Frage, die mir vorhin gestellt wurde, ging in Richtung Gegenfinanzierung.

(Johanne Modder [SPD]: Ja! Das ist etwas anderes!)

Natürlich steht uns kein EU-Förderprogramm sozusagen für die Eigenfinanzierung aus den betreffenden Regionen zur Verfügung. Ich habe ausgeführt, dass jetzt genau das, und zwar projektbezogen, im Detail erarbeitet werden muss und dass wir seitens der Landesregierung guten Willens sind, dabei auch die Nöte der finanziell besonders belasteten Kommunen mit zu berücksichtigen.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion der SPD der Kollege Dr. Saipa!

Dr. Alexander Saipa (SPD):

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass in der vergangenen Förderperiode mit vielen Förderrichtlinien ein wahrer Förderdschungel entstanden ist,

(Zuruf von der CDU: Was?)

frage ich die Landesregierung, ob in Zukunft die Anzahl der Richtlinien reduziert wird und ob diese auch vereinfacht werden.

(Christian Dürr [FDP]: Es werden mehr Programme und weniger Geld!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung, Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Saipa, wir gehen in der Tat davon aus, dass wir insbesondere durch den Ansatz eines Multifonds-Programms auch die Anzahl der entsprechenden Förderrichtlinien reduzieren können. Wir müssen das im Lichte der neuen Förderschwerpunkte der Europäischen Union überdies überarbeiten. Deswegen gehe ich davon aus, dass sich die Zahl der entsprechenden Grundlagen in der Richtlinienfassung deutlich reduzieren wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage, Kollege Dürr, Fraktion der FDP!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass wir uns alle einig sind, dass oftmals die Kommunen vor Ort viel besser wissen, wie man mit dem Geld umzugehen hat, frage ich die Landesregierung: Stimmt sie der Aussage des Niedersächsischen Landkreistages „Die neue Niedersächsische Landesregierung trägt daher weiterhin allein die Verantwortung für die Abschaffung des erfolgreichen Instruments der Regionalisierten Teilbudgets.“ zu?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Ministerpräsident. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Dürr, ich meine, ich hätte auch zu dieser Frage schon in einer früheren Sitzung des Landtags ausführlich Stellung genommen. Kurz gesagt ist es so, dass sich durch die Reduzierung der Mittel einerseits und durch die neuen Förderschwerpunkte und Vorgaben der Europäischen Union andererseits der Anwendungsbereich von Regionalen Teilbudgets, bezogen auf Landkreise und kreisfreie Städte, so wesentlich reduzieren

würde - teilweise wäre das nicht mehr anwendbar -, dass das insgesamt gesehen nach der wirklich in vielen Gesprächen mit den Landkreisen gewonnenen Überzeugung der Landesregierung schlichtweg keinen Sinn macht.

(Christian Dürr [FDP]: Aber die Landkreise sehen das anders!)

- Wenn Sie noch eine Frage stellen wollen, müssten Sie sich vielleicht zu Wort melden, lieber Kollege Dürr!

Aber ich will ausdrücklich ergänzen, dass die Arbeit, die in dieser Hinsicht geleistet worden ist, auch von der Landesregierung gewürdigt wird. Wir müssen uns aber an dieser Stelle schlichtweg den neuen Gegebenheiten anpassen. Ich glaube, dass in vielen Landkreisen das auch als Botschaft sehr klar angekommen ist.

(Christian Dürr [FDP]: Nein!)

Das wird meines Erachtens durch die sehr enge Zusammenarbeit, die wir mit den Kommunen bei der Erarbeitung der entsprechenden Programme vorsehen, mehr als kompensiert. Es ist unsere Absicht, an dieser Stelle tatsächlich die Zustimmung und die Mitarbeit der Kommunen zu jeder einzelnen Maßnahme herbeizuführen. Das hilft, glaube ich, sehr, Bedenken vorzubeugen, hier würde künftig ohne die Kommunen agiert werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion der FDP der Kollege Dr. Birkner. Das ist dann Ihre zweite Zusatzfrage. Bitte sehr!

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vor dem Hintergrund, dass Sie im Hinblick auf den Personalvorgang Wunderling-Weilbier ausgeführt haben, dass es der Landesregierung nicht möglich gewesen sei, einen zuständigen Vertreter des Landkreises Helmstedt zu erreichen, frage ich Sie: War es Ihnen denn auch nicht möglich, den damals im Amt befindlichen Landrat, Herrn Wunderling-Weilbier, zu erreichen?

(Heiterkeit und Zustimmung bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung, Herr Ministerpräsident. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Wunderling-Weilbier hat sich in dieser Angelegenheit wohlweislich herausgehalten, und wir hätten vor dem Hintergrund einer persönlichen Betroffenheit sicherlich auch einen Fehler gemacht, wenn wir ihn persönlich mit einbezogen hätten.

(Zustimmung bei der SPD - Jörg Bode [FDP]: Bei einer Abordnung?)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion der CDU die Kollegin Gudrun Pieper. Bitte!

Gudrun Pieper (CDU):

Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, ich komme noch einmal auf den Anwendungsbereich der Regionalisierten Teilbudgets zurück. Wer wird denn letztlich, wenn es so weit kommt, über die Zuteilung der RTB entscheiden: die Landesbeauftragten, die Staatssekretärin oder Sie als Ministerpräsident?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung, Herr Ministerpräsident Weil!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich bin jetzt unschlüssig, Frau Kollegin Pieper, ob Sie mit den RTB die Regionalisierten Teilbudgets der alten Förderperiode meinen,

(Gudrun Pieper [CDU]: Nein!)

die es ja so nicht mehr geben wird. Sie meinen die neuen Regionalprogramme, richtig? - Gut. Diese werden gemeinsam in den Regionen erarbeitet, werden innerhalb der Landesregierung auf Staatssekretärebene beraten und abschließend durch Kabinettsentscheidung seitens des Landes geregelt.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Zusatzfrage kommt von der FDP-Fraktion. Herr Kollege Dr. Genthe, Sie sind dran. Das ist auch Ihre zweite Zusatzfrage.

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie will die Landesregierung sicherstellen, dass die EU-Anforderungen, die EU-Fördermittel auf zentrale Bereiche zu konzentrieren, erfüllt werden?

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet der Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege Genthe, Sie haben völlig recht mit dem Hinweis, dass in der neuen Förderperiode eine sehr viel stärkere Konzentration auf bestimmte von der EU vorgegebene Ziele zu erfolgen hat. Umso wichtiger ist es deswegen, dass man von Anfang an mit den regionalen Partnern unter dieser Vorgabe schaut, an welcher Stelle die effektivsten, die besten Möglichkeiten bestehen. Das erklärt möglicherweise auch den von mir geschilderten Ansatz.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Für die nächste Zusatzfrage hat sich von der Fraktion der CDU der Kollege Clemens Große Macke gemeldet.

Clemens Große Macke (CDU):

Danke schön, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung, Herr Ministerpräsident - vielleicht können Sie darauf antworten -: Dementieren Sie, dass diese Landesregierung beabsichtigt, den ländlichen Wegebau in der neuen Förderperiode im Rahmen von ELER von 48 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro zu reduzieren und zusammenzustreichen?

(Christian Dürr [FDP]: Ach, eine interessante Frage!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung, der Ministerpräsident. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das entsprechende Dementi vermag ich nicht abzugeben.

(Christian Dürr [FDP]: Er hat nicht dementiert!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten! Wer hier ein Fragerecht hat, kann das ausüben. - Ansonsten ist der Kollege Grupe von der FDP-Fraktion mit seiner zweiten Zusatzfrage an der Reihe.

(Christian Dürr [FDP]: Es geht darum, dass der ländliche Raum wieder einmal Geld verliert!)

Hermann Grupe (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Ministerpräsident, noch einmal eine Nachfrage zum Südniederachsenprogramm. Werden diese Mittel vorab bereitgestellt, gesondert, oder soll sich das erst aus dem gesamten Prozess der Programmentwicklung im Gesamtpaket entwickeln? Also wird diese Summe vor die Klammer gezogen, oder ist sie Bestandteil des Gesamtprogramms?

(Zuruf von der SPD: Des Gesamtprogramms!)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Ministerpräsident. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das ist Bestandteil eines Gesamtprogramms, aber intern sind die Mittel dementsprechend reserviert, sodass die entsprechenden Blöcke von 50 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der Fraktion der CDU der Kollege Hillmer!

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Warum gelingt es anderen Ländern so viel schneller, ihre Programme bei der EU zu notifizieren und damit für ihre Regionen wirksam zu schalten?

(Christian Dürr [FDP]: Das ist eine wirklich gute Frage! Was haben Sie im letzten Jahr gemacht?)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Herr Ministerpräsident. Bitte sehr.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Laut Angaben der Europäischen Kommission haben in dieser Woche sechs Länder, so meine ich, ihre Unterlagen für EFRE und sechs Länder ihre Unterlagen für ESF abgegeben. Mit dem Multifondsansatz machen wir etwas, was auch für die EU-Kommission etwas Neues ist und deswegen einen vertieften und von der EU-Kommission ausdrücklich begrüßten Diskussionsbedarf auslöst. Ich glaube, dass das von uns gewählte Verfahren umso effektiver ist.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Die nächste, die zweite Zusatzfrage stellt Kollege Grascha von der FDP-Fraktion.

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich frage Sie vor dem Hintergrund der Termine von Herrn Landesbeauftragten Wunderling-Weilbier in den ersten Tagen seiner Amtszeit - ich trage beispielhaft vor: am 7. Januar 2014 wurde ein Pressetermin zur Amtseinführung durchgeführt, am 8. Januar 2014 gab es eine Sitzung mit der SPD-Großraumfraktion in Braunschweig; am 9. Januar 2014 einen Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Braunschweig, am 9. Januar 2014 einen Neujahrsempfang der Stadt Braunschweig, am 10. Januar 2014 den Neujahrsempfang der Stadt Goslar, am 11. Januar 2014 einen Termin mit der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und am 14. Januar 2014 einen Termin mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier im Niedersächsischen Landtag -, ob es nicht vertretbar gewesen wäre, Schaden in Höhe von 180 000 Euro vom Land abzuwenden, indem man die Berufung des Landesbeauftragten ein paar Tage oder ein paar Wochen hinausgeschoben hätte.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Kollege, Herr Staatssekretär Dr. Mielke hat im Zusammenhang mit der Unterrichtung des Haushaltsausschusses einen umfangreichen Katalog vorgelegt, welche Termine der Herr Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier wahrgenommen hat. Daraus wird deutlich, dass er in der Tat mit hoher

Intensität das begonnen hat, was dringend notwendig ist.

(Christian Dürr [FDP]: Neujahrsempfänge! - Reinhold Hilbers [CDU]: Mit hoher Intensität Neujahrsempfänge! - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Moment! Ganz ruhig! Wer hier fragen will, der weiß ja, wie das geht. - Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon mal eine Behörde aufgebaut hat. Wahrscheinlich insbesondere diejenigen Herren, die hier gerade durch Zwischenrufe auf sich aufmerksam gemacht haben.

Aber um das fortzusetzen: Er hat von Anfang an mit hoher Intensität seine Arbeit aufgenommen. Das ist auch dringend notwendig, weil wir gerade im Bereich Süd- und Ostniedersachsen bekanntlich vor besonderen Entwicklungsbedarfen stehen. Deswegen schien es uns gerade für diesen Bereich nicht akzeptabel zu sein, mit einer weiteren Einführung der notwendigen Ebene der Landesbeauftragten zuzuwarten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Die nächste, seine zweite Zusatzfrage stellt von der Fraktion der FDP Herr Försterling.

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung: Kann die Landesregierung angesichts dieser Terminfülle des Regionalbeauftragten Wunderling-Weilbier ausschließen, dass dieser in dieser Zeit das Dienstfahrzeug auch für Privatfahrten genutzt hat?

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Für die Landesregierung, Herr Ministerpräsident Weil!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Die Landesregierung hat für eine solche Vermutung keinen Anlass. Es werden auch entsprechende Fahrtenbücher geführt.

(Christian Dürr [FDP]: Sie können das nicht ausschließen? - Johanne Mod-

der [SPD]: Nur Verdächtigungen! - Zurufe von der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Große Macke von der CDU.

(Zurufe von Christian Dürr [FDP] - Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Keine Zwiegespräche, keine Debatten! Ich müsste sonst die Sitzung unterbrechen, bis sich alle gefangen haben.

(Anhaltende Unruhe)

- Herr Watermann! Herr Dürr! Hallo! Hallo! - Herr Große Macke hat das Wort.

(Zurufe)

- Ruhe, Herr Dürr! Bitte sehr!

Clemens Große Macke (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Ich frage die Landesregierung: Beabsichtigt die Landesregierung, im Rahmen der operationellen Programme ein eigenes Wohnraumförderprogramm aufzulegen, das nicht nur kreditfinanziert ist?

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Ministerpräsident. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Nein, das ist nicht vorgesehen. Das wäre, glaube ich, auch nicht verträglich mit den entsprechenden EU-Fördervorgaben.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Kortlang von der FDP-Fraktion stellt jetzt seine zweite Zusatzfrage. Bitte sehr!

Horst Kortlang (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Was unternimmt die Landesregierung, um eine mögliche Förderlücke für das Jahr 2014 zu vermeiden?

(Zuruf von der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Herr Ministerpräsident.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Es ist mir empfohlen worden zu sagen, das sei eine Frage an die Vorgängerregierung. Das wäre aber keine korrekte Antwort.

Wie ich schon in einer der früheren Antworten im Rahmen der monatlichen Berichterstattung hier vorgetragen habe, haben wir es generell mit einem verzögerten Prozess zu tun, teilweise auf der Ebene der EU, teilweise auf der Ebene des Bundes. Deswegen finden Sie in allen Bundesländern derzeit die Situation, wie auch in Niedersachsen, dass wir mit allem Hochdruck daran arbeiten, aber realistischere tatsächlich erst zur Jahresmitte diese Programme in Brüssel vorliegen werden.

Bezogen auf Niedersachsen, kann ich sagen, dass wir den Eindruck haben, dass diese intensive Befassung und Diskussion, die wir mit der Kommission im Vorfeld führen, wahrscheinlich deutlich zur Beschleunigung beitragen werden und damit sehr viel schneller die EU-Mittel Richtung Niedersachsen fließen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Ich darf grundsätzlich sagen, wir sollten uns auch unter Kolleginnen und Kollegen Bewertungen darüber enthalten, welche Qualität eine Frage hat, Frau Modder, wenn ich das eben richtig gehört habe.

(Johanne Modder [SPD]: Das war aber gar nicht auf die Frage bezogen!
- Christian Dürr [FDP]: Das ist immer auf die Frage bezogen!)

Herr Bode stellt seine letzte Zusatzfrage.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass man ja in großer Sorge sein muss, wenn die Landesregierung im Katastrophenfall keinen Vertreter eines Landkreises erreichen kann, frage ich die Landesregierung: Ist die Situation, dass die Landesregierung verzweifelt versucht, einen handlungsberechtigten Vertreter eines Landkreises zu erreichen, wie im Fall Wunderling-Weilbier, einmalig, oder hat es das in Niedersachsen schon gegeben, dass über Tage und Wochen niemand zu finden war, der in einer kommunalen Verwaltung etwas entscheiden konnte?

(Beifall bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Lieber Kollege Bode, ich gebe Ihnen völlig recht. Ein vergleichbarer Sachverhalt ist mir nicht bekannt. Ich kann jetzt nicht die gesamte Landesgeschichte überblicken, aber mir jedenfalls ist ein solcher Sachverhalt nicht bekannt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Es wird sicherlich noch weiteres Raubrittertum geben!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage für die FDP-Fraktion stellt Herr Kollege Oetjen. Bitte.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Ich hätte gerne von der Landesregierung gewusst: Wer entscheidet, wenn von einem Unternehmen ein Förderantrag gestellt wird, abschließend über diesen Förderantrag? Ist es der Minister, das Kabinett oder der Regionalbeauftragte?

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung antwortet Herr Ministerpräsident Weil.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Das hängt sehr von dem entsprechenden Inhalt und von dem Gegenstand eines solchen Förderantrages ab, weil wir natürlich, wie Sie wissen, größtenteils außerdem landesweite Programme haben, die das wiederum im Einzelnen regeln.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Zusatzfrage kommt von Herrn Dürr, FDP-Fraktion. Das ist auch Ihre zweite. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Landesregierung noch einmal zum Komplex Wunderling-Weilbier fragen: Bleibt die Landesregierung wirklich bei ihrer Auffassung, dass es vor dem Hintergrund einer Zahlung von 180 000 Euro nicht möglich gewesen ist, noch zwei Wochen nach Neujahr zu warten, diesen Landesbeauftragten zu benennen? Das war

am Ende des Tages schlicht und einfach PR und teuer für den niedersächsischen Steuerzahler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet der Ministerpräsident.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Lieber Kollege Dürr, die letzte Vermutung kann ich wirklich ausschließen. Um PR ging es uns dabei zuallerallerallerletzt.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Neujahrsempfänge, SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion!)

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe, bitte keine Zwiegespräche!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Wenn der Kollege noch ein bisschen weiter fragt, ist das kein Problem.

(Zuruf von Jörg Bode [FDP])

Präsident Bernd Busemann:

Wir haben heute viel Zeit, wir können das ganz locker machen. Herr Bode, jetzt ist Ruhe. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Wir haben das sehr genau abgewogen, und zwar insbesondere deswegen, weil wir überhaupt keinen Anlass hatten anzunehmen, dass wir nach dem Jahreswechsel beim Landkreis Helmstedt

(Christian Dürr [FDP]: Jemand erreichen?)

auf eine kooperativere Haltung stoßen würden als vor dem Jahreswechsel. Deswegen haben wir diese Abwägungsentscheidung sehr bewusst getroffen.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Die nächste und damit seine zweite Zusatzfrage stellt Herr Kollege Oetjen, FDP-Fraktion.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne von der Landesregierung wissen, warum die Landesregierung Herrn Wunderling-Weilbier nicht gebeten hat, beim Landkreis Helmstedt eine Abordnung zu beantragen.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Ich bitte vielmals um Verständnis, aber ich meine, dieselbe Frage hätte mir vorhin bereits Kollege Dr. Birkner gestellt.

(Zuruf von der CDU: Ja, aber anders!)

Da war die Frage, warum wir nicht den Weg einer Abordnung vorgeschlagen haben, und ich habe geantwortet - das lässt sich sicherlich im Protokoll nachlesen -: einerseits, weil uns für eine solche Diskussion kein Ansprechpartner zur Verfügung stand, andererseits, weil ein solcher Weg wiederum eine Fülle weiterer Fragen, insbesondere in kommunalverfassungsrechtlicher Hinsicht, hervorgerufen hätte und er uns deswegen als nicht praktikabel erschien.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die Fraktion der CDU Kollegin Karin Bertholdes-Sandrock.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Ich möchte gern die Landesregierung fragen, ob sie im Rahmen der operationellen Programme, die wir haben, einen besonderen Schwerpunkt bei der Förderung der Programme zum Übergang Schule-Beruf setzen wird. Mich würde interessieren, wie diese Programme dann aussehen.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet der Herr Ministerpräsident. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Kollegin, das kann ich bestätigen: Ja, ein solcher Schwerpunkt ist vorgesehen. In diesem Bereich werden nach meiner Erinnerung deutlich mehr Mittel zur Verfügung stehen als bisher. Ich biete gerne an, Ihnen dazu eine gesonderte Information zukommen zu lassen.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, zur Frage 1 liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Wir kommen zu der

Frage 2:

Steht die Landesregierung hinter den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Bereitschaftspolizei in Göttingen?

Die Frage kommt aus dem Bereich der Fraktion der CDU. Wer möchte vortragen? - Herr Kollege Adasch. Bitte sehr!

Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, einen Moment. Wir stellen erst Ruhe her.

Thomas Adasch (CDU):

Am 10. April 2014 unterstützte die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) der Bereitschaftspolizei in Göttingen das Ausländeramt der Stadt Göttingen bei der Abschiebung eines 30-jährigen Flüchtlings aus Somalia nach Italien. Die Abschiebung war dem Flüchtling nach Aussage des zuständigen Ordnungsdezernenten der Stadt Göttingen und Oberbürgermeisterkandidaten der Grünen, Siegfried Lieske, im *Göttinger Tageblatt* vom 12. April 2014 zuvor angekündigt worden. Laut *Göttinger Tageblatt* sieht Lieske den Fall des somalischen Flüchtlings als eine Rückführung in einen „sicheren Rechtsstaat, nämlich nach Italien.“

Die Abschiebung sei von ca. 50 Aktivistinnen und Aktivisten der linken Szene trotz der Unterstützung durch die BFE verhindert worden, wie das *Göttinger Tageblatt* am 11. April 2014 berichtete. Bei der Abschiebung soll es demnach zu zahlreichen Verletzungen von Polizisten und Mitgliedern der linken Szene gekommen sein. Die Grüne Jugend Göttingen schildert den Einsatz in einer Pressemitteilung vom 10. April 2014 als brutal, verängstigend und vollkommen skrupellos. Die Polizei wies diese Vorwürfe zurück.

Die Grüne Jugend veröffentlichte auf ihrer Internetseite ein Dossier zur BFE Göttingen und fordert

in einem offenen Brief die Abschaffung der BFE in Göttingen. Unterstützt wird diese Forderung mit Stand vom 29. April 2014 u. a. von der Grünen Jugend Niedersachsen, den Stadt- und Kreistagsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken, der Juso-Hochschulgruppe und den Jusos Göttingen.

Die *tageszeitung (taz)* vom 29. April 2014 berichtete über diesen offenen Brief („Misstrauensvotum gegen Polizei“). Das Innenministerium hat laut diesem Bericht Presseanfragen hierzu an die Zentrale Polizeidirektion in Hannover verwiesen, welche Überlegungen zur Abschaffung der BFE in Göttingen verneinte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Steht die Landesregierung hinter den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der BFE in Göttingen?
2. Warum weist der Innenminister die Vorwürfe gegen die BFE in Göttingen, die von Mitgliedern der Parteien, die die Landesregierung tragen, erhoben werden, nicht zurück?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Notwendigkeit einer BFE am Standort Göttingen, und plant die Landesregierung, diese abzuschaffen?

Herzlichen Dank.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Adasch. - Für die Landesregierung antwortet Innenminister Pistorius. Bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, sollten am 10. April 2014 in einem sogenannten Dublin-Verfahren zwei Asylbewerber nach Italien zurückgeführt werden, die in Göttingen lebten. Dabei handelte es sich um einen Ivorer und einen Somalier. Beide wurden vorab durch die Ausländerbehörde der Stadt Göttingen über die bevorstehende Rücküberstellung informiert.

Der Ivorer wurde in seiner Göttinger Wohnung angetroffen. Er zeigte sich kooperativ, erklärte sich mit den Maßnahmen zur Rückführung einverstanden. Alles verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Anders gestaltete sich der Fall des Somaliers. Es kam hier zu Geschehnissen, die in der vorliegenden Anfrage erwähnt sind und die auch in der öf-

fentlichen Diskussion umfänglich thematisiert wurden. Die Maßnahme wurde letztlich abgebrochen.

Danach wurde die Landesregierung von Ihnen darum gebeten, im Ausschuss für Inneres und Sport über diese Geschehnisse zu berichten. Entsprechende Anträge stellten die CDU-Fraktion am 11. April und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 12. Mai 2014. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 29. April 2014 eine mündliche Unterrichtung beantragt. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport wird den Innenausschuss deshalb in seiner kommenden Sitzung am 22. Mai umfassend über den chronologischen Ablauf des polizeilichen Einsatzes sowie über die Zuständigkeiten im Rahmen eines solchen Rückführungsprozesses unterrichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dem 10. April ist ein offener Brief verfasst worden, auf den sich auch die Fragesteller beziehen und in dem die Abschaffung der Göttinger Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit, kurz BFE, gefordert wird. Darin sind einige Punkte dargestellt, die nicht der tatsächlichen Organisation der BFE entsprechen. Ich möchte Ihnen deshalb zunächst darlegen, wie die niedersächsischen Einheiten strukturiert und aufgebaut sind.

Die niedersächsische Bereitschaftspolizei ist in die Abteilung 2 der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen integriert. Sie verfügt über sieben Bereitschaftspolizeihundertschaften, davon zwei am Standort Hannover und jeweils eine in Braunschweig, Lüneburg, Göttingen, Oldenburg und Osnabrück. In Hannover, Braunschweig, Göttingen und Oldenburg ist jeweils eine BFE integraler Bestandteil der Bereitschaftspolizeihundertschaften.

Die Bereitschaftspolizei Niedersachsen umfasst gegenwärtig 1 133 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. Die Personalstärke der BFEen richtet sich nach der Verwaltungsvereinbarung über die Bereitschaftspolizei zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Niedersachsen in Verbindung mit den Vorschriften über die Organisation, Gliederung, Ausstattung und rechtlichen Grundlagen für die Bereitschaftspolizeien der Länder und Einsatzeinheiten der Bundespolizei und umfasst jeweils 40 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte.

In dem Offenen Brief wird dagegen angenommen, die Personalstärke der Göttinger BFE liege bei etwa 130 Beamtinnen und Beamten. Diese Darstellung ist nicht korrekt. Bei den BFEen handelt es sich im Übrigen nicht um Spezialeinheiten, son-

dern um Einheiten der Bereitschaftspolizei mit spezialisierten Aufgaben; das ist ein Unterschied. Sie sind darauf spezialisiert, Gewalt- bzw. Straftäter aus gewalttätigen oder gewaltbereiten Menschenmengen heraus oder gewalttätige Einzeltäter beweissicher festzunehmen.

Polizeibehörden können die BFEen für bestimmte Einsatzlagen anfordern. Die Einsätze erfolgen unter Berücksichtigung der erforderlichen spezialisierten Aufgabenwahrnehmung und der grundsätzlichen Verfügbarkeit von Einsatzkräften.

Ich möchte kurz auf die Ausstattung zu sprechen kommen, weil auch sie eine Rolle spielt.

Alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten der Einsatzeinheiten der niedersächsischen Polizei sind mit Einsatzanzug, Einsatzhelm und Einsatzstiefeln ausgestattet. Sie verfügen zudem standardmäßig über eine leichte Körperschutzausstattung. Schutzschilde für alle Einsatzkräfte sind vorhanden; sie werden aber nur anlassbezogen mitgeführt. Sämtliche Polizeivollzugsbeamtinnen und -vollzugsbeamten des Landes Niedersachsen sind außerdem mit einer persönlichen ballistischen Unterziehschutzweste der sogenannten Schutzklasse I ausgestattet.

In dem angesprochenen Offenen Brief wird behauptet, die BFEen würden über „Pepperballgewehre“ verfügen. Tatsächlich, meine Damen und Herren, gehören diese allerdings nicht zur Ausstattung der niedersächsischen Polizei. Sie werden dementsprechend natürlich auch nicht angewendet.

Den BFEen und anderen funktionsbezogenen Einsatzeinheiten sind zusätzlich schwere Schlag- und Stichschutzanzüge mit hoher Schutzwirkung - sogenannte schwere Körperschutzausstattung - zugewiesen, ebenso einteilige Einsatzanzüge für Spezialeinheiten, genannt „Einsatzkombi“.

Die schweren Körperschutzausstattungen bestehen aus einer Weste mit integrierten Front- und Rückenprotektoren, Schulter- und Halsschutz sowie Pistolenholster, Ober- und Unterarmprotektoren mit Ellenbogenschutz, Oberschenkelschlagenschutz mit Suspensorium sowie Schutzhandschuhen und Beinprotektoren für Schienbein und Knie mit Spannschutz. Die Beinprotektoren und die Oberschenkelschlaggeschutzhose werden unter der Einsatzkombination getragen, über der Weste der zusätzlich vorhandene Einsatzblouson.

Die Einsatzanzüge der BFEen unterscheiden sich auch farblich von denen der übrigen taktischen

Einsatzeinheiten. Die BFEen tragen anthrazitfarbene Einsatzanzüge, taktische Einsatzeinheiten hingegen dunkelblaue Kleidung. Die Angehörigen der BFEen sind auch deshalb für Außenstehende als solche erkennbar, weil sie durch die schwere Körperschutzausstattung eine beträchtlich größere Statur haben.

Alle Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei Niedersachsen sind außerdem mit einer taktischen Rückenkezeichnung ausgestattet. Diese ist funktionsgebunden. Die Kräfte können damit eindeutig und schnell ihrer operativen Einheit zugeordnet werden.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, dass in der BFE sehr erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind. Das gilt insbesondere für die Führungskräfte. Sie blicken auf umfassende Einsatzerfahrungen zurück.

Ein hoher, professioneller Qualitätsstandard wird über viele Wege sichergestellt. Dazu gibt es kontinuierliche und themenorientierte Fach- und Praxisfortbildung. Diese Bildungsmaßnahmen decken auch Stressbewältigung und taktische Kommunikation ab, also genau die Dinge, die im Einsatz sehr entscheidend sein können. Außerdem werden spezielle Einsatzlagen regelmäßig geübt.

Die Aufnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in die BFE erfolgt nach einem sehr sorgfältigen Auswahlverfahren. Die anschließende Teilnahme an einer vierwöchigen Basisausbildung ist verpflichtend. Mit dieser umfassenden Aus- und Fortbildung wird sichergestellt, dass die BFEen bei besonderen Einsatzlagen anlassbezogen und ausschließlich im Rahmen der rechtlichen Grundlagen agieren. Sie orientieren sich dabei gleichzeitig am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

Die Einheiten der Bereitschaftspolizei und damit auch die BFEen treten in ihren Einsätzen grundsätzlich in geordneter Formation auf, also etwa in Zügen oder Gruppen. Die Einsatzkräfte orientieren sich dabei an den einschlägigen Polizeidienstvorschriften. Die BFEen werden grundsätzlich im Rahmen einer Bereitschaftspolizeihundertschaft eingesetzt. Sie können aber auch selbstständig eingesetzt werden.

In Göttingen, meine Damen und Herren, gibt es eine spezielle Ausgangslage. Das wissen wir aus Erfahrung. Bei einigen zurückliegenden Rückführungen kam es zu Solidarisierungsaktionen von Gegnern dieses Verfahrens. Seit 2010 wurden

Rückführungsmaßnahmen mehrfach gestört mit dem Ziel, sie zu verhindern. Der Göttinger Arbeitskreis zur Unterstützung von Asylsuchenden e. V. hatte auch im Vorfeld des eingangs erwähnten Verfahrens angekündigt, nicht tatenlos zuzusehen. Diese Gruppe kann erfahrungsgemäß kurzfristig bis zu 50 Personen mobilisieren. Deshalb konnten versammlungsrechtliche Aktionen im Zusammenhang mit den avisierten Rückführungsmaßnahmen an den relevanten Einsatzorten nicht ausgeschrieben werden.

Die zuständige Polizeidienststelle in Göttingen forderte für den 10. April, also den Tag der Rückführung, einen Einsatzzug der ZPD Niedersachsen an. Dieser sollte der taktischen Bewältigung der polizeilichen Einsatzlage sowie dem Schutz anlassbezogener Versammlungen dienen. Daraufhin wurde der Polizeidirektion Göttingen von der ZPD ein Einsatzzug der Bereitschaftspolizeihundertschaft Göttingen zugewiesen. Aufgrund interner Organisationsstrukturen verfügte die Göttinger Bereitschaftspolizei, die BFE am 10. April als taktischen Einsatzzug einzusetzen. Alle übrigen Kräfte dieser Bereitschaftspolizei standen nämlich nicht zur Verfügung.

Eine BFE kann auch als taktischer Einsatzzug eingesetzt werden, wenn andere Kräfte nicht zur Verfügung stehen. Soweit sie in dieser Verwendung taktische polizeiliche Maßnahmen wahrnimmt - beispielsweise Absperrungen, Kontrolltätigkeiten oder Aufgaben des Versammlungsschutzes -, kann dies wegen der spezifischen Ausstattung und Kennzeichnung dieser Einheit von Außenstehenden nicht immer differenziert werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte nochmals betonen, dass die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten der niedersächsischen Bereitschaftspolizei über einen hohen polizeilichen Einsatzwert verfügen. Das wird durch die zahlreichen Maßnahmen gewährleistet, die ich Ihnen genannt habe.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1: Ja. Das Land Niedersachsen hält an den Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten als integrelem Bestandteil der Bereitschaftspolizeihundertschaften fest.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Zu 2: Die gute und zuverlässige Arbeit der Beamtinnen und Beamten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit in Göttingen und generell der Polizei in Niedersachsen habe ich bereits öffentlich in der Pressemitteilung vom 7. Mai 2014 betont.

Darüber hinaus habe ich am 12. Mai 2014 die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit in Göttingen besucht und über eine Stunde mit den Beamtinnen und Beamten gesprochen. Dabei habe ich sehr deutlich gemacht, dass es keinen Anlass gibt, die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit in Göttingen aufzulösen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)

Sollte es bei einzelnen Einsätzen zu Fehlern gekommen sein, wird dies in aller Ruhe und Sachlichkeit aufgearbeitet, wie es im Übrigen für alle Bereiche der Landesverwaltung gilt.

(Lachen bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Nicht für alle, aber für Ihren vielleicht! - Jens Nacke [CDU]: Das haben wir gerade vom Ministerpräsidenten Weil gehört!)

Präsident Bernd Busemann:

Ruhe bitte, liebe Kollegen! - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es bei Ihnen geht. Aber der Mensch, der keine Fehler macht, ist kein Mensch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Also waren es Fehler!)

In der Landesverwaltung gibt es ebenso wie in der Polizei und in diesem Hohen Hause Menschen. Ich behaupte einmal: Wenn alle diejenigen diesen Saal verlassen müssten, die noch nie einen Fehler begangen haben, dann könnten Sie alle sitzen bleiben - und ich auch.

(Heiterkeit - Jens Nacke [CDU]: Der Ministerpräsident ist schon weg!)

Zu 3: Das Land Niedersachsen hält, wie gesagt, an der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit in Göttingen fest. Im Übrigen: siehe Vorbemerkungen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt anfügen, der in der Anfrage nicht thematisiert wurde, der mir aber wichtig

ist. Wie Sie wissen, kam es am 6. Mai zu einem Brandanschlag auf das Privatfahrzeug eines Polizeivollzugsbeamten der BFE Göttingen. Er war bei dem Gespräch, das ich dort geführt habe, dabei. Ich wiederhole hier: Ich verurteile diesen Anschlag in aller Schärfe!

(Beifall)

Ich lasse mich wegen der besonderen Bedeutung dieses Vorkommnisses fortlaufend vom Präsidenten der Polizeidirektion Göttingen über den Verlauf der Ermittlungen unterrichten. Sollte es sich hier um eine politisch motivierte Straftat handeln - ich will deutlich darauf hinweisen: bislang gibt es keine Hinweise, die das ausschließen, aber auch keine, die das bestätigen -, wäre das eine neue Qualität, der wir gemeinsam - vor allem natürlich die Polizei und das niedersächsische Innenministerium - mit aller Entschiedenheit entgegentreten würden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister Pistorius. - Wir kommen jetzt zu den Zusatzfragen. Es beginnt Frau Editha Lorberg von der Fraktion der CDU. Bitte sehr!

Editha Lorberg (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf den Bildaufnahmen des NDR von der gescheiterten Abschiebung vom 10. April 2014 sind neben den uniformierten Polizisten auch zahlreiche schwarz gekleidete Aktivisten zu sehen. Wie bewertet die Landesregierung das verummte Auftreten dieser Aktivisten?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Für die Landesregierung Herr Innenminister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorwegschicken: Die Aufarbeitung des Einsatzes durch das Landespolizeipräsidium läuft noch. Wir warten die Ergebnisse und Erkenntnisse daraus ab.

Ich habe Verständnis für jeden, der in diesem Land gegen irgendetwas demonstriert, auch dagegen,

dass Menschen abgeschoben oder rücküberstellt werden usw. Ich habe aber kein Verständnis, wenn das verummumt geschieht. Ich habe erst recht kein Verständnis dafür, wenn bei solchen Demonstrationen Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte stattfinden.

(Beifall)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Innenminister. - Die nächste Zusatzfrage stellt von der CDU-Fraktion die Kollegin Jahns.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, Sie haben eben im Nachgang zu der Beantwortung der drei Fragen noch auf den Brandanschlag hingewiesen. Sie haben sehr deutlich gemacht, dass die Ermittlungen zurzeit noch laufen und dass es Ihrerseits keine Aussage darüber geben wird, ob er politisch motiviert war oder nicht, dazu könne man noch nichts sagen. Sie haben aber bereits am 7. Mai in einem Pressestatement gesagt:

„Den Brandanschlag auf den Wagen eines Beamten der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) in Göttingen verurteile ich scharf. Auch wenn die Ermittlungen aktuell noch laufen, geht die Tendenz in die Richtung, dass die Tat einen politisch motivierten Hintergrund hat.“

Ich frage Sie: Sehen Sie einen politisch motivierten Hintergrund, oder sehen Sie ihn nicht?

(Beifall bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung Herr Minister Pistorius. Bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Jahns, zu dem Zeitpunkt war das die erste Schlussfolgerung, die vor Ort aufgrund der besonderen Verhältnisse in Göttingen gezogen worden ist. Der Fortgang der Ermittlungen hat nach meinem Kenntnisstand keine weiteren Hinweise ergeben, aber auch keine, die sie entkräften. Von daher kann ich Ihnen heute beim besten Willen noch nicht sagen - das könnte die Polizei vor Ort wahrscheinlich auch nicht -, ob

nachgewiesenermaßen ein politischer Hintergrund besteht oder nicht. Ich bleibe aber dabei: Wenn es einen solchen gibt, dann ist das eine neue Qualität, der wir nicht zusehen werden.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Die nächste Zusatzfrage stellt Herr Adasch von der Fraktion der CDU.

Thomas Adasch (CDU):

Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass ich auch Gelegenheit hatte - - -

Präsident Bernd Busemann:

Ich bin auch noch da!

Thomas Adasch (CDU):

Entschuldigung. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vor dem Hintergrund, dass ich auch noch vor Ihrem Besuch in Göttingen Gelegenheit hatte, mit Beamtinnen und Beamten der BFE zu sprechen und man mir sehr deutlich gemacht hat, wie schwierig die Situation der Beamtinnen und Beamten in Göttingen ist, nämlich dass sie in ihrer Freizeit, wenn sie sich in Göttingen auf der Straße bewegen, aus der linken Szene angesprochen oder fotografiert werden und dass man auf Interneteinträge stößt - wie ich sie hier einmal zeigen darf -

(Thomas Adasch [CDU] hält ein Schriftstück hoch)

mit der Überschrift „Wir können und wollen eine klammheimliche Freude nicht verhehlen - 25 000 Euro Schaden - Brandanschlag auf das Privatauto eines Göttinger Polizisten“

(Editha Lorberg [CDU]: Unvorstellbar!)

wie auf den weiteren Interneteintrag - - -

Präsident Bernd Busemann:

Sie dürfen vor allem zu Ihrer Frage kommen!

Thomas Adasch (CDU):

Ich komme gleich zu der Frage. - Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden auch im Internet abgebildet. Ich frage Sie: Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in ihrer Freizeit zu schützen?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank. - Herr Innenminister, bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Gespräch, das ich mit den Beamtinnen und Beamten der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit geführt habe, war ich sehr beeindruckt von der Nachdenklichkeit, der Besonnenheit und der Ruhe der Beamtinnen und Beamten, mit denen ich zu tun hatte. Sie haben sehr eindrücklich und nachvollziehbar geschildert, wie jener Einsatz abgelaufen ist, vor allen Dingen aber auch, wie sie ihre Situation in Göttingen empfinden.

Ja, in der Tat, der Eindruck war derselbe, wie Sie es geschildert haben. Das war unterschiedlich ausgeprägt. Der eine macht sich große Sorgen, der andere ist etwas abgeklärter; die Menschen sind ja unterschiedlich.

Wenn aber ein junger Beamter in den frühen Morgenstunden mit dem Hinweis aus dem Bett geklingelt wird, sein Auto stehe in Flammen, dann ist das für einen jungen Mann ein echter Schlag. Wenn dann ein weiteres Mitglied der Festnahmeinheit sagt, sein Auto stehe im Carport gleich neben seinem Haus und in diesem Haus schliefen er, seine Tochter und seine Frau, dann wird deutlich, was in den Köpfen dieser jungen Menschen vor sich geht.

Ich habe mit den Polizistinnen und Polizisten darüber gesprochen, woran das liegt, woher das kommt und was man dagegen tun kann. Keiner der Beamten hat übrigens die Frage gestellt, was die Landesregierung dafür tun könne. Denn die Landesregierung kann die Polizisten in ihrem Privatleben - auf der Straße, beim Besuch in einer Gaststätte oder im Kino - nicht wirklich schützen.

Ihre Frage zielt aber, glaube ich, eher in eine andere Richtung, nämlich in Richtung der gesellschaftspolitischen Verantwortung, die wir haben, nämlich immer wieder auf Folgendes hinzuweisen: Erstens. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und nur beim Staat. Jeder, der das infrage stellt und selbst Gewalt gegenüber Sachen und Menschen ausübt, stellt sich außerhalb der Rechtsordnung.

(Beifall)

Zweitens. Die Aufgaben, die unsere Polizistinnen und Polizisten auf sich nehmen, sind außerordentlich belastend abhängig davon, wo und wann der Dienst versehen wird. Sie sind hohen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt; das kann

jeder bestätigen, der selber Polizist war oder ist oder Polizisten auf ihren Einsatzfahrten begleitet hat. Deswegen ist es wichtig, dass wir immer wieder dafür Sorge tragen - auch in den Debatten über die Polizei -, dass klar sein muss: Der Respekt vor der Polizei ist ein hohes Gut, weil die Polizei das Gewaltmonopol des Staates vertritt und ausübt.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir alle gemeinsam, meine Damen und Herren, sind jeden Tag gefordert, im Umgang mit der Polizei darauf hinzuweisen, dass Übergriffe auf die Polizei durch nichts zu rechtfertigen sind ganz gleich, mit welcher politischen Gesinnung sie begründet werden. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Wir müssen in Göttingen verstärkt etwas gegen die Stimmungslage tun, die es dort ja nicht erst seit gestern gibt; sie spielt sich seit 30, 40 Jahren in Wellenbewegungen ab. Dazu will ich meinen Beitrag leisten. Ich plane, im Sommer das eine oder andere Gespräch zu führen, öffentlich und nicht öffentlich, um zu versuchen, die Gruppen, die sich seit Jahren, ohne sich persönlich zu kennen, verfeindet einander gegenüberzustehen scheinen, zusammenzuführen. Ob uns das gelingt, weiß ich nicht. Ich wäre jedem, der mich oder die Landesregierung bei diesem Vorhaben unterstützt, dafür dankbar. Es ist wichtig, weil es um unser grundlegendes Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Gewaltmonopol geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Innenminister. - Die nächste Zusatzfrage kommt von der CDU. Frau Jahns!

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, Sie haben nach Ihrem Besuch am 12. Mai in Göttingen in einem Interview mit dem NDR erklärt, es gebe in Göttingen eine besondere Konstellation und eine latente Feindseligkeit durch die Kritik an der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit. Wie erklären Sie diese besondere Konstellation und die latente Feindseligkeit? Sehen Sie die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Göttingen besonders gefährdet?

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Landesregierung antwortet Herr Innenminister Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die umfassende Beantwortung einer solchen Frage, liebe Frau Jahns, würde weit in die Geschichte der letzten Jahrzehnte des Landes Niedersachsen zurückführen. Ich hoffe, Sie ersparen mir das - und vor allen Dingen sich selbst.

Jeder, der die Situation in Göttingen kennt, weiß, wie die Situation dort seit 30, 40 Jahren, eigentlich seit den 70er-Jahren ist. Ich muss das hier nicht bewerten. Ich kenne die Situation aus eigener Anschauung noch nicht so lange wie andere hier in diesem Hohen Haus.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Es gibt diese latente Feindseligkeit gegenüber der Polizei in kleinen Kreisen innerhalb der Stadt Göttingen; das muss man sehr deutlich sagen. Wenn Sie mit der durchschnittlichen Göttingerin, dem durchschnittlichen Göttinger sprechen, dann werden Sie diese Feindseligkeit nicht antreffen, aber in Teilen gibt es sie. Ich habe gerade gesagt, dass wir gemeinsam - ich natürlich auch - gefordert sind, im Dialog vor Ort für eine Befriedung zu sorgen. Das ist kein Prozess, den wir morgen werden abschließen können, aber den Versuch und den Schweiß der Edlen ist das wert.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Frage wird von dem Kollegen Thomas Adasch gestellt. Bitte schön!

Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich darf aus einer Pressemitteilung der Grünen Jugend aus Göttingen vom 7. Mai zitieren. Es geht darum, dass Sie sich hinter die BFE gestellt haben. Darin heißt es:

„Die Beibehaltung dieses Vorgehens wäre eines rot-grünen Innenministers unwürdig und würde zu einem Dauerkonflikt in Göttingen führen, in dessen Mittelpunkt Pistorius stehen würde.“

Ich frage Sie: Was wollen Sie unternehmen, damit dieser Konflikt zwischen Ihnen und der Jugendorganisation Ihres Koalitionspartners, der auf dem Rücken der Polizeibeamtinnen und -beamten ausgetragen wird, gelöst wird?

(Beifall bei der CDU - Zuruf von den GRÜNEN: Wir sind im Gespräch!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst feststellen, dass die Grüne Jugend - ähnlich wie die Jugendorganisationen anderer Parteien - eine sehr auf Unabhängigkeit und Eigenständigkeit bedachte Jugendorganisation der Partei Bündnis 90/Die Grünen ist.

Zweite Vorbemerkung: Ich habe diese Internetmeldung natürlich auch gelesen. Ich stelle zunächst einmal fest: Ich bin Minister einer rot-grünen Landesregierung, aber immer noch Sozialdemokrat. Darauf lege ich Wert.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Gut zu wissen!)

Bitte lassen Sie mich ferner mit dem gebotenen Respekt, aber gleichzeitig mit der gebotenen Gelassenheit sagen: Nur weil die Grüne Jugend in Göttingen in ihrem Internetbeitrag ein Junktim herstellt und behauptet, Herr Pistorius stehe im Mittelpunkt der künftigen Auseinandersetzungen, wenn die BFE nicht aufgelöst werde - nehmen Sie es mir nicht übel; meine Bereitschaft, so etwas über Gebühr mit Aufmerksamkeit zu bedenken, ist eher unterdurchschnittlich ausgeprägt.

(Heiterkeit bei der FDP)

Deswegen habe ich darauf auch nicht reagiert. Wenn ich auf jeden Internet- und Blogbeitrag in diesem Lande oder außerhalb Niedersachsens reagieren müsste, wollte oder sollte, dann hätte ich viel zu tun und käme ich nicht zu meiner eigentlichen Arbeit.

Im Übrigen ist dieser Beitrag unsachlich und beeinträchtigt in keiner Weise meine Bereitschaft, die entsprechenden Gespräche in Göttingen mit allen zu führen, die zu Gesprächen bereit sind. Das wird der nächste Schritt sein.

Aber ganz im Ernst: Ich reagiere auch nicht auf jede Meldung der Jusos, der JuLis oder der Jungen Union. Das ist nun wirklich nicht meine Aufgabe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Johann-Heinrich Ahlers von der CDU-Fraktion.

Johann-Heinrich Ahlers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Innenminister: Gibt es Zahlen darüber, wie viele Angriffe es in den letzten beiden Jahren auf Polizisten in Göttingen gegeben hat und wie viele davon politisch motiviert waren?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin sicher: Diese Zahlen gibt es. - Ich habe sie aber nicht dabei, bin aber gerne bereit, sie Ihnen schriftlich nachzureichen.

(Zuruf von der CDU: Immerhin!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Horst Schiesgeries von CDU-Fraktion.

Horst Schiesgeries (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage lautet: Hält die Landesregierung trotz der, wie ich finde, sehr realen Gefahr, dass Beamte der Polizei auch privat wegen ihrer dienstlichen Tätigkeit angegriffen werden, an der Absicht fest, jeden Polizeibeamten in Niedersachsen individuell zu kennzeichnen?

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nie hat die Absicht bestanden - auch jetzt

besteht sie nicht -, eine individuelle Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten einzuführen.

(Björn Thümmler [CDU]: Natürlich! Es besteht doch die Absicht! - Gegenruf von Anja Piel [GRÜNE]: Wir reichen euch den Koalitionsvertrag ein! - Weiterer Gegenruf von der SPD: Wer lesen kann, ist schlauer!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Jens Nacke.

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, der Minister hat die Frage beantwortet. Die nächste Frage stellt der Kollege Nacke. Bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pistorius, mit Blick auf Ihre Ausführungen hinsichtlich der Vorgänge in Göttingen haben Sie gesagt, dass die Polizeibeamten nicht die Frage stellen, was die Landesregierung tun kann.

Ich frage Sie daher: Ziehen Sie mit Blick auf die Ereignisse in Erwägung, in bestimmten Problemlagen oder beispielsweise generell in Göttingen auf die Unterrichtung der Betroffenen über Abschiebungstermine zu verzichten, die solche Polizeieinsätze möglicherweise erschwert, und nicht bereits im Vorfeld die Termine bekannt zu geben, wenn man weiß, dass insbesondere in Göttingen in Teilen die von Ihnen geschilderte besondere Feindseligkeit herrscht - Sie haben das ja genau ausgeführt -, die zu solchen Polizeieinsätzen mit schweren Folgen führen kann?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Pistorius!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst klarstellen, damit kein Missverständnis aufkommt: Ich meinte mit einer individualisierten Kennzeichnungspflicht eine generelle Kennzeichnungspflicht jedes einzelnen Polizeibeamten. Wir erörtern gerade in den Verhandlungen die Frage einer anonymisierten Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

- Tun Sie doch nicht so erstaunt! Im Koalitionsvertrag steht doch, dass wir darüber reden!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das weiß auch die GdP. Ich empfehle dringend, die alte Fußballerregel zu beachten, nämlich den Ball flach zu halten.

(Ulf Thiele [CDU]: Das heißt, dass Sie sich selbst gerade wieder einsammeln! - Jens Nacke [CDU]: Dann beantworten Sie bitte, ob Sie daran festhalten!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Der Minister beantwortet die Fragen so, wie er es für richtig und verantwortungsvoll hält.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Das würde ich ja gerne, Herr Präsident, aber ich werde ja ständig unterbrochen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, Sie bekommen selbstverständlich das Wort - auch zur Beantwortung der Frage, die Herr Nacke gestellt hat.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Die Gespräche über eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen laufen. Wir werden sehen, mit welchem Ergebnis sie zu Ende geführt werden. Diese Gespräche laufen.

Zu Ihrer Frage, Herr Nacke: Mit Sicherheit wäre es aus polizeitaktischen Gründen eine überlegenswerte Maßnahme, den Flüchtlingen nicht mehr anzukündigen, dass sie abgeholt werden. Ich sage Ihnen aber genauso deutlich: Das hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten und diejenigen, die nichts dafür können, dass gewaltsam oder mit passiver Gewalt verhindert werden soll, dass Abschiebungen durchgeführt werden, und die nicht dafür verantwortlich sind, dass das passiert, dafür zu bestrafen.

Wir halten an unserer Absicht fest, grundsätzlich zu benachrichtigen und vorab zu informieren, wann abgeholt wird, zumindest beim ersten und beim zweiten Mal, beim zweiten Mal dann abgestuft. Wir arbeiten gerade an Formulierungen für den Rückführungserlass. Wenn aber grundsätzlich

in Göttingen Flüchtlinge, die zur Abschiebung anstehen, nicht mehr vorab informiert werden, weil es diese Probleme gibt, dann würde damit der eine gemeint, aber der andere getroffen. Das ist nicht unsere Art von Politik!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Frage stellt Herr Kollege Rudolf Götz.

Rudolf Götz (CDU):

Herr Präsident! Herr Minister Pistorius, Sie haben gesagt, dass nicht erkennbar ist, ob es politische Hintergründe für die Vorkommnisse in Göttingen gibt. Nichtsdestotrotz wird dies zu Veränderungen bei der zukünftigen Arbeit des Verfassungsschutzes führen. Kürzer gesagt: Wird die Sehfähigkeit des Verfassungsschutzes auf dem linken Auge wieder zunehmen?

(Zurufe von SPD: Wie jetzt? Hä? -
Gegenruf von Angelika Jahns [CDU]:
Das habt ihr nicht verstanden, oder?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sehfähigkeit der beiden Augen der Landesregierung ist gleichermaßen stark ausgeprägt. Deshalb gibt es keine Notwendigkeit einer Dioptrienverstärkung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Focke, die nächste Frage stellen Sie.

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass noch heute Morgen auf der Internetseite der Grünen Jugend das sogenannte Kruse-Karussell zu sehen ist - also ein Karussell, bei dem die durchgestrichenen Bilder und die Namen des ehemaligen Innenministers und des Verfassungsschutzpräsidenten sowie das Bild des aktuellen Polizeipräsidenten Kruse mit dem Zusatz „Einer wurde fast vergessen ... der muss auch noch weg!“ zu sehen sind -, frage ich die Landesregierung und insbesondere die Mit-

glieder der Landesregierung, die aus Göttingen kommen und vielleicht sogar den Grünen angehören: Ist mit der Grünen Jugend über die Hetzkampagne und darüber gesprochen worden, dass so etwas nicht in Ordnung ist und dass es eingestellt wird? Wenn nicht: Warum nicht?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. Aber der Innenminister antwortet, Herr Focke. Das ist so.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Focke, Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich die Frage, gerichtet an die Mitglieder des Hohen Hauses, nicht beantwortete, nicht beantworten darf und kann.

(Zuruf von der CDU: Die waren auch nicht gefragt!)

Ich für meinen Teil habe, glaube ich, alles gesagt, was zur Grünen Jugend und zu ihrer Veröffentlichung zu sagen ist. Ich finde dieses Verhalten schäbig, menschenverachtend und ungehörig. Das sage ich, damit wir uns da völlig richtig verstehen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Herr Wenzel sollte mal zuhören!)

Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren: Je mehr wir hier über diesen Interneteintrag reden, desto mehr werten wir ihn in seiner Bedeutung auf.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt die Abgeordnete Frau Janssen-Kucz, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme auf die Anfrage zurück. Ich frage die Landesregierung: Warum wurde bei dieser Rückführungsmaßnahme überhaupt die sogenannte BFE zum Wohnhaus gerufen?

(Thomas Adasch [CDU]: Weil die Stadt sie angefordert hat!)

War das überhaupt verhältnismäßig?

(Zuruf von der CDU: So eine Frage von Grünen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage ist ebenso nachvollziehbar wie einleuchtend. Auch ich habe sie mir nämlich gestellt. Die Antwort ist relativ einfach: Die PI Göttingen - ich habe es vorhin gesagt - hat einen taktischen Zug der Bereitschaftspolizei bei der ZPD in Hannover angefordert. Die ZPD hat der PI Göttingen einen Zug der Bereitschaftspolizeihundertschaft Göttingen zugewiesen. Die Bereitschaftspolizeihundertschaft Göttingen hatte keinen anderen normalen taktischen Zug mehr zur Verfügung und hat deswegen den einzig verbleibenden Zug zugeteilt, nämlich die BFE.

Nun ist es in der Tat eine Frage, ob die BFE in der Montur, die normalerweise für besondere Einsatzlagen gedacht ist, hätte ausrücken müssen oder nicht. Das alles ist aber müßig! Es stand keine andere Hundertschaft zur Verfügung. Demzufolge war es naheliegend, die BFE herauszuschicken. Die BFE hat im Übrigen sehr umsichtig agiert, soweit ich bis jetzt informiert bin. Von daher kann man daran keine Kritik üben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Jörg Hillmer, CDU-Fraktion.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angesichts der korrigierten Antwort, Herr Minister, frage ich an derselben Stelle nach: Halten Sie weiterhin daran fest, eine anonymisierte Kennzeichnung von Polizisten zu verfolgen? Können Sie sich für den gegebenen Fall gegenüber den Polizisten z. B. aus Göttingen - deren Schicksal und Sorgen Sie hier eben selbst geschildert haben - dafür verbürgen, dass die Dekodierung dieser anonymisierten Kennzeichnung niemals in falsche Hände gerät?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ungeachtet der Frage, wie die Gespräche über eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen am Ende ausgehen, weise ich darauf hin, dass es Bundesländer gibt, in denen es seit Jahren eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht gibt. Mir ist nicht bekannt, dass es bislang Probleme gegeben hat, die Dekodierung unter Verschluss zu halten. Deswegen sage ich sehr deutlich - ob verbürgen oder nicht -: Wenn es so weit kommen sollte - ich bitte, den Konjunktiv zu beachten -, werden wir alles dafür tun, dass das sichergestellt ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege Ahlers zieht seine Wortmeldung zu einer Frage zurück. - Dann kommt der Kollege Jens Nacke mit der zweiten Frage. Bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Minister, ich schließe direkt an Ihre letzte Antwort an. Sie sagten gerade, Ihnen sei nicht bekannt, dass es irgendwo einmal Probleme mit der Dekodierung gegeben hätte.

(Zuruf)

- Entschuldigung, Frau Janssen-Kucz, ich habe Sie nicht verstanden.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Ich dachte, Herr Kollege Nacke, wir fragen hier zu einer mündlichen Anfrage und nicht zur Kennzeichnung!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Liebe Frau Janssen-Kucz, wie die Fragen gestellt werden, ist Sache des Fragestellers. Er hat sich aber an bestimmte Dinge zu halten. Bis jetzt hat er sich noch daran gehalten. Außerdem passen wir hier auf. - Okay!

Bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich leite noch einmal ein. Ich schließe direkt an Ihre letzte Antwort an und frage Sie: Haben Sie mit anderen Landesregierungen, auch mit den Interessenverbänden der Polizei, diesbezüglich Kontakt aufgenommen? Wären Sie bereit, auch dem Landtag gegenüber eine solche Kontaktaufnahme einmal darzustellen und auch diese Fragestellung klar zu beantworten, bevor Sie sich an die Umsetzung Ihrer Pläne aus dem Koalitionsvertrag machen, womit Sie doch das Risiko eingehen würden, dass bei Einsätzen, wie sie sich in Göttingen ereignet haben, durch linke Autonome anhand der von Ihnen angebrachten Kennzeichnung dezidiert gesagt werden kann, welche Polizeibeamten eingesetzt waren und wo diese wohnen?

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Nacke. - Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wiederhole: Wir sind in Gesprächen dazu. Das Ergebnis der Gespräche kenne ich naturgemäß noch nicht, da es in der Zukunft liegt. Deswegen kann ich noch nichts darüber sagen, wie das weitere Verfahren aussehen wird. Ich kann Ihnen nur zusichern, dass wir mit allen Betroffenen und allen Organisationen, die damit zu tun haben, vernünftig darüber reden werden. Wir werden keine Schnellschüsse machen, wir werden das abwägen, und wir werden sehen, welches Ergebnis dabei herauskommt. Mehr - dafür bitte ich um Verständnis - kann ich zum heutigen Zeitpunkt schlicht noch nicht sagen, weil die Gespräche auf der Arbeitsebene noch laufen.

Vielen Dank.

(Jens Nacke [CDU]: Sie sind nicht bereit, über Gespräche mit anderen Bundesländern zu informieren?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt stellt der Kollege Jörg Bode, FDP-Fraktion, die nächste Frage.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Innenminister gerade erklärt hat, dass die Landesregierung die Kampagne der Grünen Jugend in Göttingen als „schäbig“

(Zuruf von der CDU: „Menschenverachtend!“)

und „menschenverachtend“ einstuft, allerdings keine weiteren Aussagen zu Aktivitäten von Mitgliedern der Landesregierung machen wollte, frage ich erneut und ganz konkret die Landesregierung, insbesondere natürlich den stellvertretenden Ministerpräsidenten Stefan Wenzel, der Mitglied der Grünen ist und aus Göttingen kommt: Hat irgendein Mitglied der Landesregierung der Grünen Jugend in Göttingen diese Einschätzung der Kampagne gesagt und sie gebeten, diese zu unterlassen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. Sie wissen aus eigener Praxis, dass die Landesregierung selbst entscheidet, wer antwortet. - Der Minister für Inneres meldet sich zu Wort. Bitte schön!

(Zurufe von der CDU)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich habe hinlänglich ausgeführt, dass zu der Bewertung - aus meiner Sicht jedenfalls und aus der Sicht der Landesregierung - dessen, was die Grüne Jugend dort ins Internet eingestellt hat, keine zwei Meinungen existieren. Es ist aber gleichfalls richtig, dass man nicht jede Äußerung in einer solch wirklich erbärmlichen Qualität - sei sie schriftlich oder mündlich - auch noch öffentlich kommentieren muss.

Ich finde jedenfalls, dass es viel wichtiger ist, mit den Polizeibeamtinnen und -beamten zu sprechen und sie unserer Solidarität und unserer Unterstützung zu versichern. Das ist allemal wichtiger, als sich mit einigen Mitgliedern der Grünen Jugend, die offenbar - wie soll ich es ausdrücken? - eine mangelhafte Kinderstube hinter sich haben oder politische Grundsatzüberzeugungen haben, die wir nicht teilen, auseinanderzusetzen. Ganz ehrlich: Das ist nicht meine Aufgabe und auch nicht Aufgabe der Landesregierung.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Hat Herr Wenzel nun mit ihnen gesprochen oder nicht?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Horst Schiesgeries, CDU-Fraktion. Bitte schön!

Horst Schiesgeries (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Pistorius, meine Frage ist: Unterstützt die Landesregierung vor dem Hintergrund des aktuellen Brandanschlages die Forderung der Gewerkschaft der Polizei nach einer härteren Bestrafung von Angriffen gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte? Ich frage das aber auch in Bezug auf andere Hilfskräfte wie die von der Feuerwehr. Unterstützen Sie diesen Gedanken?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir den Hinweis, dass das jetzt den Rahmen der gestellten mündlichen Anfrage nach meiner Wahrnehmung deutlich überschreitet. Aber es soll mir recht sein.

Die Frage einer Strafverschärfung lässt sich weder pauschal noch speziell einfach so beantworten. Eine Strafverschärfung macht nur dann Sinn, wenn die Wirksamkeit dieser Strafverschärfung nachgewiesen oder jedenfalls mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann. Unsere Gesetze sind keineswegs so, dass Gewalt gegen Vollzugsbeamte oder Gewalt gegen Personen generell zu schwach strafbewehrt wären. Wer das behauptet, dem empfehle ich einen Blick ins Strafgesetzbuch.

Ob eine Strafverschärfung im Falle von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte eine zielführende Maßnahme ist, darüber befinde ich mich zusammen mit meinen Fachleuten im Meinungsbildungsprozess. Ich denke, wir werden bei der IMK in Bonn auch darüber wieder beim Kamingespräch reden, weil das ein Thema ist, das uns fortlaufend beschäftigt und im Übrigen unter den Innenministern des Bundes und der Länder durchaus unterschiedlich bewertet wird, weil die Frage lautet: Stellt allein eine höhere Strafe eine stärkere Abschreckung dar, was den Umgang von Menschen in diesem Land mit der Polizei angeht? Darauf sollten wir in der Diskussion unser Schwergewicht legen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Der Minister hat auf § 48 hingewiesen. Ich zitiere:

„Sie“

- die Fragen -

„müssen zur Sache gehören und dürfen die ursprüngliche Frage nicht auf andere Gegenstände ausdehnen.“

Ich glaube, dies war noch akzeptabel, Herr Schiesgeries. Der Minister hat auch geantwortet.

Die nächste Frage stellt der Kollege Hillmer. Das ist Ihre zweite Frage, Herr Kollege.

(Jens Nacke [CDU]: Der Minister hat den Brandanschlag angesprochen!)

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Wie viele Personen sind aufseiten der Polizei und aufseiten der Aktivisten bei dieser gescheiterten Abschiebung am 10. April verletzt worden? Wie viele Verfahren mit welchen Tatbeständen sind bei den Ermittlungsbehörden dazu anhängig?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Der Minister antwortet. Bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich den Zuruf über die Bank richtig verstanden habe, kann ich sagen, dass es vier leichtverletzte Polizeibeamtinnen und -beamte gegeben hat. Was auf der anderen Seite an Verletzungen aufgetreten ist, ist uns nicht verlässlich bekannt. Strafanzeigen gegen die Polizei wurden nicht gestellt. Was war das noch?

(Jens Nacke [CDU]: Wie viele Verfahren wurden gegen die Täter eingeleitet?)

- Das müssen wir nachreichen. Das können wir nicht sagen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Bernd-Carsten Hiebing.

Bernd-Carsten Hiebing (CDU):

Zu jeder dieser Einheiten, Herr Innenminister, gehört ein Film- und Dokumentationstrupp, wenn ich das so sagen darf. Die Frage ist: Sind die Aufnah-

men, die man in Göttingen gemacht hat, schon ausgewertet worden? Ich denke, dass solche Aufnahmen die Sache ein wenig erhellen könnten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Innenminister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die sogenannten videografischen Aufzeichnungen eines solchen Einsatzes unterliegen strengsten rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Auswertung unsererseits beim Landespolizeipräsidium läuft. Wie der Landespolizeipräsident mir gerade sagte, gibt es eine DVD, die bei der Staatsanwaltschaft vorliegt, auf die wir aber keinen Zugriff haben. Die Auswertung läuft, und die Mittel, die wir haben, werten wir aus. Deswegen sagte ich eingangs schon: Wir sind noch in diesem Prozess. Das Landespolizeipräsidium ist da noch dran. - Wir werden das in den nächsten zwei, drei Wochen abschließen, und dann werden wir wissen, wie wir den Einsatz auch aus polizeilicher Sicht zu bewerten haben.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege Bode, FDP-Fraktion!

(Jens Nacke [CDU]: Es wäre gut, wenn die Justizministerin hier wäre und die Fragen beantworten würde!)

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, da Sie der Frage schon zweimal elegant ausgewichen sind, versuche ich, sie anders zu formulieren.

Vor dem Hintergrund des von jedem Mitglied der Landesregierung geleisteten Amtseides frage ich die Landesregierung, Herr Ministerpräsident: Ist es richtig, dass die Landesregierung ein menschenverachtendes Agieren und Handeln der Grünen Jugend in Göttingen festgestellt hat und trotzdem kein einziges Mitglied der Landesregierung - obwohl einige die Handelnden mit den menschenverachtenden Tätigkeiten vermutlich persönlich kennen - es für nötig gehalten hat, sie darauf anzusprechen und zu bitten, dies zu unterbinden?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf: Minister Wenzel kneift wieder!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Bode, auch auf die Gefahr hin, Sie zu langweilen:

(Jörg Hillmer [CDU]: Nein!)

Die Grüne Jugend ist eine kleine Organisation.

(Jörg Hillmer [CDU]: Ist das auch die Ansicht von Herrn Wenzel?)

Die Grüne Jugend in Göttingen ist noch kleiner. Die Grüne Jugend in Göttingen macht einen Internetauftritt.

Ich kann Ihnen nur wiederholend sagen: Ein Gespräch mit Leuten zu führen, die politische Ansichten in diesem Stil verbreiten, mag im Zweifel Sache der Eltern, der Erziehungsberechtigten oder der politischen Gefährten vor Ort sein, aber bitte nicht der Landesregierung.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Das ist meine Wertung, und die muss ja keiner teilen. Aber ich sage Ihnen noch einmal sehr deutlich: Wenn es Anspruch würde, dass wir auf jeden Internetblog und auf jede Veröffentlichung irgendeiner kleineren Organisation reagieren, dann hätten wir nichts anderes mehr zu tun, meine Damen und Herren. Das ist nicht Aufgabe der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Angelika Jahns [CDU]: Sie haben gesagt, es ist menschenverachtend!

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es liegt jetzt eine Meldung **zur Geschäftsordnung** vor. Herr Nacke, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass es inzwischen bereits zwei Fragen gegeben hat, die den Bereich der Justiz betroffen haben, nämlich die Frage nach den anhängigen Verfahren sowie die Frage nach der Auswertung der notwendigen Beweise durch die Staatsanwaltschaft, beantrage ich, die Ministe-

rin für Justiz in den Plenarsaal zu zitieren. Sie gehört hierher.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Limburg, auch Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte!

(Thomas Adasch [CDU]: Wo ist sie denn, die Ministerin?)

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Nacke, es ist ja nicht das erste Mal, dass Sie versuchen, bei einer Fragestunde mittels Erweiterung des Fragegegenstandes auf andere Themen die Landesregierung in irgendwelche Fallen zu locken.

(Björn Thümler [CDU]: Das hat Herr Pistorius gemacht!)

Fakt ist: Sie haben eine Anfrage gestellt zur Situation - - -

(Thomas Adasch [CDU]: Die Ministerin kommt! Sie ist da!)

- Herr Kollege Adasch, jetzt regen Sie sich doch nicht so auf! Hören Sie doch zu!

Sie haben eine Anfrage zu einer Polizeieinheit in Göttingen gestellt. Falls Ihnen das nicht bekannt ist: Der für die Polizei in diesem Land zuständige Minister ist seit über einem Jahr Herr Pistorius. - Lassen Sie mich hinzufügen: Ich bin sehr froh darüber, dass er dafür zuständig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im Übrigen - Herr Kollege Nacke, auch das sollte Ihnen längst bekannt sein -: Die Landesregierung entscheidet darüber, wer antwortet, und Herr Pistorius hat jede Ihrer Fragen hier im gebotenen Umfang beantwortet.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist natürlich falsch! Er hat darauf verwiesen, dass die Justizministerin antworten wird!)

Wir werden diesen Antrag selbstverständlich zurückweisen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege hat noch einmal das Wort. Bitte schön!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Limburg, ich weise ausdrücklich darauf hin, dass die Mitglieder dieses Hauses gehalten sind, die Fragen, die sie hier stellen, ausdrücklich nicht an einen Minister zu richten, z. B. den Fachminister, sondern an die Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig! Richtig! So ist es! - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Die entscheidet auch, wer antwortet!)

Und ich stelle fest, dass die Fragen in zwei Fällen den Bereich der Justiz - aus meiner Sicht ist dafür die Justizministerin die Fachministerin - betroffen haben, nämlich die Frage, Frau Ministerin, wie viele Verfahren gegen Beteiligte an dem Vorfall in Göttingen, der hier in Rede stand, bereits anhängig sind, und die Frage, in welcher Art und Weise die Staatsanwaltschaft ermittelt und gegebenenfalls Beweise - in diesem Fall ging es um die Filmaufnahmen - ausgewertet hat.

Darauf hat der Innenminister verständlicherweise, weil er ja nicht mehr der zuständige Fachminister ist, geantwortet, er könne das nicht sagen. Deswegen finde ich, ist es ein legitimes Anliegen, zu fragen, ob die Justizministerin dazu etwas sagen kann.

Ich habe beantragt, dass sie in den Saal kommt. Sie ist inzwischen da. Insofern hat sich mein Antrag erledigt. Ich würde mich freuen, wenn Sie zu diesen Fragestellungen des Hauses noch Stellung nehmen könnten, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Nacke. - Die Justizministerin ist im Saal. Die Entscheidung darüber - das wiederhole ich -, wer die Fragen beantwortet, trifft die Landesregierung. Aber die Ministerin ist jetzt da, und damit hat sich der Antrag erledigt. - Vielen Dank.

Wir setzen die Fragestunde fort. Es hat sich jetzt zu Wort gemeldet - - -

(Thomas Adasch [CDU]: Wird das jetzt beantwortet oder nicht? Es steht eine Frage im Raum, die nicht beantwortet wurde! - Jörg Hillmer [CDU]: Frau Ministerin!)

- Die Ministerin möchte antworten. - Dann haben Sie natürlich sofort, jederzeit - - - Nicht? - Alles klar.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch ganz einfach. Es gibt laufende Ermittlungsverfahren, die noch bei der Polizei sind, und es gibt solche bei der Staatsanwaltschaft.

(Ulf Thiele [CDU]: Herr Minister, Sie haben noch gar nicht das Wort gekriegt!)

- Natürlich habe ich das Wort gekriegt!

(Ulf Thiele [CDU]: Von wem denn?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich habe gefragt, ob die Ministerin antworten würde, weil ich den Eindruck hatte.

(Minister Boris Pistorius begibt sich zur Regierungsbank - Thomas Adasch [CDU]: Sind Sie jetzt Ministerin?)

- Herr Minister, bleiben Sie doch einfach am Mikrofon! - Die Ministerin machte den Anschein, als wolle sie antworten. Das hat sich aber geklärt. - Jetzt haben Sie das Wort, Herr Minister, und können die Frage beantworten. Es liegen noch zwei weitere Wortmeldungen für Fragen vor.

(Angelika Jahns [CDU]: Das ist einfach nur peinlich! - Thomas Adasch [CDU]: Wir sind hier nicht im Osnabrücker Stadtparlament!)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Ach, Herr Adasch, Ihre Zwischenrufe waren auch schon kreativer, wenn ich das mal sagen darf. Also wirklich!

(Thomas Adasch [CDU]: Was? - Miriam Staudte [GRÜNE]: Nein, das waren sie nicht! - Mustafa Erkan [SPD]: Nein! Noch nie!)

- Obwohl ich eigentlich nicht wüsste, wann! Aber das ist auch egal.

Meine Damen und Herren, vielleicht können wir in dieser Frage - - -

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Die Antworten waren schon souveräner, Herr Minister! - Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Meine Damen und Herren, das Verfahren ist doch allen hier im Saal bekannt. Wir haben es eben noch einmal festgestellt: Für die Landesregierung antwortet jetzt der Minister. Sie, der eine oder andere, haben Fragen gestellt. Die letzte Frage war die, glaube ich, von Herrn Kollegen Hiebing. Jetzt gibt es die Antwort. Der Minister antwortet so, wie er möchte, und er bezieht sicherlich auch die Frage bzw. den Geschäftsordnungsbeitrag des Kollegen Nacke mit ein. Damit ist das doch einfach und in aller Ruhe geregelt, und wir brauchen uns eigentlich gar nicht mehr aufzuregen. Es sei denn, der Minister antwortet jetzt, und Sie möchten darauf eine erneute Frage stellen. - Das ist doch gar kein Thema! Wir machen das hier ordnungsgemäß und wickeln das in Ruhe ab. Wir alle haben doch Interesse an der Antwort.

Jetzt haben Sie das Wort, Herr Minister.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Vielen Dank, Herr Präsident, vor allen Dingen für den Hinweis, das Ganze vielleicht etwas weniger aufgeregt zu behandeln.

Wenn Sie die Frage danach stellen, wie viele Ermittlungsverfahren es gibt und in welchem Stadium die sind, dann kann Ihnen in der Regel niemand, kein Mitglied irgendeiner Landesregierung, aus dem Stegreif beantworten, wie viele es genau sind,

(Angelika Jahns [CDU]: Das hat ja auch keiner gesagt!)

weil keiner diese Vorbereitung hatte, da es um den Fortbestand der BFE in Göttingen ging. Deswegen habe ich gesagt: Wir reichen Ihnen das gerne nach.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Ich finde, das ist für eine Mündliche Anfrage eine völlig ausreichende Antwort einer Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Angelika Jahns [CDU]: Die Antwort hätte die Justizministerin aber auch geben können! Dann wäre

das alles nicht so eskaliert! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Sie bestimmen nicht, wer hier antwortet!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt der Kollege Ansgar-Bernhard Focke. Bitte schön!

Ansgar-Bernhard Focke (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass der Innenminister Pistorius die gleiche Meinung zur Grünen Jugend hat wie die CDU-Fraktion und sein Vorgänger Innenminister Schünemann,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: Jawohl, so ist es!)

frage ich die Landesregierung: Waren bei der Aktion in Göttingen die Mitglieder der Grünen Jugend, die dort die Aktionen durchgeführt haben, von denen der autonomen linken Szene optisch zu unterscheiden?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Thomas Adasch [CDU]: Sehr gute Frage!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da ich, wie Sie annehmen dürfen, bei dem Einsatz selber nicht zugegen war, auf diese Frage nicht vorbereitet war und der Landespolizeipräsident auf Zuruf gerade gesagt hat, auch er könne das nicht aus dem Stegreif beantworten, gilt hier das Gleiche: Wir werden das gerne nachreichen, soweit es dazu Erkenntnisse gibt und sobald die Aufbereitung des Einsatzes, von der ich jetzt bereits dreimal gesprochen habe, ihren Abschluss gefunden hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Angelika Jahns [CDU]: Gut!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Ulf Thiele. Bitte schön!

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Anknüpfend an die Fragestellung des Kollegen Bode, frage ich die Landesregierung, ob vor dem Hintergrund der durch den Innenminister dargestellten menschenverachtenden Aktivitäten und Meinungsäußerungen aus dem Bereich der Göttinger Jugendorganisation der Grünen eine Nichtreaktion sowohl aus den Reihen der Führungskräfte der die Landesregierung tragenden Fraktionen als auch der Mitglieder der Landesregierung, die dieser Partei angehören, auf eine solche Aktion nicht auch gerade von pubertierenden Jugendlichen als Zustimmung oder gar Aufforderung, in diesen Aktivitäten fortzufahren, missverstanden werden könnte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Frage, lieber Herr Thiele, geht tief in den spekulativen Bereich. Wie junge Leute, egal, welcher politischen Organisation sie angehören, darauf reagieren und verstehen, dass Erwachsene, reifere Menschen darauf reagieren oder nicht reagieren, erschließt sich mir nicht. Ich bin nicht mehr in dem Alter und meine Kinder auch nicht.

(Jens Nacke [CDU] lacht - Björn Thümler [CDU]: Aber man sieht es Ihnen nicht an!)

Von daher bitte ich wirklich um Verständnis, dass ich auf diese Frage keine Antwort habe. Ich weiß jedenfalls, dass ich mich in diesem Alter mehr darüber geärgert hätte, wenn ich ignoriert worden wäre, als wenn ich die Aufmerksamkeit bekommen hätte, die ich jetzt bekomme.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist aber heute auch noch so! - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]: Da spricht jemand aus Erfahrung!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Thiele, eine geschickte Frage, aber auch eine nicht ungeschicktere Antwort. Das muss ich mal sagen. Sehr gut. Aber ich habe ja keine Bewertung zu machen. Entschuldigung.

(Heiterkeit und Beifall)

- Vielen Dank.

Die letzte Frage stellt der Kollege Jan-Christoph Oetjen, FDP-Fraktion. Bitte schön!

(Ulrich Watermann [SPD]: Der weiß hoffentlich, dass er nicht vorlesen darf, auch nicht vom iPad! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Nein, der liest nicht! Der zeigt einen Film! - Heiterkeit)

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es im Juli 2010 ein öffentliches Blockadetraining der Grünen Jugend Göttingen mit Jan Wienken und Stefan Wenzel gegeben hat

(Thomas Adasch [CDU]: Oh, das ist ja interessant! - Frank Oesterhelweg [CDU]: Ist das der gleiche Wenzel?)

- ich glaube schon -, wollte ich fragen, ob die Landesregierung für die Zukunft ausschließt, dass Mitglieder der Landesregierung gemeinsam mit der Grünen Jugend trainieren, wie man sich von der Polizei wegtragen lässt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, ich nehme an, Sie wollen antworten, obwohl es über den Fragebereich hinausgeht. Bitte schön!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Nein, ich will nicht antworten. Ich will nur sagen, das ist eine interessante Fragestellung, der man nachgehen kann.

(Heiterkeit - Zuruf von der CDU: Das können Sie im Kabinett mal diskutieren!)

Aber erlauben Sie mir die durchaus augenzwinkernd gemeinte Antwort, dass es für gute Regierungsmitglieder - und darum handelt es sich hier durch die Bank -

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

eines Blockadetrainings überhaupt nicht bedarf, weil wir stets in der Offensive sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Angelika Jahns [CDU]: Herr Wenzel scheint es für notwendig zu halten!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Weiteren Fragen liegen nicht vor. Um 9.06 Uhr haben wir begonnen, jetzt ist es 10.56 Uhr. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet. Die Antworten der Landesregierung auf Anfragen, die nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden gemäß § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben.* Ich danke Ihnen allen für die sehr aktive Frage- bzw. Beantwortungsrunde.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 31:

Erste Beratung:

Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen - Liquidität des Handwerks sichern und Bürokratie abbauen! - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/1473

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich kann wirklich verstehen, dass hier jetzt eine gewisse Unruhe herrscht. Sie muss sich jetzt aber wieder glätten!

Der Antrag wird vom Kollegen Jörg Bode, FDP, eingebracht.

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es gibt kein Thema, das so oft von allen Parteien nach vorne gestellt wird wie das Thema „Bürokratie abbauen“.

Jeder ist irgendwie gegen Bürokratie, und ganz allgemein lässt sich das auch immer in schönen Sonntagsreden sagen. Aber wenn es dann einmal konkret wird, geht es meistens ganz anders und durcheinander.

* (Die Antworten zu den Anfragen 3 bis 64, die nicht in der 36. Sitzung des Landtages am 16.05.2014 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/1535 abgedruckt.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben hier die Situation, dass Deutschland und auch die Sozialkassen im Jahr 2005 in einer schwierigen finanziellen Situation waren. Damals sind die Fälligkeiten zur Sicherung der Liquidität vorgelegt worden, um so Liquidität, die notwendig war, zu generieren.

Heute, im Jahr 2014, haben wir aber eine andere Situation. Die Sozialkassen haben Überschüsse über Überschüsse. In Berlin werden Diskussionen darüber geführt, was man an neuen Rentenleistungen und an anderen Geschenken verteilen kann, um sich beim Wähler gut darzustellen. In dieser Situation, in der es keine Liquiditätsnotlage mehr gibt, sollte man überlegen, ob die Beschlüsse, die damals notwendig waren, heute immer noch aufrechterhalten werden sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht nicht darum, jemanden von Steuern zu entlasten, es geht nicht darum, Einnahmen des Staates zu reduzieren, sondern es geht darum, dass die Fälligkeiten der Sozialversicherungsbeiträge auf den Termin gelegt werden, an dem ein Unternehmen abschätzen kann, wie viel man überhaupt zahlen muss - nicht um mehr und nicht um weniger, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber für Unternehmen gerade in den Branchen, in denen die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschiedlich sind und schwanken, ist genau dieser zeitliche Puffer, über den wir reden, ganz elementar für Verwaltungsaufwand.

Wenn man eine Abrechnung immer zweimal anfassen muss, braucht man dafür mehr Arbeitskraft - Arbeitskraft, die woanders besser eingesetzt wäre, Arbeitskraft, die nicht zu mehr Steuereinnahmen des Staates führt, sondern nur zur Selbstbeschäftigung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb sollten wir diesen Weg wieder zurückgehen. Damals, 2005, unter anderen Bedingungen, war es eine Maßnahme, über die man diskutieren konnte. In der heutigen finanziellen Situation ist es eine Maßnahme, die Bürokratie auslöst, die nicht mehr zu rechtfertigen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bundesrat wird in der nächsten Sitzung ein Antrag des Bundeslandes Sachsen zu einer entsprechenden Initiative beraten, und wir fordern die Landesregierung auf, sich diesem Antrag anzuschließen, um - wie auch in der Vergangenheit - in Berlin aus Niedersachsen ein starkes Signal zu setzen und ins-

besondere das Handwerk von Bürokratiekosten zu entlasten. Lassen Sie uns deshalb heute dieses Signal an die Landesregierung geben, dass wir hinter dem Handwerk stehen, dass wir das Handwerk von Bürokratie entlasten wollen!

Deshalb beantrage ich für meine Fraktion sofortige Abstimmung.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Bode. - Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Erkan, SPD-Fraktion. Bitte schön!

Mustafa Erkan (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, das ist ja wirklich ein Chaos. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man glatt darüber lachen, was Ihre Fraktionen seit dem letzten Jahr zum Thema „Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge“ angestellt haben.

Erst gab es unterschiedliche Anträge, dann einen gemeinsamen, und nun gibt es wieder einen eigenen Antrag der FDP. - Was denn nun?

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das ändert doch nichts!)

Dabei ist das Thema eigentlich ganz einfach. Ich erkläre es Ihnen noch einmal: Sie wollen ein bewährtes und etabliertes Verfahren einkassieren. Sie argumentieren mit vermeintlichen Vorteilen für Unternehmen, vergessen dabei aber wieder einmal die Arbeitnehmer.

Längst nicht alle Unternehmen sind Ihrer Meinung. Sie stellen sich gegen Frau von der Leyen, die nicht nur einmal Ministerin hier in Niedersachsen war, sondern 2012 auch dringend von dieser Idee abgeraten hatte. Sie blamieren Ihren früheren Ministerpräsidenten David McAllister, weil man sich bei allem Hickhack um dieses Thema noch einmal daran erinnert, wie viele erfolglose Versuche er dazu unternommen hat. Ob ihm das jetzt, im Europawahlkampf, gefällt? - Ich denke nicht.

Sie warten ab, bis Sie abgewählt werden, und machen dann einen Vorschlag, der Ihnen vorher irgendwie durchgerutscht sein muss. Sieben Jahre lang kam von Ihnen zu diesem Thema nichts - gar nichts!

Herr Bode, ich glaube, dass Sie in Wirklichkeit gar keine Änderungen an diesem System wollen. Ich

glaube, Sie beantragen das nur, weil Sie wissen, dass wir das ablehnen. Eins können Sie mir glauben: Wir werden das heute auch ablehnen!

(Beifall bei der SPD)

Fangen wir mit den Unternehmen an: Sie sagen, die Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge werde von allen Unternehmen abgelehnt. - Das stimmt nicht. Die einzigen, die ständig von diesem Thema reden, sind Sie. Außer Ihnen melden sich nur ein paar Lobbyverbände zu Wort, z. B. der Landesverband des Kfz-Gewerbes, dessen Vorsitzender ein Mitglied der CDU-Fraktion ist. - Plumper geht es doch wirklich nicht, Herr Bley!

(Beifall bei der SPD)

Sicher, als 2006 das System griff, mussten sich erst alle daran gewöhnen. Mit der Zeit ist aber Akzeptanz eingekehrt. Außerdem sind längst Vereinfachungen eingeführt worden. Die pauschalierte Abrechnung erleichtert das Handling sehr. Der verbleibende Restbetrag wird im Folgemonat abgeführt. Hier wird von niemandem bürokratische Überarbeit geleistet und niemand mit Überarbeit belastet, wie Sie immer sagen. Ich rede mit vielen Unternehmen. Sie alle sind stolz darauf, Verantwortung für ihre Mitarbeiter zu übernehmen, verantwortlich für die Gesellschaft, für Niedersachsen und Deutschland zu sein. Sie wissen, dass günstige Beitragssätze für alle das Beste sind: für Arbeitnehmer, für Arbeitgeber, für das System sozialer Sicherung.

15 Milliarden Euro fehlten im System - bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflege. Um das auszugleichen, hätten wir die Sozialversicherungsbeiträge anheben müssen. Davon hätte niemand etwas gehabt.

(Zustimmung bei der SPD)

Noch besser: 2012 und 2013 konnten wir den Beitragssatz sogar senken.

Ich habe es im Januar schon gesagt, und ich sage es Ihnen heute noch einmal: Ihr Motto „Bloß nicht an morgen denken; Hauptsache, schnelle populistische Effekte erzielen“ hat mit vernünftigen Haushalten nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Dass so ein Vorschlag von einer Opposition kommt, die die Schuldenbremse frühzeitig etablieren möchte, macht deutlich, dass Sie Wasser predigen und Wein trinken. Sie denken: Die Sozial-

kassen sind so schön gefüllt, tun wir doch mal was dagegen! - Nein, das tun wir eben nicht. Politik darf gerne auch einmal nachhaltig sein. Dieses Sozialsystem braucht Sicherheitsreserven.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Sie müssen den Menschen das Geld auch mal zurückgeben, wenn es ihnen zusteht!)

Was für ein Chaos! Erst kommen ein CDU-Antrag und ein FDP-Antrag, dann kommt ein gemeinsamer Antrag, jetzt kommt wieder ein FDP-Antrag - hin und her. Aber zum Glück, meine Damen und Herren der FDP, spielen Ihre Anträge weder in Berlin noch hier bei uns im Haus eine Rolle.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Dr. Gero Hocker [FDP]: Ganz schön arrogant für einen Neuling!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Erkan. - Es folgt eine Kurzintervention des Kollegen Bode. Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Erkan, es ist schlicht und ergreifend falsch, dass eine Änderung des Zahlungstermins zu Steigerungen der Sozialversicherungsbeiträge führen würde. Es geht nicht darum, die Einnahmen zu reduzieren, sondern nur darum, die Zahlungstermine so anzupassen, dass Bürokratie in Unternehmen abgebaut werden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deshalb sollten Sie den Leuten nicht immer Sand in die Augen streuen.

Herr Erkan, was Sie hier gesagt haben, finde ich beeindruckend: Sie sagen hier für die SPD, dass es keinerlei Probleme und keinerlei Bürokratie gibt. - Aber dann muss man vielleicht auch im Wahlkampf einmal ehrlich sein und offen zu seinen Positionen stehen und darf nicht versuchen, zur Wahl andere Dinge vorzutauschen.

Was hat denn das SPD-Kompetenzteam im letzten Wahlkampf dem Handwerk gesagt, als es auf dieses Thema angesprochen worden ist? - Frau Christiane Krajewski, Mitglied des SPD-Kompetenzteams, sagte:

„Wir wissen um den bürokratischen Aufwand, der sich gerade für kleinere Unter-

nehmen aus der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge ergibt.“

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Hört, hört!)

Aha, Herr Erkan, Sie wissen es also! - Und Frau Krajewski stellte sogar die sorgfältige Überprüfung einer Rückkehr zum alten System in Aussicht. Das war vor der Wahl. Und Erkan ist nach der Wahl. Das ist Wählertäuschung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Besteht der Wunsch, auf die Kurzintervention zu antworten?

Mustafa Erkan (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bode, ein kleiner Hinweis: Nach der Wahl ist auch vor der Wahl, und Erkan ist auch nach der Wahl.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Jetzt hat sich die Kollegin Frau Westphely von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die FDP - eine Partei auf der verzweifelten Suche nach Themen und Profil. Anders kann ich den vorliegenden Antrag kaum bewerten.

Im vergangenen Jahr lagen uns zum Thema Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge drei Anträge der Opposition vor - zuletzt im November. Bemerkenswerterweise entdeckten CDU und FDP das Thema erst, als sie nicht mehr in Regierungsverantwortung hier im Lande standen.

(Jörg Bode [FDP]: Das stimmt gar nicht!)

Wir haben uns hier im Plenum und in den Ausschüssen auf Ihren Wunsch hin ausführlich mit der Frage beschäftigt, ob es Sinn macht, die Vorverlegung der Beitragsentrichtung rückgängig zu machen. Wir haben das schließlich abgelehnt.

Wir, das kann ich für unsere Fraktion sagen, stehen zu dem Kompromiss, der im Rahmen des Mittelstandsentlastungsgesetzes gefunden worden ist. Die Diskussion ist geführt und beendet worden.

Aber die FDP lässt sich nicht beirren. In bester „Und täglich grüßt das Murmeltier“-Manier legt sie uns zum wiederholten Male das gleiche Thema vor. Bevor Sie auf die Idee kommen, den Antrag im nächsten Plenum noch einmal einzubringen: Wir sind dafür, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen und dort weiterzudiskutieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, die FDP konstruiert eine Welle der Empörung, die vermeintlich über das Land schwappt. Als ob die Betriebe keine drängenderen Probleme hätten als eine erneute Umstellung des Verfahrens nach wenigen Jahren! Wenn das tatsächlich ein so großes Problem ist, warum hat Schwarz-Gelb dann die Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge nicht selbst rückgängig gemacht, als Sie in Verantwortung auf Bundesebene und im Land gewesen sind? - Ich kann Ihnen sagen, warum nicht: Kein Mensch hat Verständnis für ein solches populistisches Hin und Her; denn jede Art der Umstellung produziert wieder neue Abläufe und neue Arbeit.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Es folgt eine Kurzintervention von Herrn Bode. Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Westphely, ich bin schon erstaunt, wie stark Sie hier das grüne Spitzenpersonal in Berlin kritisieren. Man muss auch als Grüne zu seinen eigenen Positionen stehen, und zwar vor der Wahl und nach der Wahl.

Schauen wir doch einmal, was die Grünen dem Handwerk vor der Bundestagswahl 2013 versprochen haben. Ich zitiere Frau Katrin Göring-Eckart - die werden Sie kennen -, Ihre Spitzenkandidatin. Sie sagte - Zitat -:

„Wir werden uns dafür einsetzen, dass die vielen kleinen Handwerksunternehmen Sozialabgaben immer erst nach dem Monatsende feststellen müssen.“

Vor der Wahl das Blaue vom Himmel versprechen, und nach der Wahl mit grüner Bürokratie über die Unternehmen herziehen! Das geht so nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Bode. - Frau Westphely, möchten Sie antworten? - Ja. Sie haben das Wort.

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Bode, wir haben auf Landesebene immer so argumentiert, wie wir das hier getan haben. Das tun wir auch weiterhin.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich der Kollege Karl-Heinz Bley für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Westphely und Herr Erkan, mit Realpolitik haben das, was Sie hier darstellen, und die Art und Weise, in der Sie unsere Anträge zu diesem Thema in der letzten Zeit behandelt haben, absolut nichts zu tun. Wir haben unsere Meinung nicht geändert; wir sind von unserem Weg nicht abgerückt. Deshalb danken wir der FDP dafür, dass sie heute erneut einen Antrag zu diesem Thema vorgelegt hat, den Herr Bode gut begründet hat.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Von der Leyen!)

Unsere Sozialsysteme in Deutschland haben eine große Bedeutung und haben gut funktioniert. Fast alle großen Sozialgesetze sind zum Wohle des Volkes unter einer CDU-geführten Regierung in Berlin beschlossen worden.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Hört, hört!)

Bei Vollbeschäftigung funktionieren diese Systeme natürlich besonders gut. Im Jahre 2005 haben die Sozialkassen gelitten und Defizite vorausgesagt. Deswegen wurde gehandelt. Unter Rot-Grün wurde in Berlin die Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge beschlossen. Dies konnten wir aufgrund der Einstimmenmehrheit von Rot-Grün in Niedersachsen bisher nicht ändern.

(Mustafa Erkan [SPD]: Auch vorher nicht!)

Bis 2005 mussten die Unternehmen zwölfmal im Jahr Sozialabgabenbeiträge abführen; im Jahre 2006 mussten sie einen zusätzlichen 13. Beitrag

abführen. Dadurch wurden der Wirtschaft 20 Milliarden Euro abverlangt. Das bedauern wir nach wie vor. Dafür konnte der Rentenbeitrag in 2006 bei 19,5 % bleiben; er hätte sonst im Folgejahr erhöht werden müssen. Diese Aktion in 2005 hat Wirkungen bis heute.

Hinzu kommt natürlich der enorme bürokratische Aufwand: Es sind derzeit 24 statt 12 Lohnabrechnungen im Jahr erforderlich. Der gesamte Mittelstand, das gesamte Handwerk und viele Bereiche mehr beklagen

(Mustafa Erkan [SPD]: Wer denn noch?)

diese bürokratischen Belastungen und Hemmnisse.

Ich danke der FDP-Fraktion dafür, dass sie erneut einen Antrag zum Thema „Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen“ auf den Weg gebracht hat.

Es ist an der Zeit, den Unternehmen ihre Liquidität zurückzugeben und die Bürokratie, die aufgebaut wurde, wieder abzubauen. Die Finanzlage der Sozialkassen ist wieder besser geworden.

Meine Damen und Herren, es ist längst überfällig, den Beschluss von 2005 rückgängig zu machen. Ein Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP aus dem Jahr 2013 wurde im Januar 2014 mit der Einstimmenmehrheit abgelehnt. Der Antrag lautete „Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge korrigieren!“. Die Landesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die Beiträge in zwölf Tranchen jeweils am letzten Arbeits- oder Banktag abgeführt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist bisher geschehen? - 2007 wurde der Beitrag noch einmal auf 19,9 % erhöht. Dann - die Finanzlage der Sozialkassen war wieder besser geworden - wurde der Beitrag ab 1. Januar 2012 auf 19,6 % gesenkt, ab 2013 noch einmal auf 18,9 %. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben zu gleichen Teilen davon profitiert. Nicht die 20 Milliarden Euro wurden zurückgegeben, sondern das wurde auf zwei Schultern verteilt.

Jetzt, in 2014, stellen wir fest, dass sich die Kasenslage der Sozialkassen weiter verbessert hat. Was wird gemacht? - Der Beschluss aus 2005 wird nicht zurückgenommen, nein, die Rente mit 63 nach 45 Arbeitsjahren inklusive Arbeitslosenzeit - das ist mit Sicherheit noch zu hinterfragen, ob das so sein muss -, soll eingeführt werden.

Der Fachkräftemangel spielt hier hinein, aber ungeachtet dessen wird man sagen: Die Kassen geben das her. Wir geben es dann auf Kosten der jungen Generation und auf Kosten der Wirtschaft mit vollen Händen aus.

Meine Damen und Herren, was ist in ein paar Jahren, wenn sich die guten Jahre der Vollbeschäftigung ändern sollten und aufgrund der demografischen Entwicklung wieder Geld in den Sozialkassen, in der Rentenkasse fehlen sollte? Will man dann wieder die Wirtschaft mit weiteren 20 Milliarden Euro belasten?

In der Vergangenheit hat es sehr viele Gespräche zwischen Wirtschaft und Politik gegeben - auch mit der Vorgängerministerin Ursula von der Leyen. Sie hat sehr viel Verständnis dafür gehabt und hat gesagt, wir sollten zu einer Entbürokratisierung kommen. Die 20 Milliarden Euro hat sie nie zusagen können, aber sie hat sehr viel Verständnis für unseren Antrag gehabt.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Hat sie es gemacht oder nicht? Handeln, nicht reden!)

Aktuell versucht das Handwerk, mit der Ministerin Andrea Nahles etwas zu erreichen. Ob dort Verständnis zu erwarten ist, das muss sich erst zeigen.

(Zuruf von der SPD: Die hat schon reagiert!)

Meine Damen und Herren, es gibt den Tag der Arbeit. Das ist der 1. Mai.

(Ronald Schminke [SPD]: Schöner Tag!)

Das Handwerk hat vorgeschlagen, den 2. Mai zum Tag der Mehrarbeit zu erklären. Der 2. Mai soll dann an die Mehrarbeit erinnern, die für 24 Lohnabrechnungen für 12 Monate - im ganzen Jahr - für Arbeitnehmer erforderlich wird.

Das Handwerk konzentriert sich schon seit Langem auf die Entbürokratisierung, auf die 20 Milliarden Euro, die man gern zurück hätte. Der Kampf ist fast schon aufgegeben worden. Das bedauern natürlich nicht nur die Betriebe. Aber wir sind auch Realpolitiker und wissen, dass das wohl kaum zu erreichen ist.

Obwohl die Nachhaltigkeitsrücklage und die Liquiditätssicherung der Rentenkassen keine Probleme mehr darstellen, werden von einigen Politikern die Argumente noch immer genannt.

Es wäre eindeutig möglich, die Vorverlegung der Fälligkeit rückgängig zu machen.

Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. Aber wenn es eine sofortige Abstimmung geben wird, werden wir dem Antrag der FDP gern zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Kollege Bley. - Jetzt hat sich der Wirtschaftsminister zu Wort gemeldet. Herr Minister Lies, Sie haben das Wort.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den vorliegenden Antrag haben wir bereits im Januar-Plenum - er war fast gleichlautend - behandelt. Damals war es ein gemeinsamer Antrag von CDU und FDP. Deswegen, meine Damen und Herren, würden Sie heute von mir eine fast gleichlautende Antwort erhalten können. Lassen Sie mich aber betonen: Das Handwerk steht fest im Fokus dieser rot-grünen Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht mit solchen Anträgen, sondern mit ganz konkretem Handeln. Ich will dabei unterstreichen: Es geht um das Thema Innovationsförderung. Damit unterstützt man das Handwerk. Es geht um das Thema Fachkräftesicherung, weil das ein Kernthema des Handwerks ist. Und gerade das Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz war ein Signal für das Handwerk, mit fairem Wettbewerb auch die Chance zu haben, auf Dauer am Markt präsent zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag, meine Damen und Herren, beschäftigt sich aber nach wie vor im Kern mit der Prüfung, wann die Sozialversicherungsbeiträge einzuziehen sind. Es handelt sich - wie Sie es hier auch diskutiert haben - um ein Bundesgesetz, und hierzu auch erneut mein Hinweis: Sie waren in Berlin vier Jahre lang in der Regierung.

(Zuruf von der SPD: Und nichts ist geschehen!)

Und Sie sprechen hier Dinge an, die Sie in Regierungsverantwortung doch hätten ändern können. Das erschließt sich mir wirklich nicht. Hier wäre ich an einer Erklärung sehr interessiert.

(Zuruf von Karl-Heinz Bley [CDU])

- Herr Bley, wenn Sie an dieser Stelle sagen, dass Sie bei Frau von der Leyen auf großes Verständnis gestoßen sind, dann kann ich nur sagen: Ich habe von Frau von der Leyen immer nur große Ablehnung für Ihren Vorschlag erhalten. Da muss es also erheblich an Kommunikation gemangelt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, verweise ich auf meine Rede vom 23. Januar - so lange ist sie noch nicht her - und möchte aus ihr nur noch einmal den Schlussabsatz zitieren, weil er, glaube ich, die Haltung der Landesregierung deutlich macht:

„Deswegen spricht sich die Landesregierung an dieser Stelle für die Beibehaltung der Fälligkeitsregelung aus. Ich glaube, wir brauchen auch Vertrauen darin, dass wir nicht ständig etwas verändern. Der beste Abbau von Bürokratie ist, Verfahren nicht ständig wieder zu verändern.“

Das werden wir im Sinne des Landes Niedersachsen und des Handwerks auch genau so handhaben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen - - - Doch, Herr Kollege Bode! Sie haben noch eine ganze Menge Redezeit.

(Zustimmung bei der CDU: Was heißt das?)

- Das heißt 2:42 Minuten. - Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Lies, ja, man soll durchaus mit Kontinuität an die Sache herangehen und auch bewährte Verfahren beibehalten, aber Verfahren, die nur Bürokratie auslösen und nichts bringen, die man nicht mehr benötigt, weil Liquidität vorhanden

ist, die kann man auch wieder abschaffen und muss sie sogar abschaffen, um das Handwerk zu entlasten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Frau Westphely, ich will Ihnen eine Sorge nehmen: dass wir diesen Antrag in die nächste Plenartagung noch einmal einbringen würden. - Das würde keinen Sinn machen. Wenn Sie ihn gelesen hätten, würden Sie wissen - das gilt auch für Sie, Herr Minister Lies -, dass es in diesem Antrag um eines geht, nämlich darum, dass dieser Landtag als Parlament, als erstes Staatsorgan, Position bezieht, wie sich die Landesregierung im Bundesrat bei einer Abstimmung verhalten möge. Wir bitten Sie mit diesem Antrag, in der nächsten Bundesratssitzung das Handwerk zu unterstützen und der Initiative von Sachsen zuzustimmen. Und das geht nur vor der Bundesratssitzung und nicht nach der Bundesratssitzung.

Sie trauen Ihrem Ministerpräsidenten ja viel zu, aber das wird er auch nicht schaffen können: eine Abstimmung im Bundesrat einen Monat später zu revidieren und das Abstimmungsverhalten zu ändern. Deshalb lassen Sie uns heute - beraten haben wir darüber - sofort abstimmen. Ansonsten diskutieren wir das Thema in der Tat das nächste Mal wieder. Und das wollten Sie ja eigentlich gar nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Bode. - Jetzt liegen zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Anträge vor. Herr Bode hat noch einmal begründet, warum die FDP sofortige Abstimmung beantragt hat. Das ist möglich, wenn nicht 30 Kolleginnen und Kollegen widersprechen und damit die Ausschussüberweisung wünschen.

Ich frage: Wird Ausschussüberweisung beantragt?

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Wird beantragt!)

- Das ist der Fall und wird von der SPD-Fraktion beantragt. Das sind offensichtlich mehr als 30 Personen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Damit ist der Antrag in der Sache abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Ausschussüberweisung.

Wer der Ausschussüberweisung seine Zustimmung gibt, und zwar an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Einstimmig!)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zum

Tagesordnungspunkt 32:

Erste Beratung:

Solidaritätszuschlag muss 2019 auslaufen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/1474

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Grascha von der FDP-Fraktion. Bitte schön!

Christian Grascha (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Solidaritätszuschlag ist 1991 als Ergänzungsabgabe zu Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer und zur Kapitalertragsteuer eingeführt worden.

Er sollte vor allem die Kosten der deutschen Einheit und die Kosten des Golfkrieges decken. Der Steuersatz betrug anfangs 7,5 % und wurde 1998 auf Initiative der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag auf 5,5 % gesenkt. Die Bürgerinnen und Bürger waren damals bereit, diese zusätzlichen Belastungen zu tragen, zu schultern, weil sie bereit waren, die Schäden von 40 Jahren Sozialismus in der DDR zu beseitigen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie waren bereit, Solidarität mit den Mitbürgern im Osten Deutschlands zu üben, weil sie glücklich darüber waren, dass die historische Chance der Wiedervereinigung ergriffen wurde. Die Politik hat aber damals auch die Menschen davon überzeugen können, einen Solidaritätszuschlag zu erheben, weil man stets betont hat, dies sei eine Belastung auf Zeit, der Zuschlag sei zeitlich befristet. Und so lautete folgerichtig der Titel des damaligen Gesetzes: „Gesetz zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlages“.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Wer hat denn damals regiert?)

Die Politik hat vor 23 Jahren versprochen, dass der Soli zeitlich befristet wird. Deswegen müssen wir uns auch daran halten - Wort halten statt Wortbruch -, und deswegen muss der Soli spätestens 2019 weg.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, schon heute sind die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag doppelt so hoch wie die Ausgaben, die als Bundeszuweisungen an die neuen Bundesländer fließen. 2019 werden die Einnahmen fünfmal so hoch wie die Ausgaben sein.

Mit dem Rest, meine Damen und Herren, werden auf Bundesebene Haushaltslöcher gestopft. Das Geld wird zweckentfremdet. 24 Jahre nach der Wiedervereinigung und 23 Jahre nach der Einführung des Soli sinken die Kosten der deutschen Einheit permanent, und die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag steigen sukzessive, weil sich die kalte Progression natürlich auch hier auf die Einnahmen entsprechend auswirkt.

Das heißt, der Steuerzahler zahlt für etwas, was de facto gar nicht mehr stattfindet. Deswegen muss man den Befürwortern des Solidaritätszuschlages sagen: Sie müssen, wenn Sie diese Diskussion schon führen, die Einkommenssteuer erhöhen, damit der Bürger ehrlich und nachvollziehbar erfährt, wofür die Steuern ausgegeben werden. Der Solidaritätszuschlag in der jetzigen Form verschleiert nur die Ausgaben und verschleiert die tatsächliche Belastung der Arbeitnehmer und der Betriebe in Deutschland.

2019 läuft der Solidarpakt II aus. Das ist der Grund, um spätestens 2019 den Solidaritätszuschlag auslaufen zu lassen. Das ist verlässliche Politik, so ist es den Bürgerinnen und Bürgern versprochen worden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn der Soli ausläuft, hat das selbstverständlich einen weiteren positiven Effekt; denn diejenigen, die am meisten zum Gemeinwesen beitragen, nämlich der Mittelstand und die Mittelschicht, werden entlastet. Das stärkt die Binnennachfrage. Das stärkt das Wachstum. Das schafft Arbeitsplätze, und damit werden auch die Einnahmesituation und die Ausgabesituation des Staates verbessert.

Aber statt darüber nachzudenken, wie diese Entlastung realisiert werden kann, gibt es vor allem bei Politikern der SPD einen Überbietungswettbewerb, was man nicht alles mit den Soli-Milliarden

machen kann. Die Sozialdemokraten hier in Niedersachsen sind da ganz vorne mit dabei: Soli zur Minderung der kalten Progression schlägt beispielsweise Finanzminister Schneider vor. Der Ministerpräsident, der ja auch dem Kabinett angehört, empfiehlt, den Soli zum Schuldenabbau in den westlichen Bundesländern einzusetzen. Der gleiche Ministerpräsident regt an, den Soli für Regionen mit Bevölkerungsrückgang einzusetzen. Der Südniedersachsen-Soli, wie man auch sagen könnte.

(Jörg Bode [FDP]: Da wird er das dritte Mal ausgegeben!)

Andere SPD-Politiker sind auch fleißig. Sie fordern den Soli für klamme Kommunen, sie fordern den Soli für die Bildung, sie fordern den Soli für die Beseitigung von Schlaglöchern und zur Senkung der Neuverschuldung. So viel Solidarität, meine Damen und Herren, wie die SPD Vorschläge hat, kann der Steuerzahler gar nicht üben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ihnen geht es doch in Wahrheit nur um die Abzocke der arbeitenden Bevölkerung, um die Einfallslosigkeit, die Sie in der Finanzpolitik an den Tag legen, zu überdecken. Den Menschen wird vorgegaukelt, dass die Soli-Milliarden mehrfach ausgegeben werden können. Sie verkaufen die Menschen für dumm.

(Beifall bei der FDP)

Das, was Sie machen, ist nicht nur Wortbruch und unanständig, sondern zeigt außerdem noch, dass Sie, Herr Weil und Herr Schneider und die anderen, nur finanzpolitische Hütchenspieler sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: So ist es! - Reinhold Hilbers [CDU]: Taschenspielertricks sind das!)

Die FDP-Fraktion sagt ganz klar, dass die Politik Wort halten muss. Der Solidaritätszuschlag soll nicht das gleiche Schicksal erleiden wie die Sekt- und Schaumweinsteuer aus dem Jahr 1902. Sie wurde damals eingeführt, um die kaiserliche Flotte zu finanzieren. Die ist allerdings schon sechs Jahre später untergegangen. Die Sekt- und Schaumweinsteuer gibt es allerdings 112 Jahre später immer noch. 23 Jahre gibt es nun schon den Soli. Nach 28 Jahren, also spätestens 2019, sollte unserer Meinung nach Schluss sein. Tragen Sie dazu bei, dass die Politik Vertrauen zurückgewinnt! Ver-

trauen schafft man nur durch verlässliche Politik. Deswegen muss der Soli spätestens 2019 weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Grascha. - Zu Wort gemeldet hat sich jetzt Frau Kollegin Renate Geuter von der SPD-Fraktion.

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP lässt keine Gelegenheit aus, zu versuchen, sich als Steuersenkungspartei zu profilieren; dieses Mal mit dem Thema Solidaritätszuschlag. Aber auch dieser Versuch kann nur scheitern.

Der Solidaritätszuschlag stellt eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer dar. Dieser Zuschlag wird von allen Steuerzahlern sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern entrichtet.

Richtig ist, dass der Solidaritätszuschlag 1991 mit der Begründung eingeführt wurde, die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in Ostdeutschland an das Niveau der westdeutschen Länder anzupassen. Dennoch ist sein Aufkommen, das sich 2012 auf etwa 13,6 Milliarden Euro belief, nicht an bestimmte Zwecke gebunden. Somit stellt sich der Solidaritätszuschlag, auch wenn der Name es nicht gleich verrät, faktisch als eine allgemeine Steuer dar und steht dem Bund zur Deckung jeglicher Ausgaben zur Verfügung. Es obliegt dem Bund, zu entscheiden, aus welchen Einnahmequellen er seinen Haushalt finanziert. Und bei dieser Abgabe haben die Länder kein Mitspracherecht.

Es war übrigens die schwarz-gelbe Bundesregierung, die Ende 2012 noch eine Anfrage zum Thema Solidaritätszuschlag wie folgt beantwortet hat:

„Die Finanzlage des Bundes ist weiterhin - auch aufgrund der immer noch bestehenden Vereinigungslasten - angespannt, sodass auf die Finanzmittel aus dem Solidaritätszuschlag nicht verzichtet werden kann.“

Während der Zeit der Regierungsbeteiligung der FDP war es ganz offensichtlich für Sie kein Problem, dass die Bundesregierung diese Mittel zweckungebunden einsetzen konnte und eingesetzt hat.

(Christian Grascha [FDP]: Immerhin haben wir durchgesetzt, dass er abgesetzt wurde!)

Die Leistungen an die ostdeutschen Länder im Rahmen des Solidarpaktes II sind bis 2019 festgeschrieben, sie sind also befristet. Auch wenn der Solidaritätszuschlag seit 1995 unbefristet erhoben wird - das ist vom Bundesfinanzhof auch so bestätigt worden -, ist er ab 2019 in der Form der Ergänzungsabgabe wohl nicht mehr zu rechtfertigen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Darum ist es sinnvoll, dass die Bundesregierung entschieden hat, dieses Thema im Rahmen der Neuregelung der gesamten föderalen Finanzbeziehungen mit zu behandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, da müssen wir auch die Frau Bundeskanzlerin, die in diesem Jahr noch darauf hingewiesen hat, dass der Bund auf diese Mittel nicht verzichten kann, daran erinnern, dass der Solidaritätszuschlag in dieser Form wohl nicht bestehen bleiben kann, sondern dass wir ihn weiterentwickeln müssen, sofern er weiterhin benötigt wird.

Spätestens im Jahr 2019 müssen auch die Bundesländer-Finanzbeziehungen neu geordnet sein. Der Länderfinanzausgleich ist zu diesem Zeitpunkt neu zu regeln, die Länder werden die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten haben, und die Regelungen des Europäischen Fiskalpaktes sind zu beachten. Es kommen noch einige andere Dinge hinzu. Daher ist es richtig, die gesamten Finanzbeziehungen in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Es hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten eine Reihe von strukturellen Veränderungen gegeben. Es ist daher schwierig, nur ein einzelnes Element herauszunehmen und zu sagen: Hier müssen wir in Zukunft etwas anders machen.

Zur Weiterentwicklung des Solidaritätszuschlages hat Niedersachsen Vorschläge gemacht, auch im Hinblick auf die von Ihnen geforderten steuerpolitischen Veränderungen. Andere Bundesländer haben andere Vorschläge erarbeitet. Es macht Sinn, den gesamten Themenkomplex im Zusammenhang zwischen Bund und Ländern unter Beteiligung der Kommunen diskutieren.

(Karl-Heinz Bley [CDU]: Das ist zu Recht auf der Tagesordnung!)

Allein auf den Solidaritätszuschlag abzuheben, macht schon deshalb keinen Sinn, weil die entsprechenden Einnahmen, wie schon ausgeführt,

ausschließlich dem Bund zufließen. Insofern sollten Sie sich überlegen, ob es wirklich „zu Recht auf der Tagesordnung“ steht, sehr geehrter Herr Kollege.

Die FDP überbietet sich im Moment mit einer Vielzahl von Vorschlägen zu Steuersenkungsthemen. Sie sagt aber nie, auf welche Ausgaben sie denn verzichten möchte, sondern fordert, wie wir gestern erleben durften, im Gegenteil sogar weitere Ausgaben. Verantwortungsbewusstes Handeln sieht anders aus, meine Damen und Herren von der FDP. Vielleicht hat es seinen Grund, dass Sie nicht mehr in der Verantwortung sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der FDP: Das hat gegessen! Das tut weh!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Geuter. - Herr Bley, Sie haben das Wort zu einer Kurzintervention.

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte, Frau Geuter, zu sagen, was man tatsächlich will. Man ist also gegen die Abschaffung des Solidaritätszuschlages, der einmal eingeführt wurde. Ich frage Sie: Ist es auch richtig, dass es die Sektsteuer noch gibt? Sollen alle Steuern, die einmal eingeführt worden sind, bleiben? Oder können Sie sich vorstellen, dass man zu einer Veränderung kommt und den Solidaritätszuschlag zumindest stufenweise zurückführt? Sie sollten das beantworten, damit der Bürger weiß, ob Sie von der SPD-Fraktion hier im Landtag den Solidaritätszuschlag beibehalten wollen oder ob Sie tatsächlich zu Kompromissen bereit sind. Wollen Sie den Bürgern sagen: „Ja, wir müssen zu einer Veränderung kommen; der Solidaritätszuschlag muss auf den Prüfstand.“? - Sind Sie dazu bereit, oder sagen Sie: „Wir müssen den Solidaritätszuschlag beibehalten.“?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Geuter, Sie haben das Wort. Zur Sektsteuer sollten Sie unbedingt etwas sagen. Bitte schön!

Renate Geuter (SPD):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bley, ich empfehle Ihnen zum Thema Solidaritätszuschlag einen Diskurs mit Ihrer eigenen Kanzlerin; denn sie hat noch in diesem Jahr ge-

genüber der Presse erklärt, dass sie nicht darauf verzichten kann. Ich erinnere an meine Aussage: Der Solidaritätszuschlag ist eine Einnahmequelle des Bundes, an der die Länder nicht partizipieren.

(Zuruf von Reinhold Hilbers [CDU])

Ich möchte daran erinnern, dass ich auf Folgendes hingewiesen habe: Es macht keinen Sinn, über einzelne Aspekte der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu reden, obwohl 2019, wie wir wissen, mehrere Aspekte auf dem Prüfstand stehen. Da macht es keinen Sinn, sich vorab bei einer einzelnen Frage festzulegen. Das haben Ihre Kollegen in Berlin Gott sei Dank auch so gesehen, die in der Koalitionsvereinbarung festgelegt haben, all diese Themen einschließlich des Solidaritätszuschlages im Zusammenhang zu diskutieren. Wenn Sie etwas anderes wollen, empfehle ich Ihnen: Sprechen Sie zuerst mit der Kanzlerin und mit Ihren Kollegen in Berlin!

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Zu Wort gemeldet hat sich von der CDU-Fraktion Adrian Mohr. Bitte schön, Herr Kollege!

Adrian Mohr (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Frau Geuter, ich finde es schon etwas widersprüchlich, dass Sie auf der einen Seite sagen, dass jetzt eigentlich gar nicht die richtige Zeit sei, diesen Antrag zu diskutieren, und man ihn nicht losgelöst betrachten könne, während Sie auf der anderen Seite sagen, dass die Rechtfertigung des Solidaritätszuschlages problematisch sei und man das Thema in die Diskussionen einbeziehen müsse. Ich finde sehr wohl, dass der Antrag zur rechten Zeit kommt, weil sich der Niedersächsische Landtag frühzeitig in die Meinungs- und Willensbildung einschalten kann und wir uns als Landesparlament daran beteiligen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb vielen Dank an die Kollegen der FDP-Fraktion für die Einbringung dieses Antrages! Bei einer inhaltlichen Bewertung erkennt man - bei aller Kritik am Handeln der jeweils anderen Seite, die zum Ausdruck gekommen ist -, dass es in diesem Landtag eine grundlegend übereinstimmende

Haltung zu diesem Thema gibt, nämlich dass es im Zuge der Neuverhandlungen der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf die Tagesordnung gehört, auch den Solidaritätszuschlag auf den Prüfstand zu stellen.

Das Aufkommen von 12 bis 13 Milliarden Euro aus dem Solidaritätszuschlag fließt derzeit komplett dem Bund zu; es ist angesprochen worden. Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, zu unterstreichen - es ist so noch nicht gesagt worden, auch wenn schon etwas zum Ursprung und zum Sachzusammenhang gesagt worden ist -, dass wir auch dank des Aufkommens aus dem Solidaritätszuschlag in den letzten 25 Jahren großartige Erfolge beim Aufbau Ost erzielen konnten. Ich finde, das darf man nicht ausblenden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir auf die Einführung des Solidaritätszuschlages im Jahre 1991 zurückblicken, der seinerzeit als zeitlich befristete Ergänzungsabgabe tituliert wurde, dann erkennen wir - Kollege Grascha hat es angesprochen -, dass sehr viel erreicht worden ist. Inzwischen gibt es aber bedeutsame verfassungsrechtliche Bedenken, die gegen eine weitere Erhebung des Solidaritätszuschlages sprechen, gerade wenn wir uns den Ablauf des Solidarpaktes II im Jahr 2019 vor Augen führen; dann sind auch der Länderfinanzausgleich und die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern insgesamt neu zu regeln. Herr Kollege Grascha hat auch Kritik - ich möchte diese Kritik unterstreichen - an der Vielfalt der neuen Verwendungsvorschläge geäußert; für etwas, was man in der jetzigen Form dauerhaft nicht mehr rechtfertigen kann: ein Soli für Bildungsausgaben, für die Sanierung oder den Neubau von Infrastruktur, für die Haushaltssanierung, ein Demografie-Soli.

(Renate Geuter [SPD]: Der Vorschlag zur Infrastruktur kam von der Kanzlerin!)

Bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte sowohl des Bundes als auch der Länder wird es interessant; denn der Solidaritätszuschlag fließt aufgrund gesetzlicher Regelungen komplett dem Bund zu. Wir hören aus Reihen dieser Landesregierung, dass eine Eingliederung in den allgemeinen Einkommensteuertarif überdacht werden sollte.

Als Erstes ist dazu zu sagen: Wenn man den Zuschlag 1 : 1 in den allgemeinen Tarif der Einkommensteuer übertragen würde, käme es zu einer höheren Belastung insbesondere niedriger Einkommen, weil die Einkommensteuer schon früher, bei einem niedrigeren Einkommen greift als der Solidaritätszuschlag, bei dem es höhere Freigrenzen gibt. Insofern wäre eine 1 : 1-Übertragung des Aufkommens aus dem Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer sozial nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Als Zweites kommen mit der Forderung der Übertragung des Solidaritätszuschlages in den allgemeinen Einkommensteuertarif natürlich auch die Begehrlichkeiten des Landes zum Ausdruck. Das Steueraufkommen des Solidaritätszuschlages fließt komplett dem Bund zu; vom Aufkommen der Einkommensteuer verbleiben rund 50 % nicht beim Bund. Wenn die Landesregierung ein solches Ziel formuliert, zeigt das in meinen Augen wieder einmal, dass sie in der Haushalts- und Finanzpolitik ein bisschen nach dem Prinzip Hoffnung vorgeht. Trotz der herausragend guten Einnahmesituation in den Jahren 2012 und 2013 sowie absehbar in den Jahren 2014 und 2015 wird hier die Hoffnung genährt, im Zuge der Umgestaltung des Solidaritätszuschlages zusätzliche Einnahmen zu generieren. Ich finde, das ist Ausdruck einer reichlich ambitionstosen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist zu unterstreichen, dass die Regierungsfraktionen im Deutschen Bundestag von CDU/CSU und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung aufgeschrieben haben, dass in dieser Wahlperiode die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern besprochen und geklärt werden soll und in diesem Zuge natürlich auch die Frage der Zukunft des Solidaritätszuschlages zu besprechen und zu klären sein wird. Ich möchte für die CDU-Fraktion unterstreichen, dass eine Fortführung des Solidaritätszuschlages in der jetzigen Form schon heute und erst recht ab 2019 verfassungsrechtlich nicht mehr zu rechtfertigen ist. Deshalb ist die Grundtendenz des FDP-Antrages sicherlich richtig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben in der Diskussion eben gesehen und gehört, dass es in diesem Zusammenhang durchaus positive Tendenzen im ganzen Hause gibt. Deshalb freue ich mich umso mehr, dass wir uns im Ausschuss für Haushalt und Finanzen des Nie-

dersächsischen Landtages über die Details austauschen werden. Wir werden uns an dieser Debatte intensiv beteiligen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Mohr. - Zu Wort hat sich jetzt Gerald Heere, Bündnis 90/Die Grünen, gemeldet. Bitte, Herr Abgeordneter!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine nachhaltige Finanzierung unserer öffentlichen Haushalte braucht klare Konzepte und kein Wahlkampfgetöse.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das stimmt!)

„Verantwortungsvolle Politik“ heißt, weiter zu denken als nur bis zur nächsten Wahl. Mit Ihrer wiederkehrenden, aber doch relativ platten Forderung, den Soli abzuschaffen, bewegen Sie sich - wie so oft - fernab der aktuellen Fachdiskussion, wie sie auf Bundes- und Länderebene läuft.

(Zuruf von der CDU: Die Grünen wollen immer noch mehr Steuern! - Weitere Zurufe von der CDU)

Aber zum Glück haben Sie Ihre steuerpolitischen Forderungen in den vergangenen Jahren Ihrer Regierungsverantwortung mit Ausnahme der berühmten Mövenpick-Steuer in den allermeisten Fällen nicht umgesetzt.

(Zuruf von Christian Grascha [FDP])

Insofern muss ich Ihrem Entschließungsantrag an dieser Stelle relativ wenig Substanz beimessen.

Wir Grüne sprechen uns dafür aus, den Solidaritätszuschlag beizubehalten. Denn eine Abschaffung käme - das muss man an dieser Stelle sagen - einer Steuersenkung für eher besser Verdienende gleich.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, Sie haben zwar gewinkt. Aber es war noch nicht klar, ob das ein freundliches Winken war oder die Absage einer Zwischenfrage. - Sie möchten nicht.

Gerald Heere (GRÜNE):

Nein, danke.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Okay. Sie haben das Wort.

Gerald Heere (GRÜNE):

Der Kollege Mohr hat es eben angedeutet: Es gibt nämlich Freibeträge beim Solidaritätszuschlag. Ich kann sie gerne noch einmal nennen: Einkommen bis 1 400 Euro im Monat in der Lohnsteuerklasse I und Einkommen bis 2 700 Euro im Monat in der Lohnsteuerklasse III sind vom Solidaritätszuschlag befreit.

Eine Abschaffung würde ein 13-Milliarden-Euro-Loch bedeuten. Das ginge wieder einmal zugunsten mittlerer und höherer Einkommen und würde wieder einmal Umverteilung von unten nach oben bedeuten. Wir haben das Gleiche erst gestern beim Thema Progression diskutiert. Einer solchen Politik stimmen wir nicht zu.

Aber wir Grüne wollen den Solidaritätszuschlag verändern. Das ist wichtig.

Die beste Option wäre, diesen Zuschlag in eine zweckgebundene Abgabe zum Abbau der Staatsverschuldung umzuwandeln. Ein Altschuldentilgungsfonds, daraus gespeist, wäre auch im Sinne des rot-grünen Koalitionsvertrages, der hier auf Landesebene gilt. Dieser Vorschlag wird in den Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen - sie sind mehrfach angesprochen worden - sicherlich diskutiert werden.

(Ulf Thiele [CDU]: Ich habe nicht das Gefühl, dass Sie das mit dem Finanzminister abgestimmt haben! Der guckt ziemlich skeptisch!)

- In den Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen wird es diskutiert werden.

Unsere Generation steht in der Pflicht, ihre Rechnungen selber zu bezahlen und nachfolgenden Generationen nicht weitere Schulden weiterzureichen. Insofern wäre ein solcher Altschuldentilgungsfonds ein klares Bekenntnis zur Generationengerechtigkeit.

Aber wir können uns auch eine andere Verwendung vorstellen - Achtung! -, wenn damit auch die Länder entlastet werden, und zwar vor allen Dingen im Bereich „Bildung und Betreuung“. Auch das wäre ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In jedem Fall wollen wir nicht, dass der Soli einfach wie bisher weiterläuft, um die Defizite im Bundeshaushalt zu kaschieren; auch das ist schon angesprochen worden. 50 % der Mittel fließen im Moment dorthin. Ohne Konzept hat Finanzminister Schäuble seine klebrigen Finger an dieses Geld gelegt. Auch damit muss im Rahmen dieser Verhandlungen in jedem Fall Schluss sein.

Liebe FDP, hören Sie auf mit diesen platten Parolen! Bei den genannten Herausforderungen der Generationengerechtigkeit - Schulden, Bildung, Betreuung - muss für diese Mittel ein neues Konzept her, aber sicher keine Steuersenkung.

Ich freue mich auf die Ausschussberatung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Heere. - Zu Wort gemeldet hat sich der Finanzminister. Herr Minister Schneider, bitte schön!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Soli wird 2014 voraussichtlich 14,9 Milliarden Euro erbringen. 9,1 Milliarden von diesen 14,9 Milliarden Euro kassiert der Bund als allgemeine Deckungsmittel - Tendenz: steigend. Für 2019 ist die Prognose: Aufkommen 18 Milliarden Euro, davon 2 Milliarden Euro für die neuen Länder; 16 Milliarden Euro will der Bund kassieren.

Das allein ist Grund genug, schon jetzt über die Verwendung der Mittel zu reden und nicht erst für die Zeit nach 2019.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Klar ist eines: Der Solidaritätszuschlag in der bisherigen Form kann über 2019 hinaus nicht bestehen bleiben, schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht. Der Soli ist, wie Sie wissen, eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer. Ergänzungsabgaben brauchen grundsätzlich einen zusätzlichen, aufgabenbezogenen und nicht dauerhaften Finanzbedarf. Sonst geht das nicht. Ist der Finanzbedarf hingegen dauerhaft, wird also generell mehr Geld benötigt, ist die Ergänzungsabgabe das falsche Instrument, weil nicht zulässig. Solche Bedarfe müssen über Steuern gedeckt werden.

Wo stehen wir nun? - Die ostdeutschen Länder werden voraussichtlich auch 30 Jahre nach der Vereinigung leider nicht die Wirtschaftskraft der westdeutschen Länder erreichen. Zudem haben alle Länder - westdeutsche wie ostdeutsche - mit Problemen zu kämpfen: Da ist die demografische Entwicklung, da ist der Strukturwandel, da ist die überalterte Infrastruktur. Hinzu kommen haushälterische Herausforderungen: das Verschuldungsverbot, das erhebliche Zinsänderungsrisiko - von den Altschulden einmal ganz abgesehen.

Auch wenn wir gute Steuereinnahmen haben, halte ich es für unrealistisch, zu unterstellen, dass die drei staatlichen Ebenen in Zukunft völlig ohne die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag auskommen werden. Das - meine Damen und Herren, Sie müssen aufpassen, wann Sie klatschen - ist die gemeinsame Einschätzung aller politisch bedeutsamen Kräfte in der Republik, jedenfalls wenn ich „Bedeutsamkeit“ mit „im Bundestag vertreten“ definiere.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

In Zukunft wird es eine Neuregelung geben. Da gibt es in der Tat unterschiedliche Vorschläge. Die einen wollen den Bildungs-Soli, die anderen ein Infrastrukturprogramm. Der Versuch, das der SPD anzukleben, ist im Übrigen völlig untauglich, Herr Grascha. Ich könnte Ihnen vorlesen, welche CDU-Ministerpräsidenten den Deutschlandfonds gefordert haben,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wer denn?)

die ein Infrastrukturprogramm gefordert haben. Das will ich aber gar nicht machen.

(Christian Grascha [FDP]: Es reicht, wenn Sie zu Ihren mehreren Vorschlägen etwas sagen!)

Herr Hilbers, ich gebe Ihnen nachher die Liste: die thüringische Ministerpräsidentin, der sachsenanhaltinische Ministerpräsident, der bayerische Finanzminister, der Finanzminister des Saarlandes - eine lange Liste.

(Christian Grascha [FDP]: Aber sagen Sie doch etwas zu Ihren unterschiedlichen Vorstellungen! Wir sind hier in Niedersachsen!)

Aber ich werde ein Zitat vorlesen, auch zur Erbauung von Herrn Hilbers:

„Wenn ich auf die nächsten Jahre blicke, sehe ich großen Investitionsbedarf, und zwar in ganz Deutschland, etwa in Straße und Schiene. Außerdem wollen wir in der nächsten Legislaturperiode endlich Staatsschulden zurückzahlen. ... Die Union hat deshalb keine Pläne zur Abschaffung des Solidaritätszuschlags.“

Wer sagte dies? - Die Bundeskanzlerin in einem Interview mit der *Welt am Sonntag*.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Aha! - Zurufe von der CDU)

- Das können wir gleich herausuchen. *Welt am Sonntag*.

Die Vorschläge sind alle gut gemeint, auch das eben Zitierte. Aber aus verfassungsrechtlichen Gründen ist es nicht umsetzbar. Für solche Zwecke ist eine Ergänzungsabgabe nicht zulässig. Anderes sähe es mit dem Altschuldentilgungsfonds aus. Das ist sicherlich eine verfassungsrechtlich mögliche Lösung. Ich glaube allerdings nicht, dass es dafür politische Mehrheiten geben wird.

Deshalb halte ich an meinem Vorschlag fest, das Volumen des Solidaritätszuschlags in den Einkommensteuertarif zu überführen. Das ist rechtssicher.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Nein, keine Zwischenfragen.

Davon würden neben dem Bund - er behielte ja einen Teil - alle Länder und auch die Kommunen profitieren. Das Aufkommen der Einkommensteuer wird - das steht im Grundgesetz - wie folgt verteilt: 42,5 % für den Bund, 42,5 % für die Länder und 15 % für die Kommunen. Für welche Aufgaben das Geld jeweils eingesetzt wird, entscheidet jeder für sich. Das wäre eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und eine Stärkung des Föderalismus.

Man könnte einen Teil des Aufkommens natürlich auch für steuerliche Entlastungen nutzen, z. B. für die Abschwächung der kalten Progression.

Dass das notwendigerweise einen neuen Einkommensteuertarif bedeutet, ist doch selbstverständlich. Deswegen ist die Betrachtung über Freibeträge ein bisschen kurzsichtig. Es muss natürlich insgesamt neu austariert werden.

Insgesamt gäbe es also bei einem solchen Vorschlag eine Entlastung der Steuerzahler bei gleichzeitigem Angehen der Zukunftsaufgaben und Einhalten der Schuldenbremse.

Wenn Sie noch ein Zitat möchten: Diesen Vorschlag hat der Kollege Söder - der dann auch zu den Hütchenspielern gehört - ebenso gemacht wie ich.

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Spielt ihr gegeneinander?)

Wir sind da also in guter Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Kollege Hilbers gemeldet, und mich löst Vizepräsident Bachmann ab. - Herr Hilbers, bitte schön!

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schneider, dass Sie sich unter den Schutz von Herrn Minister Söder stellen, ist schon erstaunlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will Ihnen zur Sache sagen: Das Zitat der Bundeskanzlerin zum Soli und auch die Aussagen der Union auf Bundesebene dazu sind in Bezug auf 2019 klar. Wir werden da auch nicht wortbrüchig. Die gesamten Bund-Länder-Finanzbeziehungen, auch die Finanzbeziehung unter den Ländern, der Länderfinanzausgleich, müssen ab 2019 neu geregelt werden. Dann ist es auch an der Zeit, die Ostförderung in das System zu integrieren und den Soli abzuschaffen.

Ihr Vorhaben, den Soli in einen allgemeinen Steuertarif zu überführen, erstaunt mich schon deswegen - Herr Heere ist eben zu Recht auf die Höhe der Freibeträge eingegangen -, weil der Soli dadurch, dass er in unterschiedlicher Höhe festgesetzt wird, gerade die kleinen Einkommen schont. Deswegen ist es sozial ungerecht, den Soli in den allgemeinen Steuertarif zu überführen, weil dann

auch die kleineren Einkommen beteiligt würden. Sie sollten sich das noch einmal überlegen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte dazu einen zweiten Punkt ansprechen. Das ist doch, wie so oft, ein billiger Versuch von Ihnen, um an zusätzliches Geld heranzukommen. Das macht deutlich, dass Sie sich nicht einmal selbst zutrauen, 2020 die Schuldenbremse einzuhalten.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Denn wenn dieses Geld über die 42,5 % am Einkommensteueraufkommen in die Kasse des Landes gespült würde, hätten Sie auf einmal Ihr strukturelles Defizit gelöst. Ich fordere Sie auf: Lösen Sie es, indem Sie Einsparungen vornehmen! Lösen Sie es nicht immer dadurch, dass Sie nach zusätzlichem Geld schreien!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist ein ganz billiger Versuch, an dieses Geld heranzukommen.

Wenn eine Abgabe für einen bestimmten Zweck nicht mehr gerechtfertigt ist, dann kann man sie nicht mehr erheben und sollte man sie auch nicht in andere Einkommensarten überführen. Das wäre nicht gerechtfertigt. Wenn der Zweck wegfällt, dann ist eben auch die Abgabe weg. Deswegen ist Ihr Vorhaben alles andere als konsequent.

(Zustimmung von Christian Grascha [FDP])

Das ist der billige Versuch, eine Steuererhöhung durchzusetzen. Steuererhöhungen sind mit der CDU nicht zu machen. Dafür haben die Menschen uns gewählt. Darauf weise ich noch einmal in aller Deutlichkeit hin.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Hilbers. - Weitere Wortmeldungen liegen uns hier nicht vor. Deswegen schließen wir die Beratung zu diesem Antrag.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, den Ausschuss für Haushalt und Finanzen mit diesem Antrag zu befassen. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Das ist ausreichend unterstützt und wird so geschehen.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

Niedersächsische operationelle Programme für die EU-Strukturfondsförderperiode 2014 bis 2020 bedarfsgerecht ausgestalten - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/1477

Zur Einbringung hat für die Antragsteller der Abgeordnete Clemens Große Macke das Wort.

Clemens Große Macke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass die optimale Ausgestaltung der nächsten EU-Förderperiode eine der größten Aufgaben sein wird, die wir zum Wohle aller Niedersachsen zu erledigen haben. Die CDU-Fraktion weiß, wie groß die strukturellen Herausforderungen in ganz Niedersachsen sind. Die zum Teil drastischen Kürzungen in den einzelnen Förderpöpfen machen diese Aufgabe für alle nicht leichter; das gestehe ich gerne zu.

Wir alle, Regierung und Opposition, haben den Auftrag, die Rahmenbedingungen für diese Förderperiode neu zu gestalten. Aber ich sage in aller Deutlichkeit: Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden dieser Aufgabe momentan nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung setzt mit ihren Förderideen viele falsche Anreize. Diese Landesregierung hat kein Vertrauen in die Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen vor Ort. Diese Landesregierung benachteiligt vorsätzlich ganze Regionen, statt alle Regionen gleichermaßen fair zu behandeln.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU bezieht mit dem vorliegenden Antrag klar Position. Die CDU fordert einen verbesserten finanziellen Schwerpunkt im EFRE-Programm zugunsten der kleinen und mittelständischen Unternehmen, weil diese das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden und Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk sichern.

Die CDU fordert weiterhin Regionalisierte Teilbudgets - Gelder, die von den Verantwortlichen vor Ort eigenverantwortlich eingesetzt werden können.

Wir von der CDU wollen ein objektives Scoring-Verfahren, angesiedelt bei der NBank, damit es keine Förderung nach Gutsherrenart durch die Landesregierung geben wird.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU streitet für einen Förderschwerpunkt beim Übergang von der Schule in den Beruf. Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre heute Morgen gemachte Zusage, den Übergang von der Schule in den Beruf besonders zu unterstützen. Das ist gut und findet unsere volle Unterstützung. Es wäre doch toll, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn z. B. das in Cloppenburg geplante Technikum „Lebensmitteltechnik“ mit Ihrer Unterstützung gebaut werden kann. Hier wollen Schule, Schulträger und Wirtschaft Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich in den Bereichen Lebensmitteltechnik - Mechatroniker im Ernährungsbereich oder auch Automatisierungsmechaniker - aus- und fortbilden zu lassen. Glauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es bereitet große Freude, als Abgeordneter solche Projekte mit initiieren zu können.

Meine Damen und Herren, die CDU fordert bei der Ausgestaltung der Operationellen Programme eine verbesserte Wohnraumförderung. Mit einem eigenen Landesprogramm können Menschen und vor allen Dingen Familien, die sonst vielleicht nicht in der Lage sind, solche Investitionen zu stemmen, z. B. bei der energetischen Sanierung ihres Wohneigentums unterstützt werden, und zwar nicht kreditfinanziert, sondern mit eigenen Landesmitteln.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Ihre Einlassung heute Morgen bei der Beantwortung der Mündlichen Anfragen zu dieser Thematik akzeptiere ich nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU setzt sich auch für eine Stärkung der Prioritätsachse 2 im ELER ein, aus der nicht nur Agrarinvestitionsförderprogramme, sondern auch der ländliche Wegebau, Dorferneuerung oder auch die Flurneueordnung gefördert werden. Die Mittel für diesen Bereich wollen Sie, Herr Ministerpräsident, um 50 % kürzen. Allein im ländlichen Wegebau reden wir von Kürzungen in Höhe von 38 Millionen Euro - von 48 Millionen auf 10 Millionen Euro. Sie haben das heute Morgen auf meine Frage hin nicht de-

mentiert. Herr Ministerpräsident, das ist eine schallende Ohrfeige für die Menschen im ländlichen Raum!

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Ich sage ausdrücklich: Der ländliche Raum wird immer mehr zum Verlierer Ihrer Politik.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zum Agrarinvestitionsförderprogramm im Zuge des Förderprogramms ELER. Herr Ministerpräsident, Ihnen liegt wie uns die Verbesserung des Tierwohls am Herzen. Ich frage mich dann allerdings: Warum gibt es nach meinem Kenntnisstand in Ihrem Programm-entwurf eine Klausel, die Betriebe, die mehr als zwei Großvieheinheiten haben, von dieser Förderung ausschließt? Herr Ministerpräsident, das ist eine schallende Ohrfeige für die kleinen, flächenarmen bäuerlichen Familienbetriebe! Denn nach Ihrem Programm-entwurf kann ein Bauer, der nur 20 ha und 40 Kühe in traditioneller Anbindehaltung hat, keine Investitionen zum Wohle der Tiere tätigen.

Herr Ministerpräsident, passen Sie gut auf, welche Kuckuckseier Ihnen einige Ihrer Minister ins Nest gelegt haben bzw. ins Nest legen wollen! Seien Sie ganz sicher: Wenn Sie sie nicht finden, dann wird die CDU schon dafür Sorge tragen, dass Sie darauf hingewiesen werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Große Macke. - Ich erteile jetzt für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Dr. Alexander Saipa das Wort.

Dr. Alexander Saipa (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine erste Verwirrung über diesen Antrag löste sich auf, als ich mir die Überschrift noch einmal laut vorgelesen habe. Erst dachte ich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sich dem sehr bedeutsamen Thema des Recyclings näher widmen wollten. Denn Ihr vorheriger Antrag, den der Landtag im März mit Mehrheit in die Papiertonne geworfen hat, schien mir auf den ersten Blick wieder herausgezogen, geglättet und noch einmal eingebracht worden zu sein.

Doch weit gefehlt - es ist ein neuer Antrag. Schade. Hätten Sie recycelt, dann hätte ich Ihnen wenigstens zugestehen können, dass Sie eine wichtige industrie- und gesellschaftspolitische Zielrich-

tion der Europäischen Union aufgegriffen hätten. Das haben Sie nicht getan. Sie meinen, dass mit einem neuen Antrag unter leicht verändertem Namen schon alles gut werde.

(Hans-Heinrich Ehlen [CDU]: Weil der gut ist!)

Ich wage eine Prognose: Zumindest in Bezug auf die Papiertonne könnten Sie mit diesem Antrag möglicherweise Kontinuität beweisen.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Recycling lebt ja vom Mitmachen und nicht vom Miesmachen. Deswegen möchte ich mich zu den Punkten Ihres Antrags wie folgt äußern, auch wenn mir die schnelle Recyclinglösung für Ihren Antrag durchaus als die charmanteste erscheint.

(Norbert Böhlke [CDU]: Hochmut kommt vor dem Fall! - Gegenruf von Ulrich Watermann [SPD]: Damit kennst du dich aus!)

- Ich habe noch ein paar Sprichwörter in meiner Rede.

Ohne Frage ist es die Handlungsweise von Rot-Grün, die zur Verfügung stehenden EU-Fördermittel effizient in der kommenden Förderperiode zu nutzen. Insgesamt werden 550 Millionen Euro weniger - wir haben heute Morgen schon sehr lang und breit darüber geredet - zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde ist der nun verfolgte, bisher einzigartige Multifondsansatz genau richtig, um Synergien zu schaffen. Eine enge Verzahnung der Strukturfondsmittel aus EFRE, ESF und ELER wird zur Lösung der Probleme führen, die uns die alte schwarz-gelbe Mehrheit hinterlassen hat.

Das eklatanteste Problem - das ist in vielen Bereichen deutlich erkennbar - ist das bewusste Hinnehmen unterschiedlicher Entwicklungen im Land und der daraus entstehenden ungerechten Disparitäten in den Landesteilen Niedersachsens. Nach EU-Vorgaben sind EFRE-Mittel zu 80 % für die Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu verwenden. Dies wird in den Operationellen Programmen gewährleistet. Dennoch sind wir der CDU natürlich für die freundliche Erinnerung dankbar, die allerdings nicht nötig gewesen wäre.

Sie schreiben erneut - daher bleibe ich bei dem Recyclingansatz für Ihren Antrag - über RTB-Programme; darauf bezog sich auch meine Einlassung beim letzten Mal. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Ihnen nicht aufgefallen - wir haben heute

Morgen schon darüber gesprochen -, dass die von der EU vorgegebenen Rahmenbedingungen nicht zulassen, Regionale Teilbudgets in der bisher bekannten Form aufzusetzen? Diese Antwort habe ich Ihnen schon einmal zu Ihrem anderen Antrag gegeben. Aber die Wiederverwertung einer Antwort ist nicht verkehrt. Wie uns ein russisches Sprichwort lehrt, ist die Wiederholung die Mutter der Weisheit.

Das in der Entwicklung für die kommende Förderperiode befindliche Scoringverfahren sieht die Beteiligung der Landesbeauftragten - - -

(Ein Kameramann filmt in den Reihen der Abgeordneten - Jens Nacke [CDU]: Herr Präsident, können Sie das bitte unterbinden?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Dr. Saipa, darf ich kurz unterbrechen? - Herr Präsident Busemann hat gestern schon zu Recht darauf hingewiesen, dass die Kameraleute, die im Plenarsaal tätig sind, bitte keine Porträtaufnahmen machen und schon gar nicht die Akten der Abgeordneten filmen. Bitte halten Sie sich daran! - Vielen Dank.

Dr. Alexander Saipa (SPD):

Das in der Entwicklung für die kommende Förderperiode befindliche Scoringverfahren sieht die Beteiligung der Landesbeauftragten für regionale Landesentwicklung vor. Dies ist der richtige Ansatz. Wir wollen ausdrücklich mit den Landesämtern für regionale Entwicklung die bessere Berücksichtigung regionaler Aspekte und die Mitsprache der betroffenen Kommunen erreichen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie fordern in Ihrem Antrag einen Förderschwerpunkt beim Übergang von der Schule in den Beruf. Vielen Dank für diesen Hinweis! Aber auch da sind wir schon dran, wie wir heute Morgen schon gelernt haben. Ich greife exemplarisch das ESF-geförderte Programm „Perspektive Berufsausbildung“ heraus. Hiermit werden Ausbildungsverbünde gefördert und z. B. Auszubildende in insolventen Betrieben unterstützt. Darüber hinaus wird hiermit explizit die qualifizierte Ausbildung von Migrantinnen und Migranten gefördert. Dem Kultusministerium werden in den sechs Jahren der Förderperiode beinahe 56 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Ich finde, das ist eine gute Perspektive.

Meine Damen und Herren, Recycling soll dazu führen, dass wichtige Rohstoffe für eine qualitativ hochwertige Weiterverwendung aufbereitet werden. Ein Beispiel kennt jeder von uns: Metalle und seltene Erden, die aus einem weggeworfenen Handy gewonnen wurden, führen dazu, dass nachfolgend ein neues, modernes und technisch anspruchsvolleres Handy gebaut werden kann. Eine solche Weiterentwicklung ist in Ihrem Antrag überhaupt nicht zu erkennen. Im Gegenteil, Ihre Recyclingstrategie ist schlecht und verschlingt auf allen Seiten Ressourcen. Dies war das beste Beispiel.

Ihre offene Forderung, Südniedersachsen als einen der schwächsten Landesteile nicht besonders zu fördern, zeigt wieder deutlich, wie wenig es Sie interessiert, dass alle Menschen in Niedersachsen gleiche Rahmenbedingungen haben. Nachdem die CDU bereits im Landtagswahlkampf mit der Aussage aufgetreten ist, die Schwachen zu stärken bedeutet, die Starken zu schwächen, kann ich das weiterhin nicht nachvollziehen. In diesem Fall, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ist Ihre Position wirklich nicht recycelbar, sondern gehört direkt in den Sondermüll.

Ihre Forderung nach einem Schwerpunkt in der Wohnraumförderung zeigt zwar ein Recycling der Gedanken, jedoch ohne Fortentwicklung. Nur Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung sollen in dem Bereich förderungswürdig sein, was dazu führen wird, genau in diesem Bereich auch in Niedersachsen tätig zu werden.

Energetische Sanierung ermöglichen, ohne Mietkosten ansteigen zu lassen - solch ein Ziel ist gut und für Eigentümer und Mieter durchaus richtig. Es wird von uns verfolgt.

Natürlich werden wir Ihren Antrag im zuständigen Ausschuss noch einmal ausgiebig beraten. Obwohl man zu recycelndes Material kurzfristig vor der Entsorgung retten kann, um mit einer Anfangsveredlung den darauf folgenden Recyclingwert zu erhöhen, gehe ich momentan nicht davon aus, dass Sie den Antrag aufgrund meiner ausführlichen Erläuterungen zurückziehen werden.

Aber denken Sie daran: Misserfolg ist lediglich eine Gelegenheit, mit neuen Ansichten noch einmal anzufangen. - So sagte es Henry Ford. Das passt zu Ihrem Auftrag.

Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Saipa. - Zu Ihrer Rede hat sich der CDU-Abgeordnete Herr Clemens Große Macke für eine Kurzintervention gemeldet. Sie haben das Wort für 90 Sekunden.

Clemens Große Macke (CDU):

Danke, Herr Präsident! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege, das war wesentlich besser, als nur vom Pfeffer zu sprechen. Ich habe aber drei Anmerkungen.

Erstens. Südniedersachsen werden wir wie alle anderen Regionen fair behandeln. Dabei werden wir die anderen Bereiche Niedersachsens nicht vergessen.

(Zustimmung bei der CDU)

Zweitens. Ich halte fest, dass für die SPD eine energetische Förderung von Wohneigentum nicht gewollt ist, die ja auch nach den operationellen Programmentwürfen und Hinweisen der EU ausdrücklich machbar sind.

Lassen Sie mich noch einmal auf die Regionalisierten Teilbudgets zu sprechen kommen, von denen wir sagen, sie sollten weiterentwickelt werden. Es ist schon spannend, dass Sie sagen, das sei das Papier nicht wert, auf dem es stehe. Ich verweise auf die April-Ausgabe 2014 der *NLT-Information* des Niedersächsischen Landkreistages, auf das Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der Landkreise und kreisfreien Städte in Weser-Ems, die genau unsere diesbezüglichen Positionen vertreten. Wenn Sie sagen, es interessiere Sie überhaupt nicht, was der Landkreistag oder die gesamte Region Weser-Ems einheitlich beschließen, dann ist das wirklich schade und frage ich mich, welches Demokratieverständnis Sie haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Große Macke. - Ich sehe, dass der Kollege Dr. Saipa von der Möglichkeit der Erwidern Gebrauch machen möchte. Sie haben ebenfalls für 90 Sekunden das Wort.

Dr. Alexander Saipa (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Das schaffe ich in weniger als 90 Sekunden.

Sie brauchen Südniedersachsen nicht mehr fair oder unfair zu behandeln, da Sie nicht mehr in der

Regierung sind. Das machen wir jetzt, und wir werden diese Region fair behandeln.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema energetische Sanierung habe ich gesagt, dass wir im Rahmen der Möglichkeiten auch in diesem Bereich Förderprogramme haben werden. Deswegen verstehe ich Ihre Einlassung nicht, der zufolge wir dies nicht täten. Das steht in meinem Redemanuskript. Ich kann das nachlesen, und Sie können das nachher selbst nachlesen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Saipa. - Meine Damen und Herren, es geht jetzt mit dem Beitrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiter. Dazu erteile ich der Abgeordneten Frau Maaret Westphely das Wort.

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass das mehrmalige Aufwärmen zu besseren Ergebnissen führt, funktioniert zwar beim Grünkohl, aber doch nicht bei Entschließungsanträgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Erbsensuppe wird aufgewärmt, aber doch nicht der Grünkohl!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Die EU will keine kleinteilige zielungebundene Förderung mehr in der neuen Förderperiode. Im Gegenteil: Das, was sie von den Ländern erwartet, ist eine Förderstrategie, die sich an den wesentlichen Zielen der Strategie Europa 2020 ausrichtet und Schwerpunkte setzt.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Westphely, ich muss Sie unterbrechen. Der Kollege Thiele möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Maaret Westphely (GRÜNE):

Nein, ich spreche erst einmal weiter.

(Ulf Thiele [CDU]: Das wäre aber wichtig gewesen!)

Die dort definierten Ziele der CO₂-Reduzierung, der Armutsbekämpfung und der Steigerung der

Wettbewerbsfähigkeit durch Innovationen unterstützen wir ausdrücklich.

Sie bemühen immer wieder dieselben Klischees. Deshalb möchte ich erneut feststellen: Eine am regionalen Bedarf ausgerichtete Förderstrategie neben den landesweiten Programmen ist keine Förderung nach Himmelsrichtungen. Tatsache ist, dass wir vor dem Hintergrund der geringen Mittel sehr genau zu prüfen haben werden, dass die Ziele mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden. Deshalb wird es zukünftig keine Förderung mit der Gießkanne mehr geben, und das ist auch gut so.

(Zustimmung bei der SPD)

Für die Verteidigung der RTBs, der Regionalen Teilbudgets, führen Sie die kleinen und mittelständischen Unternehmen an. Dazu möchte ich fragen: Haben Sie eigentlich mal mit den Wirtschaftsvertretungen gesprochen und gefragt, wie sie zu diesem Instrument stehen? - Diejenigen, mit denen ich gesprochen habe, haben kein ausgesprochenes Interesse daran. Mein Eindruck war tatsächlich sogar eher gegenteilig.

(Clemens Große Macke [CDU]: Ich weiß nicht, mit wem Sie reden!)

Als Nächstes sprechen Sie sich gegen den Einsatz der revolvierenden Fonds aus. Dabei wissen wir alle, wie schwierig es bei dem aktuellen Zinsniveau ist, diese anzubieten. Trotzdem sind sie das Mittel der Wahl, wenn es darum geht, möglichst lange Fördermittel ausschöpfen zu können und Mitnahmeeffekte zu begrenzen. Selbstverständlich kommt es darauf an, die Fonds so zu konzipieren, dass sie attraktiv sind.

Mit keinem einzigen Wort - auch das hat mich gewundert - erwähnen Sie, dass sich Niedersachsen auf den Weg gemacht hat, ein anspruchsvolles und aufeinander abgestimmtes Multifondsprogramm sogar unter Einbeziehung des ELER aufzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine echte Herausforderung und sowohl im Sinne der EU als auch im Sinne einer ganzheitlichen Förderung von guten Projekten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Im Ausschuss wurde uns sogar berichtet, dass inzwischen andere Länder an Niedersachsen herantreten, um zu fragen, welche Erfahrungen wir

dabei machen, weil sie gerne von Niedersachsen lernen möchten.

Alles in allem stelle ich erneut fest: Dieser Antrag entspricht nicht annähernd den Herausforderungen und Zielsetzungen für die Konzeption der neuen EU-Förderperiode.

Wenn ich noch eines sagen darf: Wenn Sie es als Neuigkeit verkaufen wollen, dass es ein objektives, transparentes Scoringverfahren für die Bewertung von Projekten geben muss, dann frage ich mich wirklich, welchen Einblick Sie eigentlich in die Förderung in der vergangenen Förderperiode gehabt haben.

(Clemens Große Macke [CDU]: Einen ziemlich guten! Sie ja nicht!)

Trotzdem: Bei der EU-Förderung geht es um eine Menge Geld. Darüber diskutiere ich immer wieder gerne. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Horst Kortlang. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Horst Kortlang (FDP):

Verehrtes Präsidium! Verehrter Herr Ministerpräsident! Meine Damen, meine Herren! Bei der Regierungsübernahme wurde hier in diesem Hause immer wieder gesagt: Die Stärkung des ländlichen Raumes ist uns ein besonderes Anliegen. - Die niedersächsischen Operationellen Programme für die EU-Strukturfonds für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 sprechen aber, wenn man einen Blick auf sie wirft, eine andere Sprache.

(Zustimmung bei der FDP)

Wie schon von meinen Vorrednern vorgetragen, müssen wir hier in Niedersachsen für EFRE, ESF und ELER im Vergleich zur vorherigen Förderperiode eine Reduzierung um 550 Millionen Euro hinnehmen. Niedersachsen, meine Damen und Herren, darf seine Standbeine nicht vernachlässigen!

Die Standbeine sind auf der einen Seite die Landwirtschaft mit der dazugehörigen Ernährungsindustrie und den vielen innovativen kleinen und mittleren Unternehmen. Arbeiten Sie mit daran,

dass in beiden Bereichen die Wettbewerbsfähigkeit gesichert wird!

Auf der anderen Seite sind es die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die den großen Industrieunternehmen in Niedersachsen zuarbeiten. Diese Unternehmen sichern die Ertragskraft der Industrieunternehmen und damit im doppelten Sinne die Arbeitsplätze in unserem Land und auch die Finanzkraft der Kommunen.

Niedersachsen ist auch gerade deshalb in der Zeit der CDU/FDP-Regierung im Ländervergleich kontinuierlich nach vorne gekommen, weil es die Instrumente der regionalen Wirtschaftsförderung durch Regionalisierte Teilbudgets ermöglichen, kommunale Förderschwerpunkte zu setzen, um Wirtschaft, Handwerk und Mittelstand gezielt auch nach den Bedürfnissen und Erkenntnissen vor Ort voranzubringen - nicht nach dem Gießkannenprinzip!

(Beifall bei der FDP)

Häufig waren es die eher kleinen Betriebe, die den Schwung gebracht haben, weil es im Dialog vor Ort weniger Hemmschwellen gibt und es einfacher ist, einen Gesprächstermin zu finden und zu verhandeln.

Ich appelliere an die Landesregierung und die Regierungsfractionen: Zerstören Sie diese so erfolgreichen Instrumente nicht, sondern nutzen auch Sie die aufgebaute Kompetenz vor Ort, damit Niedersachsen seinen über zehn Jahre langen erfolgreichen Weg in der Spitzenliga fortsetzen kann!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Deutschlands und auch Niedersachsens Stärke ist die Diversifizierung der Produkte, wobei in fast allen Bereichen die gesamte Breite vorhanden ist. Von der Rohstoffaufbereitung über die Vorprodukte bis zu den Endprodukten wird alles hier bei uns im Land hergestellt. Das führt auch zu mehr Innovationskraft. Die vor zehn Jahren gegründete NBank hat gerade den kleinen und mittleren Unternehmen viel Unterstützung geben können. Das dort aufgebaute Wissen sollte auch zukünftig stark genutzt werden. Deshalb geben wir die Anregung, Fördergelder nach dem Scoring durch die NBank auch durch diese vergeben zu können.

Wir alle wurden gewählt, meine Damen und Herren, damit es den Menschen - und zwar jedem einzelnen - kontinuierlich besser geht. Grundvor-

aussetzung dafür ist eine starke Wirtschaft, damit man auch soziale Wünsche erfüllen kann. Sie bietet sichere Arbeitsplätze mit Einkommen, die ein Auskommen für alle ermöglicht.

In diesem Sinne hoffe ich sehr, dass wir in der gemeinsamen Beratungsarbeit der beiden Ausschüsse für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung sowie für Haushalt und Finanzen zu einem Ergebnis kommen, das Niedersachsen und seine Wirtschaft zum Wohle der Bevölkerung stärkt und voranbringt.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Kortlang. - Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, sind wir am Ende der ersten Beratung.

Wir kommen zu der eben schon angesprochenen Ausschussüberweisung.

Wer federführend den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung und mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Finanzen befassen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Vielen Dank. Das ist ausreichend unterstützt und geschieht so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe, wie im Ältestenrat vereinbart, zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 34:

Erste Beratung:

Netzland Niedersachsen: Breitbandausbau gemeinsam voranbringen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1492

Tagesordnungspunkt 35:

Erste Beratung:

Breitband: Eine leistungsfähige Datenkommunikation schafft attraktive Standorte mit Zukunft - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/1480

Wir kommen zu den Einbringungsreden, zunächst zu Tagesordnungspunkt 34. Für die Antragsteller hat der Kollege Maximilian Schmidt von der SPD-Fraktion das Wort.

Maximilian Schmidt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Zugang zum schnellen Internet überall im Land herzustellen, ist eine der entscheidenden Herausforderungen unserer Zeit. Die digitale Spaltung zu überwinden, ist nicht nur eine Frage, ob die Wirtschaft künftig überall im Land wachsen kann, sondern ist für uns als rot-grüne Koalition vor allen Dingen auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Der niederländische Soziologe Jan van Dijk hat diese Frage der Gerechtigkeit beim Internetzugang einmal als Matthäus-Effekt beschrieben, weil sich dafür ein ziemlich gut passendes Zitat bei Matthäus 25, 29 findet:

„Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden.“

Ohne, dass in der Bibel bereits vom Internet geträumt werden konnte: Das Zitat stimmt trotzdem, wenn man es darauf anwendet. Der Zugang zum schnellen Internet ist heute ganz entscheidend für die Teilhabe an der modernen Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen: Wenn wir Niedersachsen zukunftsfähig entwickeln wollen, gehört der Breitbandausbau unverzichtbar dazu. Übrigens ist das eine Infrastrukturaufgabe, die heute genauso wichtig ist wie eine Straßen- oder Schienenanbindung. Infrastruktur wird ja in diesem Hause durchaus kontrovers diskutiert. Bei diesem Großprojekt dürfte es aber, so hoffe ich, keinen Dissens geben. Den flächendeckenden Zugang zum schnellen Internet in ganz Niedersachsen zu schaffen, meine Damen und Herren, sollte unser aller gemeinsames Ziel sein. Viele Menschen in Niedersachsen zählen dabei auf uns. Sie alle kennen sie aus Ihren Wahlkreisen. Jedem von uns begegnet dieses Thema beinahe täglich.

Bei mir im Celler Land ist es z. B. das Unternehmen EADS Astrium in Trauen bei Faßberg, das mitten in der Heide Hochtechnologie im Bereich von Luft- und Raumfahrt entwickelt. Damit ein solcher Standort auch mitten im ländlichen Raum weiter wachsen kann, ist ein schnelles Netz unverzichtbar. Ich bin mir sicher, dass das für sehr viele gilt: für die Webdesignerin im Harz, für den Onlinelehrer im Oldenburger Münsterland und übrigens auch für viele Landwirte in ganz Niedersachsen, die den Netzzugang für die Führung ihrer Betriebe brauchen. Für junge Menschen ist die digitale

Wirtschaft eine Riesenchance. Das zeigen ja auch die Ausbildungszahlen. Seit 2008 hat die Zahl der Ausbildungsverhältnisse in den IT-Berufen in 2013 erstmals die Marke von 40 000 überschritten.

Meine Damen und Herren, deshalb legen wir heute einen Plan vor, mit dem wir den Breitbandausbau in Niedersachsen gemeinsam voranbringen wollen. Ich will das kurz in fünf Punkten skizzieren:

Erstens. Wir setzen auf eine landesweite niedersächsische Breitbandstrategie, deren Ziel ein flächendeckender, schneller und zukunftssicherer Netzzugang für alle ist, gerade in den ländlichen Räumen.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Eckpunkte dieser Strategie wird die Landesregierung bereits im kommenden Monat vorlegen. Dabei gilt folgendes Ziel: Nachhaltigkeit hat Vorrang vor Bandbreite. - Das Zwischenziel auf diesem Weg ist es, bis 2020 flächendeckend entsprechend der Formulierung der Europäischen Kommission einen Zugang mit einer Bandbreite von mindestens 30 Mbit zu erreichen.

Weil ich annehme, dass man sich in dieser Debatte auch über Ausbauziele streiten kann und die Bundesregierung ja ein anderes Ziel vorgegeben hat, will ich vorab eines sagen: Ich glaube, wir sollten uns heute nicht allein über ein Bitratenziel streiten, sondern wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass wir die Investitionen hinbekommen. Ich glaube, die Leute haben genug davon, dass die Politik darüber redet, wie schnell das Internet sein *könnte*. Wir wollen, dass es im ländlichen Raum schnell *wird*.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweitens. Meine Damen und Herren, auf den ländlichen Raum will ich noch einmal Bezug nehmen. Insbesondere in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist die flächendeckende Versorgung mit 30 Mbit und mehr noch nicht erreicht. In Niedersachsen sind zwar viele Fortschritte beim Breitbandausbau gemacht worden. In diesen Räumen ist es aber nicht der Fall.

Ich will durchaus darauf hinweisen, dass das keine Kleinigkeit ist; denn in solchen Kommunen wohnen 70 % der niedersächsischen Bevölkerung. Wir wollen also nicht nur die digitale Spaltung zwischen Stadt und Land aufheben. Wir wollen auch endlich, dass die Mehrheit in diesem Land den

gleichen Zugang hat wie die Menschen in den Städten.

(Zustimmung von Gerald Heere
[GRÜNE])

Dieser Ausbau im ländlichen Raum wird nicht marktwirtschaftlich allein herstellbar sein. Hier ist besondere Unterstützung des Staates erforderlich. Darauf konzentrieren wir unser Förderprogramm.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Drittens. Wir brauchen bei diesem Thema eindeutig regionale Lösungen. Bereits mehr als die Hälfte der Landkreise in Niedersachsen hat mit der Planung kreisweiter Infrastrukturen in den unterversorgten Gebieten begonnen. Einige Landkreise sind bereits in die Realisierung eingetreten und investieren in eigene Breitbandnetze. Wir unterstützen die Landkreise genau bei diesem Lösungsansatz. Der Landkreistag hat vor einem Monat ganz direkt auf dieses Thema hingewiesen. Heute - einen Monat später - nehmen wir das auf. Die Landkreise sind die entscheidende Ebene. Wir unterstützen dieses Engagement von ganzem Herzen.

Viertens. Wir wollen alle Mittel für den Breitbandausbau bündeln. Im Bund sind 1 Milliarde Euro jährlich für den Ausbau angekündigt worden. Diese Mittel müssen jetzt realisiert werden. Dabei reicht nicht allein der Verweis auf mögliche Erlöse bei der Veräußerung von weiteren Funkfrequenzen im Rahmen der Digitalen Dividende 2. Diese Mittel müssen vom Bund unserer Meinung nach eigentlich aufgestockt werden, also on top kommen. Dazu kommen über das Land reservierte EU-Mittel in Höhe von 60 Millionen Euro für den Ausbau in Niedersachsen.

Fünftens. Bei der Förderpraxis müssen wir Schwerpunkte setzen. Nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern ganz zielgerichtet muss investiert werden. Deswegen will ich Ihnen auch sagen, wofür es unserer Meinung nach kein Steuergeld beim Breitbandausbau geben darf. Überall dort, wo der Breitbandausbau wettbewerbsfähig - also rein über Unternehmensentscheidungen auf marktwirtschaftlichem Wege - herstellbar ist, darf es unserer Meinung nach nicht noch Steuergeld obendrauf geben. Das wäre verbranntes Geld.

(Zustimmung)

Ganz entscheidend ist, dass wir im ländlichen Raum die Wirtschaftlichkeitsschwelle überwinden, aber auch nicht Geld dort hineintun, wo die Anbieter danach die Anschlüsse im Zweifel noch drosseln. Ich verweise auf das Prinzip der Netzneutralität, was unbedingt eingehalten werden muss. Wenn in den Breitbandausbau investiert wird, dann darf am Ende nicht noch gedrosselt werden.

Es gibt eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen, die notwendig sind, die ich hier aber nicht in vollem Umfang aufzählen möchte. Ich möchte nur kurz auf mehrere Dinge verweisen.

Wir werden das Breitbandkompetenzzentrum - ganz elementar in Niedersachsen - natürlich unterstützen, weil das eine zentrale Beratungsinstitution gerade für die Kommunen ist. Wir werden im Bereich des Breitbandatlas die Frage vorantreiben, dass auch Baumaßnahmen für Leerrohre dort aufgenommen werden. Wir werden weitere Investitionen in Gewerbegebieten unterstützen, weil sich dort gerade kleinere und mittlere Unternehmen sowie Start-ups ansiedeln. All das wollen wir machen. Wir gehen aber an einer Stelle weit darüber hinaus.

(Jens Nacke [CDU]: Wer ist denn „wir“?)

Ich glaube, für die Zukunft ist eine Feststellung noch ganz entscheidend: Artikel 72 des Grundgesetzes sieht vor, dass wir als Staat, als Politik gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Land schaffen. Der Zugang zum schnellen Internet gehört in der modernen Gesellschaft unverzichtbar dazu. Wenn also der Breitbandzugang heute ganz selbstverständlich ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist, dann muss er künftig auch so betrieben werden können. Das heißt, dass Kommunen Konzessionierungsrechte bekommen, dass dies eine öffentliche Aufgabe wird. Das wäre, glaube ich, auch ein Revitalisierungsprogramm für viele kommunale Stadtwerke, die ein solches Angebot als komplettes Paket unterbreiten könnten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will noch ganz kurz darauf eingehen, was die CDU-Fraktion vorgelegt hat. Wir erkennen an, dass auch Sie hier einen Antrag einbringen. Er ist wesentlich kürzer. Er enthält drei Forderungen. Die finden Sie hoffentlich bei uns wieder.

Kurzum: Wir freuen uns auf eine angeregte Beratung im Ausschuss, bei der wir übrigens auch viele beteiligen wollen - die Partner aus Kommunen und

aus der Wirtschaft. Wir hoffen, dass wir am Ende den Breitbandausbau gemeinsam voranbringen und Netzland Nummer eins in Deutschland werden.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schmidt. - Zur Einbringung des angesprochenen Antrags der Fraktion der CDU unter Tagesordnungspunkt 35 hat jetzt der Abgeordnete Axel Miesner das Wort.

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schmidt, zunächst einmal zur Kenntnis: Sie sind in Wirklichkeit nur auf unseren Antrag aufgesprungen. Sie haben Ihren Antrag deutlich später formuliert und bei der Landtagsverwaltung eingereicht als wir. Deswegen verwundert mich auch die Reihenfolge der Redner, Herr Präsident.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Miesner, dann darf ich Sie aufklären, dass im Ältestenrat die CDU-Fraktion diesen Antrag an die Beratung unseres Antrags angehängt hat. Das ergibt dann die Reihenfolge im Plenum.

(Jens Nacke [CDU]: Was heißt da „unseres Antrags“?)

Axel Miesner (CDU):

Gut. - Zunächst einmal - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich korrigiere diese Aussage: des Antrags der SPD-Fraktion. - Das kann passieren, Herr Kollege Nacke. Entschuldigung.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist unfassbar! So etwas darf nicht passieren, Herr Präsident!)

Axel Miesner (CDU):

Herr Kollege Schmidt, ich glaube, Sie haben hier eingangs, bei der Einbringung Ihres Antrages, einiges durcheinandergebracht. Ich habe die Vermutung, dass Sie Ihren eigenen Antrag gar nicht kennen.

Sie reden vom „schnellen Internet“ und reden davon, dass 30 Mbit schneller sind als 50 Mbit/s - die Transferrate, die wir beantragt haben. Sie wissen,

dass das auch die Transferrate ist, die in der Bundesbreitbandstrategie formuliert und nicht die Vorgabe der EU ist. Wahrscheinlich verwechseln Sie Niedersachsen mit Rumänien.

Dann haben Sie gesagt „unser Förderprogramm“. Dazu nur so viel: Was heißt „unser Förderprogramm“, wenn Sie von Ihrer Seite gar keinen Euro dazugeben? - Sie spekulieren nur darauf, dass Sie Ihr Geld von der EU bekommen. Dazu fällt einem nur der Satz von Fielmann ein: Und Papa hat nichts dazubezahlt!

Während noch vor 50 Jahren so mancher Weg im Lande ein reiner Sandweg war und dieser oft mit viel Mühe für Mensch und Tier genutzt und befahren wurde, so ist es heute die Ausstattung der ländlichen Räume mit der breitbandigen Dateninfrastruktur, die über die Zukunft dieser Regionen im Lande entscheidet. Hier darf ich auf den *Weser-Kurier* von gestern verweisen. Aktuell zu unserem heutigen Thema wird darin über Firmen berichtet, die ins Hintertreffen geraten, da ihnen keine leistungsfähige Internetverbindung zur Verfügung steht. Unter der Überschrift „Ländliche Regionen kritisieren Versorgung mit Breitbandkabeln“ berichtet der *Weser-Kurier* von gestern wie folgt:

„Ohne Internet und DSL wären wir damals gar nicht hierhergekommen“, sagt Peter Burkhardt. ‚Die Internet-Versorgung genügt aber heutigen Anforderungen nicht mehr.‘ Was vor zehn Jahren an Übertragungskapazitäten noch gereicht habe, stoße heute an seine Grenzen. ‚Wenn ich Fotos verschicke, dann dauert das ewig.‘“

Über die Firma Grocholl wird berichtet, dass sie Probleme mit dem Versand von Rechnungen hat:

„Es ist für ein Unternehmen unbefriedigend, wenn es seine Rechnungen nicht ordentlich versenden kann.“

Wohl wahr bzw. das geht gar nicht!

Was sagt uns dieser Bericht? - Erstens dass der Ausbau in den vergangenen Jahren ein erster Schritt war, der zur damaligen Zeit ausreichte, und zweitens dass der Breitbandausbau weiter vorangehen muss, um die ländlichen Räume nicht komplett von der fortschreitenden Entwicklung im wahrsten Sinne des Wortes abzukoppeln.

Ein großer Dank gilt allen Akteuren, die sich um den Breitbandausbau gekümmert, finanzielle Mittel eingesetzt und diesen damit aktiv vorangebracht haben. Gemeinden, Städte und Landkreise sind

hier mit dem Land gemeinsam mit der Unterstützung des Bundes und der EU vorangegangen und haben im ersten Schritt - so will ich ihn einmal bezeichnen - nach heutigen Gesichtspunkten eine „Basisausstattung“ geschaffen. Alles geleistet mit Begleitung durch das Breitbandkompetenzzentrum - aktiv und kompetent. So soll, so muss es weitergehen!

Alle reden von 50 Mbit/s als nächste Ausbaustufe und als nächstes Ziel. Nur die Landesregierung spricht von 30 Mbit/s.

(Martin Bäumer [CDU]: Das ist zu wenig!)

Nach dem Motto: Warum mit 130 auf der Autobahn, wenn ich auch mit 100 - verspätet - ans Ziel komme? - Geben hier mal wieder die Grünen das Tempo vor? Warum schnell, wenn es auch langsam geht? - Nur eine kleine Zahl: 20 durchschnittliche Haushalte produzieren heute so viele Daten wie das gesamte Internet im Jahr 1995. Aber: Die Autobahngegner in der Landesregierung setzen ihren Weg konsequent fort. Selbst Datenautobahnen werden nun schon Opfer dieser Politik!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Ich glaube, Sie verwechseln da jetzt was!)

Nein, wir brauchen mehr Tempo in dieser Frage. Während die Landesregierung lediglich 60 Millionen Euro bereitstellen will - und das rein aus EU-Mitteln entsprechend generieren möchte -, stellt das Nachbarland Hessen 350 Millionen Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Da regieren ja auch die Grünen!)

Nur als kleine Info: Das Bundesland Hessen ist nicht einmal halb so groß wie Niedersachsen, setzt aber ungefähr das Sechsfache ein als von Ihnen vorgesehen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, von Bayern ganz zu schweigen. 1,5 Milliarden Euro werden in Bayern bereitgestellt. Nach Adam Riese ist das das 25-Fache der Summe, die Sie hier bereitstellen wollen. Bayern investiert wie immer weiter in die Zukunft und baut seinen Vorsprung weiter aus.

Zitieren darf ich auch den NLT, der feststellt:

„Insbesondere beim Breitbandausbau fordern wir das Land auf, erheblich mehr Anstrengungen vorzunehmen. Die derzeit seitens des Landes zur Breitbandförderung vorgesehenen 60 Millionen Euro reichen

nicht ansatzweise zur Realisierung einer flächendeckenden Breitbandversorgung aus.“

Quelle: *NLT aktuell* vom 21. März dieses Jahres.

Ganz aktuell - Herr Schmidt, das haben Sie bei Ihrer Arbeit für das Land sicherlich auch gelesen; in der *Hannoverschen Neuen Presse* gestern zu lesen -: „Mehr Breitband fürs Land“. Der Kommentar ist, denke ich, vernichtend für Ihre Arbeit hier. „Rot-Grün zeigt wenig Ehrgeiz ... von einem Kraftakt kann leider nicht die Rede sein“, heißt es dort in dem Kommentar von Heiko Randermann. Und weiter heißt es da:

„... etwas mehr Ehrgeiz wäre angebracht. Wenn es darum geht, das Land zukunftsfest zu machen ...“

Ich denke, Sie sollten Zeitung lesen. Dann wissen Sie auch, was Sie zu tun haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber statt in die Zukunft zu investieren, wird das Geld lieber für eine neue Bürokratie ausgegeben: Landesbeauftragte, deren Apparat und deren neue Dienstwagen werden berufen, bestellt und bezahlt - koste es, was es wolle.

Bei der rot-grünen Landesregierung wird „Zukunft“ in „Bürokratie“ übersetzt. Enttäuschung statt Aufbruch, kann man da nur sagen. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen wird nicht in die Verbesserung der Standortfaktoren investiert, sondern die Bürokratie weiter aufgebläht. Das Nachsehen haben die Menschen auf dem Lande - ob privat oder als Unternehmen, ob als Arbeitgeber oder als Arbeitnehmer. Unternehmen und ihre Mitarbeiter werden abwandern, wenn die Landesregierung hier nicht mehr Geld gibt.

Die Entscheidung über eine Ansiedlung ist ganz klar von den Rahmenbedingungen abhängig. Und zu diesen Rahmenbedingungen zählt immer mehr auch die digitale Infrastruktur. Statt zusätzliche Stellen in der Staatskanzlei zu schaffen, sollten Sie lieber leistungsfähige Dateninfrastrukturen schaffen; denn die Zukunft unseres Landes entscheidet sich auch an der Verfügbarkeit eines leistungsfähigen Internets.

Der Bund, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat sein Ziel in seiner Breitbandstrategie beschrieben: 50 Mbit/s für alle bis 2018. Ohne Frage ein ambitioniertes Vorhaben! Minister Alexander Dobrindt dazu in der *Welt am Sonntag* vom 12. Januar diesen Jahres:

„Wir haben das ambitionierte Ziel, 50 Mbit bis 2018 in ganz Deutschland zu erreichen.“

(Maximilian Schmidt [SPD]: Bit! Das war falsch!)

- Mbit! Genau, richtig! - Mbit pro Sekunde zu erreichen.

Wir richten daher an Bund und Land den Appell: Butter bei die Fische! Lasst uns die Ärmel aufkrepeln und das Breitbandnetz weiter ausbauen: für die Menschen in Niedersachsen, für die Zukunft in unserem Land, für das Zukunftsland Niedersachsen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vielen Dank.

Wir beantragen, dass der Antrag ergänzend zu der Beratung im entsprechenden Fachausschuss - die Federführung ist ja angegeben - im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mitberaten wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Miesner. - Auf Ihre Rede hin hat sich der Kollege Schmidt, SPD-Fraktion, für eine Kurzintervention gemeldet. 90 Sekunden, bitte, Herr Kollege!

Maximilian Schmidt (SPD):

Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Werter Herr Miesner, bei manchen Themen, insbesondere bei diesem, würde es sich ab und an auch lohnen, wenn man einfach einmal versucht, das, was alle gemeinsam vorgelegt haben, zu lesen und zu gucken, ob es in der Politik, in diesem Niedersächsischen Landtag nicht gelegentlich den Weg gibt, Gemeinsamkeiten zu finden und ein Thema gemeinsam voranzubringen, oder ob man es wie Sie machen muss und wie es auch viele Ihrer Kollegen tun: immer wieder eine Rede zu möglichst allen Themen zu halten und das eine, das mit dem anderen nun wirklich überhaupt nicht zusammengehört, zu verbinden. - Das ist eine reine Wahlkampfrede.

(Norbert Böhlke [CDU]: Ist das Ihre parlamentarische Erfahrung, oder was ist das da? Das ist ja unglaublich!)

Im Übrigen - ich wiederhole es noch einmal -: Der Streit über Bandbreiten wird vielen Bürgerinnen und Bürgern, vielen Unternehmen im ländlichen

Raum kein schnelleres Internet bringen. Nur die Messlatte immer höher zu hängen, wird auch die Zielerreichung nicht vereinfachen.

Deswegen schlage ich Ihnen noch einmal ganz deutlich vor: Lassen Sie uns dieses Thema gemeinsam beraten, lassen Sie uns gemeinsam alle Partnerinnen und Partner aus den Kommunen, aus der Wirtschaft zusammenbringen und eine landesweite Breitbandstrategie im Konsens erarbeiten!

Wenn Sie jetzt schon ankündigen, dass Sie das nicht wollen, dass Ihnen das eigentlich wurscht ist, können Sie sich noch so hohe Ziele hängen. Die haben dann aber leider nie etwas mit der Realität zu tun.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es spricht jetzt für die Fraktion - - -

(Zuruf von der CDU: Herr Miesner möchte antworten!)

- Ich bitte um Entschuldigung.

Herr Kollege Miesner hat die Möglichkeit zu antworten. Dazu haben Sie jetzt die Gelegenheit. 90 Sekunden!

Axel Miesner (CDU):

Zunächst einmal konzentrieren Sie sich auf die Vorgaben der EU und nicht auf die gemeinsam mit dem Bund vereinbarten Ziele. Der Bund hat deutlich andere Ausbauziele formuliert, und die wollen wir für alle Menschen in Deutschland erreichen - nicht nur in Bayern, nicht nur in Hessen, sondern auch in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das haben wir in unserem Antrag formuliert.

Des Weiteren: Wenn Sie hier schon das Rederecht in Anspruch nehmen, hätten Sie auch sagen können, was Sie dazugeben wollen. Sie haben bis jetzt noch gar nicht gesagt, was Sie von Landesseite dazugeben wollen. Das ist doch eigentlich die Frage, die Sie beantworten müssen. Sie haben bis jetzt null Euro auf den Tisch gelegt!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Miesner. - Nun geht es mit der Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiter. Das Wort hat die Kollegin Maaret Westphely.

Maaret Westphely (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man so wie ich ein Stadtmensch ist, kann man problemlos große Datenmengen über das Internet laden und ins Netz stellen, und man kann sich die Nachteile, die sich ohne ausreichende Bandbreite für das alltägliche Leben ergeben, vielleicht gar nicht vorstellen.

Aber wenn man ins städtische Umland oder aufs Land fährt, wird einem die Problematik in ihrer ganzen Dramatik bewusst. Was für Privatnutzer ärgerlich ist, hat für Unternehmen fatale Folgen und kann einen Betrieb nachhaltig schädigen oder sogar gefährden.

Der Zugang zum Netz über Breitband ist ein seit Jahren unterschätztes Problem. Obwohl viel geredet wurde, belegt Deutschland im internationalen Vergleich weiter einen der hinteren Plätze bei der Durchschnittsgeschwindigkeit des Internets. Das kann auf Dauer nicht gut gehen, und wir müssen gemeinsam versuchen, das zu ändern; denn sollte uns dieser Kraftakt nicht gelingen, wird sich dies nachteilig auf die Teilhabe der Menschen an Informationen, Bildung, Unterhaltung und Austausch sowie auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auswirken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die EU weiß um die Bedeutung des Internets für Europa und hat festgelegt, dass bis zum Jahr 2020 flächendeckend Anschlüsse mit über 30 Mbit zur Verfügung stehen sollen. Die Bundesregierung gibt jetzt sogar vor, dass bis 2018 50 Mbit möglich sein sollen.

Ich kann nur sagen: Packen wir es an! Bisher ist in Sachen Breitbandausbau ja noch nicht so viel oder noch nicht ausreichend passiert. Deswegen sollten wir in gemeinsamer Anstrengung daran arbeiten, um zu Verbesserungen zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Filiz Polat [GRÜNE]: Sehr richtig!)

In Anbetracht dessen, wo wir heute stehen, sind beides ehrgeizige Ziele, für die viel Geld in die Hand genommen werden muss und für die viel Engagement nötig ist. Laut dem Verband der An-

bieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten haben nämlich rund 70 % der DSL-Anschlüsse in Deutschland heute weniger als 6 Mbit/s. Zum Vergleich: Wer online fernsieht, braucht 8 Mbit/s.

Gleichzeitig wird uns die technische Entwicklung mit einem weiterhin potenzierten Datenbedarf davonlaufen. In fünf Jahren hat sich das jährliche Datenvolumen in Deutschland bis 2012 auf 4,4 Milliarden Gigabyte verdoppelt, und Experten rechnen sogar mit einer Beschleunigung des Wachstums.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit den Anträgen und den Ankündigungen der Landesregierung wird klar, dass wir uns der Bedeutung des Breitbandausbaus bewusst sind und dass wir an dem Thema arbeiten. Mit etwa 60 Millionen Euro will die rot-grüne Landesregierung - u. a. mit Mitteln der nächsten EU-Förderperiode - den Zugang zum schnellen Internet unterstützen. Da die Anbieter vor allem dort investieren, wo es wirtschaftlich ist, müssen die Fördergelder vor allen Dingen Finanzierungslücken im ländlichen Raum schließen - dort, wo der Datenfluss stockt.

Wir setzen uns mit der SPD auch dafür ein, dass der angemessene Zugang zu den neuen Kommunikationswegen genauso zur Daseinsvorsorge gehört, wie etwa Briefe über den Postweg zu verschicken oder Telefongespräche führen zu können.

(Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Was früher die Anbindung ans Verkehrsnetz war, ist heute die Anbindung an gut ausgebaute Datenbahnen. Deswegen muss der Breitbandausbau in Deutschland mehr Gewicht bekommen. Wir sind dabei: breite Bahnen für Daten, nicht für Autos - denn das ist die Mobilität von heute und von morgen.

Ich freue mich auf die Beratung und auf weitere Anregungen in der Ausschussberatung, um die Initiative noch besser zu machen.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende Herr Dürr das Wort. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit der Einigkeit beginnen, von der schon Herr Schmidt, Frau Westphely und der Kollege Miesner gesprochen haben. Ich glaube, was das Ziel betrifft, sind wir alle einer Meinung. Ich will mich jetzt auch nicht über 30 oder 50 Mbit streiten, sondern nur den Hinweis geben, dass ich den Grünen natürlich dankbar bin, dass sie im Internet keine Geschwindigkeitsbegrenzung haben wollen - anders als auf den Bundesautobahnen.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN: Oh! - Helge Limburg [GRÜNE]: Darauf sind wir stolz!)

Wir sind uns ja einig: Wir müssen aufpassen, dass gerade unsere ländlich geprägten Räume in Niedersachsen nicht digital abgehängt werden. Von daher sind die Anträge der Kollegen der CDU, der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen natürlich unterstützenswert.

Ich will nur einen Hinweis geben - Herr Schmidt, Sie haben das auch gesagt -: Am Ende muss man ein bisschen Butter bei die Fische geben. Die Frage ist: Was legt man auf den Tisch? Herr Miesner hat das zu Recht angesprochen. Anders als die aktuelle Landesregierung haben wir in Regierungsverantwortung gehandelt. CDU und FDP haben in Niedersachsen 300 000 Anschlüsse geschaffen. Das muss man an dieser Stelle noch einmal unterstreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich glaube, man muss am Ende auch deutlich sagen, woher das Geld kommt. Darauf komme ich gleich noch zurück.

Ich will noch einen Hinweis zum Entschließungsantrag von den Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen geben. Ich glaube, das Thema Netzneutralität ist in der Debatte ein bisschen zu kurz gekommen. Als Liberaler und Bürgerrechtspolitiker bin ich natürlich für Netzneutralität. Das sage ich, um gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen. Inhaltskontrollen - davon schreiben Sie auch in Ihrem Antrag - verbieten sich ausdrücklich. Das sage ich klar.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass bei der Debatte um Netzneutralität zwei Sachen zusammengeworfen werden. Es wird nämlich auch gesagt: Das Internet muss für alle gleich schnell oder gleich langsam sein. - Ich wäre dabei ein bisschen

vorsichtig. Ich bin dem Kollegen Schmidt dankbar, dass er vorhin auch über die Kraft des Marktes gesprochen hat. Es muss nach wie vor möglich sein, dass beispielsweise ein Grafikunternehmen, das viele Gigabyte täglich hoch- und herunterlädt, unter Umständen einen anderen Zugang hat, eine andere Geschwindigkeit als jemand, der am Tag nur seine E-Mails regelmäßig abrufft. Ich glaube, wir müssen aufpassen, dass wir nicht in die Falle derer treten, die unter Netzneutralität - wie man es bei der Piratenpartei bisweilen hört - eher eine gleich niedrige Geschwindigkeit für alle verstehen. Ich glaube, das wäre der falsche Weg.

Ich habe gesagt, dass ich noch auf die Frage der Finanzierung zurückkommen werde. Es war von kommunaler Daseinsvorsorge die Rede. An dieser Stelle wird mir ein bisschen kribbelig. Dort, wo Private nicht bereit sind, zu investieren, müssen Kommunen die Möglichkeit haben, mit Unterstützung von Land und Bund - wir haben das in Regierungsverantwortung getan -, in digitale Infrastruktur und in Breitband zu investieren. Daran kann kein Zweifel bestehen.

Kommunale Daseinsvorsorge kann unter Umständen - wenn man an das kommunale Wirtschaftsrecht herangeht - aber auch ganz anders aussehen. Dann kann etwas eintreten, das Sie eigentlich ausschließen wollen, Herr Schmidt, nämlich dass Kommunen bzw. der Staat am Ende des Tages die Privaten zur Seite schiebt und sagt: Ich kümmere mich um den Ausbau. - Das darf nicht das Ziel sein.

(Zustimmung bei der FDP)

Wenn wir darin einig sind, meine Damen und Herren, kommen wir sicherlich an der einen oder anderen Stelle zusammen. Private können einiges besser als der Staat. Wenn wir uns da einig sind, bin ich beruhigt. Es wird in Zukunft um neue Standards gehen, es wird um neue Techniken und garantiert auch um neue Geschwindigkeiten gehen, und dafür braucht es auch privates Kapital.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss komme ich, wie versprochen, auf die Frage der Finanzierung zurück. Ich teile die Auffassung, dass wir, was Geschwindigkeiten betrifft, keine Wolkenkuckucksheime bauen wollen. Dabei bin ich, wenn man schon ausbaut, ehrlicher Weise eher für ein Ziel von 50 Mbit. Diese Debatte will ich jetzt aber gar nicht führen.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Also doch!)

Ich finde nur eine Sache problematisch: Wenn man als Land auf der einen Seite nicht dazu bereit ist, auch nur einen Cent auf den Tisch zu legen, und die Staatskanzlei und die Landesregierung es auf der anderen Seite bis heute nicht hinbekommen, die europäischen Mittel, die dafür notwendig sind, abzurufen und Programme bei der Kommission ordentlich zu notifizieren, dann beißt sich die Katze in den Schwanz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das funktioniert nicht. Ohne Geld wird das Ganze nicht gehen.

Zum Schluss, lieber Kollege Schmidt: Bei Mehreinnahmen in Höhe von 2,7 Milliarden Euro unter einer rot-grünen Regierung müsste doch auch etwas für den Breitbandausbau zur Verfügung stehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dürr. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Lies.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin doch ein bisschen verwundert, dass bei einem Thema, das in unser aller Interesse liegt, eine derart hitzige und merkwürdige Debatte entsteht.

Herr Dürr, wenn Sie sich mit 300 000 Anschlüssen in Ihrer Regierungszeit rühmen - zur Wahrheit gehört ja auch dazu, dass die Förderschwelle damals bei 2 Mbit/s lag. Mit den allermeisten dieser Anschlüsse, die sozusagen in Ihrer Regierungszeit gefördert wurden, kann heute in unserem Land kein Mensch mehr etwas anfangen. Ich finde, ein bisschen mehr Nachhaltigkeit mit Blick auf das, was hier gesagt wird, wäre angebracht.

Und die so entscheidenden Mittel, die Sie eingesetzt haben, waren doch Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes. Wo waren denn die eigenen Landesmittel, die Sie eingesetzt haben? - Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht! - Christian Dürr [FDP]: Wir haben sie aufgestockt, gegen ihren Willen damals! -

Axel Miesner [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Herr Miesner, ich beantworte Ihre Frage, ohne dass Sie sie stellen. Ich will noch einmal auf die Punkte eingehen - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, geben Sie Herrn Miesner die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen?

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ja.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das ist so. - Herr Miesner, bitte schön!

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident, vielen Dank. - Herr Minister Lies, in einer Antwort der Landesregierung auf eine Mündliche Anfrage zum Breitbandausbau vom 30. Mai 2013, die ich im Rahmen einer Landtagsdebatte gestellt habe, wird zur Frage Nr. 1, wie viele Mittel investiert wurden, ausgeführt: „In Niedersachsen wurden seit 2008 aus Europa-, Bundes- und Landesmitteln 65,59 Millionen Euro für die Breitbandförderung genehmigt.“ Auch das Land hat sich also engagiert.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Dann müssen Sie auch einmal die Summen nennen, mit denen sich das Land engagiert hat. Ich würde mir überlegen, ob so eine Aussage nicht auch mal zu einer Rückfrage führen kann. Aber ich will gar nichts weiter dazu sagen an der Stelle.

Herr Miesner, ich möchte noch auf Ihre eingangs geführte Debatte eingehen, in der es darum ging, dass es sozusagen ein Frevel ist, über 30 Mbit/s anstatt über 50 Mbit/s zu reden. Ich bin mir bei einem sicher - und da sind wir uns wohl alle sicher -: Wenn wir in vier oder fünf Jahren hier stehen, werden wir sowohl über 30 Mbit/s als auch über 50 Mbit/s lachen. Darum geht es doch, und das ist doch ein völlig irrsinniger Gedanke. Was zählt, sehen wir sozusagen am Beispiel der 2 Mbit/s: Wir werden beim Ausbau gar nicht hinterherkommen; es wird eine immer höhere Datenanforderung geben.

Deshalb ist ein Grundprinzip dieser Landesregierung - und das sollte das Grundprinzip von uns allen sein -: Der Ausbau darf keine Sackgasse sein, sondern er muss es uns ermöglichen, ständig in der Lage zu sein, durch weitere Investitionen von dem bereits Bestehenden zu profitieren, damit ganz am Schluss in jedes einzelne Haus Glasfasern führen. Das ist allerdings - das wissen wir auch - noch ein langer, weiter Weg. Deswegen sind kluge Zwischenziele der richtige Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass zu diesem wichtigen Thema des Breitbandausbaus nun Anträge sowohl der Koalitionsfraktionen als auch der CDU-Fraktion vorliegen. Denn wir alle wissen, dass gerade die Digitalisierung eine wirkliche Veränderung in unserem Leben gebracht hat. Wir sind Zeitzeugen eines wahren Paradigmenwechsels in einer Gesellschaft, in der das Thema Breitband von immenser Bedeutung ist.

Und für mich als Wirtschaftsminister gilt das nicht nur für das private Umfeld, sondern auch mit Blick auf die Industriepolitik: Das Projekt Industrie 4.0, die Verknüpfung von industrienahen Dienstleistungen und Handwerk wäre ohne den flächendeckenden Breitbandausbau nicht realisierbar.

Lassen Sie mich nicht zuletzt sagen: Auch gute Arbeitsmöglichkeiten im eigenen privaten Umfeld zu schaffen, ist ohne Breitbandausbau nicht möglich.

Wir haben mit dem Breitbandausbau auch eine Chance, den mit dem demografischen Wandel verbundenen Problemen in Niedersachsen entgegenzutreten. Wir können dafür sorgen, dass es möglich ist, auch in abgelegenen Gebieten zu arbeiten. Dafür brauchen wir den Breitbandausbau in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was ist passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren? - In den 1990er-Jahren wurde der Telekommunikationsmarkt geöffnet und haben die Kräfte des Marktes gewirkt. Wir sehen jetzt, was das Ergebnis ist: Dort, wo es sich lohnt, gibt es eigentlich alles; dort kann sich der Bürger aussuchen, welchen Anbieter er wählt. Aber dort - wir haben es gerade gehört -, wo die Marktmechanismen nicht greifen, gibt es gar nichts. Dort besteht übrigens auch kein Interesse der Privaten zu investieren.

Aber genau das ist unsere Aufgabe: Wir müssen dafür sorgen, dass es ein flächendeckendes Angebot gibt. Dazu trägt - auch das will ich sagen - die Liberalisierung bei. Wer sich ansieht, wer in Niedersachsen dafür sorgt, dass Breitbandausbau funktioniert, wird feststellen, dass in unserem Land viele kleine und mittelständische Unternehmen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten. Unser gemeinsamer Appell an die EU sollte sein, dass wir diesen Wettbewerb brauchen, dass wir diese vielen kleinen mittelständischen Unternehmen brauchen. Es reicht nicht aus, wenn drei große Unternehmen Europa versorgen. Insofern ist es ein Erfolg, dass wir in Niedersachsen genau diese Unternehmen haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, ich will die durch den Beifall entstandene Pause zum Anlass nehmen, darauf hinzuweisen, dass mir einige Kolleginnen und Kollegen signalisieren, dass sie Ihre Rede gerne hören würden, es aber nicht können, weil es sehr laut ist. In allen Fraktionen gibt es Gesprächsgruppen; ich bitte darum, sie aufzulösen. Es sollte uns interessieren, welche Position die Landesregierung zu diesen Entschließungsanträgen vorträgt.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir gemeinsam - deswegen bin ich auch sehr froh über die Entschließungsanträge - gegenüber der EU deutlich machen.

Eine Ihrer Sorgen, Herr Dürr, teile ich allerdings nicht - Sie haben versucht, das implizit deutlich zu machen -, nämlich die, dass es am Ende so sein wird, dass der Staat Aufgaben übernimmt, die er der Wirtschaft wegnimmt. - Wir haben ein anderes Problem. Keine Kommune ist bereit, in ein Netz zu investieren, wenn dies parallel ein Wirtschaftsunternehmen macht.

Das Problem ist, dass Kommunen vor der Situation stehen, selber in die Netzinfrastruktur investieren zu müssen, weil es sonst keinen Breitbandausbau gibt. Es wird die Aufgabe dieser Landesregierung sein, gemeinsam mit den Kommunen in dieser Situation Lösungen zu suchen. An den Stellen, an denen sich die private Wirtschaft weigert, in den Ausbau zu investieren, weil nicht nach drei oder vier Jahren eine Rendite zu erzielen ist, muss über

einen klugen Weg - durch wirtschaftliche Unterstützung, durch Kredite - dafür gesorgt werden, dass dieser Breitbandausbau möglich ist. Die Kommunen investieren in Infrastruktur und vermieten diese Infrastruktur an die Telekommunikationsdienstleister. So schaffen wir ein Angebot, das ansonsten in Niedersachsen in der Fläche nicht möglich wäre. Das ist ein kluges Vorgehen; das sollten wir in Niedersachsen gemeinsam vorantreiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen haben wir als Staat auch die Aufgabe, unser Augenmerk genau auf diese Regionen zu richten. Um die Regionen, in denen alles vorhanden ist, müssen wir uns nicht kümmern. Aber da, wo ein Riesenbedarf besteht - gerade im ländlichen Bereich -, dort, wo die Lücken sind, müssen wir ran. Allerdings nicht, indem man sich nur für die einzelnen Lücken Lösungen überlegt, sondern indem man einen wirklich regionalen Breitbandausbau betreibt und sich kreisweite Netzstrukturplanungen ansieht. Deswegen bin ich sehr froh, dass sehr viele Landkreise dieses Angebot angenommen haben, kreisweite Planungen machen und darüber erkennen, wo die versorgten und die nicht versorgten Bereiche sind. Der Landkreis Wolfenbüttel sei hier exemplarisch genannt. Er war sehr weit; er war Vorreiter und hat uns, Herr Staatssekretär, damit eine hervorragende Blaupause geliefert. So können wir an der Stelle vernünftig weiterarbeiten.

Das Breitbandkompetenzzentrum, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist der Rahmen und liefert den Kommunen die notwendige Unterstützung. Wir werden aber auch unseren Beitrag leisten. Wir haben 60 Millionen Euro aus europäischen Fördermitteln reserviert, die gezielt eingesetzt werden können. Aber es geht nicht nur um den Einsatz der Fördermittel, sondern es geht auch um die Frage, wie sie effizient genutzt werden können, wie Finanzierungsinstrumente geschaffen werden können, die einen größtmöglichen Effekt erzielen.

Denn wir sind uns doch darüber einig: Mit 60 Millionen Euro wird man in Niedersachsen das Problem nicht lösen - mit 120 Millionen oder 180 Millionen Euro übrigens auch nicht. Der Bedarf ist sehr viel größer. Deswegen ist es wichtig, kluge Instrumente zu schaffen, um einen erheblichen Beitrag dazu zu leisten. Diese wollen wir Ihnen in wenigen Wochen vorstellen.

Ich will aber auch noch einmal an den Bund appellieren: Der Bund darf sich an der Stelle nicht aus der Verantwortung ziehen. Der Bund hat bei dem Thema der Digitalen Dividende II nicht nur die Chance, zusätzliche Funkfrequenzen im Übergang für den ländlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Er hat auch die Chance, die Mittel im Rahmen der Digitalen Dividende II zu 100 % dem Breitband zur Verfügung zu stellen. Das sollte unser gemeinsames Anliegen sein.

Ich bin mir übrigens sicher, dass der Bundesverkehrsminister, der auch für die digitale Infrastruktur zuständig ist, das ganz genauso sieht, dass es einen Schulterchluss zwischen dem Bundesministerium und den Ländern gibt, wenn es darum geht, dass die Mittel, die an der Stelle eingenommen werden, ausschließlich dem Breitbandausbau in Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Das kommt in erheblichem Maße auch Niedersachsen zugute; daran sollten wir gemeinsam appellieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße daher die beiden Entschließungsanträge. Ich bin mir sicher, dass es eine zielgerichtete Diskussion in den Ausschüssen dazu geben wird, und hoffe am Ende auf ein starkes, deutliches Signal des Landtages. Das stärkt auch uns den Rücken für die Verhandlungen, die wir in Berlin führen müssen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, deswegen kann ich die erste Beratung zu diesen beiden Entschließungsanträgen schließen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Kollege Miesner hat über die Empfehlung des Ältestenrats hinaus beantragt, den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mitberatend zu beteiligen. Üblicherweise ist nach der Geschäftsordnung der federführende Ausschuss damit betraut, weitere Ausschüsse um Mitberatung zu bitten. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat hierbei einen Sonderstatus.

Deswegen frage ich die Fraktionen, ob sie diesen Antrag, diese Mitberatung heute gleich mit zu be-

schließen, übereinstimmend mittragen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann lasse ich darüber abstimmen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung federführend und der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sowie der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mitberatend tätig sein sollen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ausreichend unterstützt und beschlossen.

Nach der Tagesordnung stünde jetzt noch die Beratung des Tagesordnungspunktes 36 an.

Zwischen den Fraktionen wurde jedoch vereinbart, dass die erste Beratung heute nicht stattfindet, sondern dass sofort über die Ausschussüberweisung beschlossen werden soll.

Trotzdem rufe ich ordnungsgemäß auf den

Tagesordnungspunkt 36:

Jobmotor soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen - Gesundheitsberufe stärken und Fachkräftenachwuchs sichern - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/1488

Da Wortmeldungen nicht vorliegen, wie die Fraktionen es vereinbart haben, kommen wir direkt zur Abstimmung über die Ausschussüberweisung.

Es ist vorgesehen, den Antrag an den Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration sowie - auch dies haben die Fraktionen übereinstimmend beantragt - zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zu überweisen. Wer so stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist ebenfalls so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Tagesordnung der heutigen Sitzung angekommen. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass der nächste Tagesabschnitt, der 15., für die Zeit vom 25. bis 27. Juni vorgesehen ist. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung festlegen.

Ich schließe die Sitzung, wünsche Ihnen einen guten Heimweg und denjenigen, die jetzt noch zur Eröffnung der Landesausstellung in die Staatsoper fahren, viel Spaß.

Schluss der Sitzung: 13.02 Uhr.